nummer 31 april 1997 5,-

bremer kassIBER

stadtzeitung

für politik, alltag, revolution

„wehrmachtsausstellung“

tupac amarus in peru

„mythos ‘radikal’“

wohnungsfrage im „sozialstaat“

„Das entscheidende und fundierte Urteil könne
letztlich nur diejenigen fällen, die hier wohnen.
(Zitat „Neue Heimat“ Bremer

Inhalt

Magazin

Was bisher geschah.....4

Bremen

Zur Privatisierung von GeWoBa und Bremischer: Rote Heckenschützen in Neuer Vahr.....10

Diskussionsbeitrag zur pädosexuellen Tätergruppe im Rat&Tat-Zentrum.....16

"Akzeptierende Sozialarbeit" mit rechtsradikalen Jugendlichen: "Torfsturm" - ein Film.....18

Internationalismus

Geschichte und Hintergrund der MRTA: Tupac Amarus Wiederkehr..... 20

"Frauenhaut": Interview mit der Peruanerin Delia Zamudio.....22

Europa aus Sicht des großen Kapitals..... 24

Vernichtungskrieg

Weiter Attacken gegen die "Wehrmachtsausstellung": Von Soldaten und Historikern..... 28

Termine.....31

Bemerkungen zur Ausstellung „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“..... 32

Politische Gefangene/Prozesse

Prozeß gegen Monika Haas: „Ich soll um jeden Preis verurteilt werden“..... 34

Kurzmeldungen.....36

Interview zum radikal-Verfahren: "... dazu beitragen, den 'Mythos radikal' aus den Köpfen zu kriegen"..... 38

Diskussionsbeitrag „Ready or not“.....42

Bücher

Alfred Andersch: „Die Rote“.....44

Joseph Weizenbaum: „Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft..... 45

Autorenkollektiv Keine Panik: „Kleiner Abhörratgeber“.. 45

Beat Leuthardt: „Leben online“.....46

Pippi Langstrumpf vom Sockel gestürzt?..... 47

Impressum

bremer kassiber: Herausgegeben vom Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (VzVuN). V.i.S.d.P.: J.Kranz, Sebaldsbrücker Heerstraßé 234, Bremen.
Redaktionsanschrift: VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen. Fax: 0421-75682
Texte bitte als MS-Word, Winword (2.0) oder ASCII-Dateien auf Diskette - mit einem Ausdruck - an die Redaktionsanschrift (für Rückfragen bitte Adresse, Telefon-Nr. o.ä. beilegen).

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem oder der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit den Gründen der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird diese Zeitschrift der oder dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur die, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Einladung

Die kassiber-Redaktion lädt ein zu einem

Treffen mit interessierten LeserInnen

am Sonnabend, den 26.April 1996, um 16 Uhr im Lagerhaus Schildstraße.

Auf dem Treffen kann und soll über Artikel dieser Ausgabe diskutiert werden. Außerdem besteht natürlich die Möglichkeit, (grundsätzliche) Kritik an der Zeitung bzw. bestimmten Artikeln zu äußern. Freuen würden wir uns auch über Anregungen zur Verbesserung der inhaltlichen und layoutmäßigen Gestaltung des kassibers, genauso wie über Angebote zur Mitarbeit (Artikel schreiben, Photos machen, Handverkauf etc.).

Die Redaktion

Berti ist ein Vorbild, wie es jeder Bundestrainer sein sollte - für die Erniedrigten und Beleidigten

Editorial

Zuallererst die innerhalb der Redaktion noch nicht abgeschlossene Trauerarbeit über das Ende der linken Theoriezeitschrift *links*: Ein Zeitungsprojekt der sog. neuen Linken stößt an innere Widersprüche, die allerdings elementar mit dem Scheitern eines damit zusammenhängenden politischen Umfelds einhergeht. Das Ende der *links*, so Gottfried Oy, stehe auch für das Ende einer neuen Linken in der Bundesrepublik.

Daß wir in der momentanen Situationen kein jähes Ende unseres Zeitungsprojekts befürchten, bedeutet nicht, daß wir uns die marginale Bedeutung linker Publikationen nicht vergegenwärtigen würden. Doch auch wir versuchen einen Begriff von Gegenöffentlichkeit zu entwikkeln, der unser Projkekt legitimiert und einen subkulturellen Rahmen überschreitet. Nur so finden wir eine Annäherung an den Funktionszusammenhang Deutschland und mögliche mediale Interventionsmöglichkeiten in die deutsche Realität.

Daß diese deutsche Realität auch das Handeln einer radikalen Linken bestimmen sollte, führte in jüngster Zeit zu einer Kontroverse, - ist links da, wo die wendländische Heimat ist? - die sich im Spannungsfeld von München und Gorleben bewegte: Jürgen Elsässer fragte, inwieweit der Ausflug ins Grüne - gemeint ist hier die Region Wendland - nicht einer Flucht vor einem sich erhitzenden völkischen Kern - erklärend sei hier der deutsch-nationale Aufmarsch in München erwähnt - entspreche. Diese grenzenlose Polemik sei durch ein Beispiel aus einer in Bremen sporadisch erscheinenden Postille des deutschen Herbst 1996 widerlegt. Unter der Überschrift „Deutschland verrecke - aber nicht so!“ berichten WaldpiratInnen aus Erfurt: „Wir leben in 20-30m Höhe auf wunderschönen Buchen, in Netzen, Hängematten und auf Plattformen. Die Bäume sind durch Seilbrücken (englisch: walkways) miteinander verbunden. Direkt neben den besetzten Bäumen haben die grausamen Lebenszerstörer schon zugeschlagen, eine 30m Breite Schneise durchtrennt nun den Wald.

Die Unterstützung der Bevölkerung ist einmalig. Jeden Tag kommen Menschen vorbei und bringen alles, was das Herz begehrt. Wir werden von PoliterInnen, PfarrerInnen, BäuerInnen, ÄrztInnen, allen unterstüzt. Sogar eine Kirchenkollekte wurde uns übergeben. Die (lokale) Presse berichtet fast ausnahmslos gut über uns“.

In dieser Ausgabe dokumentieren wir weiterführend die Debatte über die Austellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“. Dabei entlarvt sich diese Debatte als gesellschaftlicher Rekurs auf notwendige

Identitätskonstruktionen. Die Niederlage von 1945 konnte im Inneren des deutschen Kollektivs nie ratifiziert werden. Die in Deutschland stattgefundene Aufarbeitung der Vergangenheit war immer davon geprägt, „daß der beschädigte kollektive Narzißmus darauf lauert, repariert zu werden, und nach allem greift, was zunächst im Bewußtsein die Vergangenheit in Übereinstimmung mit den narzißtischen Wünschen bringt, dann aber womöglich auch noch die Realität so modelt, daß sie ene Schädigung ungeschehen macht“ (Adorno). In der momentanen Situation, der ökonomischen Krise besteht der kollektive Ersatz einer subjektiv erfahrenen gesellschaftlichen Leere in der Metaphorik des Nationalen. In dieser gesellschaftlichen Lage gerät jede Kritik des nationalen Wir-Gefühls zu einem Akt der „Nestbeschmutzung“. Und auf dem sicheren Terrain des nationalen Einverständnis formiert sich ein gesellschaftliches Gespräch, das hinter dem Prozeß der Bewußwerdung der „eigenen“ Historie eine Neudefinition der globalen Verantwortung - und zwar wegen Auschwitz - vollzieht.

Die Auseinandersetzungen um die Austellung erlebte in München einen vorläufigen Höhepunkt. Wieder einmal zeigte das wiedervereinigte Deutschland, in persona seiner RepräsentantInnen, eine gewisse Scham vor den um die Welt gehenden Bilder der angeblich extremistischen Ausschreitungen in München. Nach den Pogromen der letzten Jahre und der offenen Rechtsentwicklung Deutschlands bleibt zu hoffen, daß sich der Druck auf Deutschland erhöht und von allen Seiten kein Friede mit den deutschen Verhältnissen geschlossen wird.

Die in den letzten Jahren verstärkt im öffentlichen Raum ausgetragenen Diskussionen um den deutschen Nationalsozialismus münden in die populistische Geschichtsbetrachtung des ZDF-Historikers Guido Knopp („Hitlers Helfer“). Dieses Geschichtsbild verdunkelt eine tiefere Durchdringung der rassistischen und antisemitischen Wirklichkeit der Bundesrepublik: Der personalisierte Blickwinkel auf die Vernichtungsdynamik des Nationalsozialismus ist die erfolgversprechende Annäherung an die „Aufarbeitung der Geschichte“ und avanciert gleichzeitig zu einer Reduzierung des rassisitischen Potentials der Bundesrepublik auf einen kleinen rechten Rand.

Der Mitte März erfolgte Einsatz von deutschen Soldaten in der albanischen Haupstadt Tirana offenbart das Muster stillschweigender Akzeptanz innerhalb der deutschen Gesellschaft. Die Neudefinition der Bundeswehr ist längst erfolgt, ohne daß diese allmähliche Gewöhnung an „deutsche Friedensmissionen“ auf relevanten Protest gestoßen wäre. Die späte Konfrontation mit den Verbrechen der Wehrmacht dient gerade der Normalisierung des „bitteren Beigeschmacks“ deutscher Einsätze in Afrika oder auf dem Balkan. Die Ereignisse in Tirana wurden von deutschen Zeitungen in klassisch treuer Frontberichterstattung dokumentiert.

In München skandierten die GegendemonstrantInnen in Abgrenzung zu der monokausalen Parole „Hinter dem Faschismus steht das Kapital“ das, was die das Bild des tapferen und sauberen Landsers Bewahrenden immer noch verleugnen: „Ohne Wehrmacht - kein Holocaust!“ Die Redaktion möchte auch mit dieser Ausgabe dazu beitragen, den Bruch mit der Tätergesellschaft denken zu lernen.

Die Redaktion, 24.3.1997

MAGAZIN

was bisher geschah...

12. november

Videoüberwachung

Zwar wolle er "keinen Orwellschen Staat", so Innensenator Ralf H. Borttscheller (CDU) in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft, das derzeit in Leipzig laufende Pilotprojekt einer Videoüberwachung angeblicher Brennpunkte der Kriminalität im Stadtgebiet werde aber "sorgfältig überprüft". Eine Überwachung des Bahnhofsvorplatzes per Videokamera könne sich als durchaus sinnvoll erweisen. Gefragt hatte der CDU-Abgeordnete und Kriminalkommissar Rolf Herderhorst, ein zuverlässiger Propagandist jeglicher Aufrüstung im Bereich "Innere Sicherheit", und zugleich behauptet, in Leipzig seien aufgrund dieser Überwachungsmaßnahmen Taschendiebstähle und Kfz-Aufbrüche deutlich weniger geworden.

19. november

Streik für Lohnfortzahlung (I)

Rund 50 Beschäftigte des zur Hegemann-Gruppe gehörenden Bauunternehmens August Reiners GmbH in Hemelingen demonstrieren vor dem Betriebsgelände für die hundertprozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Hegemann, zugleich Vorsitzender des Bauindustrieverbandes, habe mit der 20prozentigen Kürzung bei Angestellten gegen die im Baugewerbe geltenden Tarifverträge verstoßen.

20. november

ÄrztInnen gegen Brechmittelvergabe

Der Landesverband Bremen der Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitswesen kritisiert den Beschluß des Senats vom 12. November, weiterhin Brechmittel gegen mutmaßliche "Drogenschlucker" zu verwenden (s. kassiber 30, Dezember 1996, S. 11). Gesundheitssenatorin Wischer (SPD), die als einzige gegen den Beschluß gestimmt hatte, habe den Ipecacuanha-Einsatz zu Recht als "medizinisch bedenklich" bezeichnet. Die möglichen schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit der Betroffenen u.a. dadurch, daß mit brutaler Gewalt eine Nasensonde gelegt werde, würden vom Senat qua Mehrheitsbeschluß hinweggewischt.

Privatisierung der Universität?

An der Universität wird von Wissenschaftssenatorin Bringfriede Kahrs (SPD) der Grundstein für den neu Block C des Gebäudes Naturwissen
schaften (NW) 2 gelegt. Das Chemie-Gebäude, das im Juni 1998 fertig sein soll, ist bundesweit das erste, das privat finanziert und nach der Fertigstellung für zehn Jahre vom Land Bremen geleast wird; danach hat das Land ein Vorkaufsrecht. KapitalanlegerInnen sollen zudem Anteile an einem Immobilienfonds mit zehnjähriger Laufzeit erwerben können. Da das neue Finanzierungsverfahren nach Angaben der Wissenschaftsbehörde 20 Prozent billiger sei als das bisherige, soll es weitere so finanzierte Hochschulbauten geben. Am 27. Novem-

ber erfolgt in Bremerhaven die Grundsteinlegung für ein ähnliches Hochschulgebäude. Die beiden Gebäude haben zusammen einen Auftragswert von 110 Millionen Mark, das Finanzierungskonzept wurde von der Allgemeine Leasing GmbH & Co. in Grünwald bei München entwickelt; Bauunternehmen sind die Hochtief AG und die zur Bremer Hegemann-Gruppe gehörende August Reiners GmbH.

21. november

Bremer Rüstungsindustrie

Für 550 Millionen Mark wird das ehemalige Vulkan-Tochterunternehmen STN Atlas Elektronik GmbH - vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes - an ein Konsortium der Konzerne Rheinmetall AG, Badenwerk AG und British Aerospace verkauft. Nach Angaben von Konkursverwalter Jobst Wellensiek habe man die ursprüngliche Absicht, einen Preis von 600 bis 650 Millionen Mark zu erzielen, nicht ganz (sic!) verwirklichen können, dafür gebe es aber eine Standortgarantie bis zum Jahr 2002. Vom Kaufpreis erhalte die STN Atlas Elektronik GmbH 250 Millionen Mark, um ihre Kapital- und Liquiditätslage zu stärken. Über die Verteilung der restlichen 300 Millionen sei noch nicht entschieden. Voraussichtlich werde aber fast der gesamte Betrag den SicherungsgläubigerInnen der Firma zugute kommen. Aufgrund einer "klaren Aussage" aus dem Verteidigungsministerium, so Rheinmetall-Vorstandschef

Immer weniger Flüchtlinge gelangen in die BRD

1996 beantragten 116.367 Männer, Frauen und Kinder Asyl in der BRD, 1995 waren es noch 127.937 gewesen. Damit ist die Zahl der Asylanträge auf den niedrigsten Stand seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts im Jahre 1993 (damals noch über 438.000) gesunken. Innenminister Kanther ist die Zahl der Flüchtlinge indes "noch immer zu hoch", es müßte alles getan werden, sie zu verringern. Die Anerkennungsquote von nur 7,4 Prozent sei aber nicht etwa Anzeichen für die hiesige rassistische Asylpraxis, sondern zeige das Ausmaß illegaler Einwanderung unter mißbräuchlicher Berufung auf das Asylrecht. Kanther kritisierte auf der Pressekonferenz am 8. Januar, wo diese Daten bekanntgegeben wurden, in diesem Zusammenhang die Bundesländer, da die Zahl der Abschiebungen unter der von 1995 (21.000) geblieben sei.
Mit 23.814 Flüchtlingen kamen 1996 die meisten aus der Türkei/Kurdistan, 18.085 aus der Bundesrepublik Jugoslawien. Aufgrund der Abschottung der deutschen Außengrenzen sind die Flüchtlingszahlen aus den meisten sog. Herkunftsländern rückläufig oder gleichgeblieben, deutliche Zuwächse gibt es hingegen beim Irak (10.842 gegenüber 6.880 1995) und Iran (4.809 gegenüber 3.908).

18. november

Klagen erzwungen

Nachdem Polizei und Justiz das ihre getan hatten, alle Anzeigen gegen Polizisten im Zusammenhang mit der Vergabe von Brechmitteln an schwarze Männer, die mit illegalen Drogen gedealt haben sollen, nicht weiter zu verfolgen bzw. die Ermittlungsverfahren einzustellen, hatten die RechtsanwältInnen der Betroffenen in vier Fällen Beschwerden eingelegt und in einem Fall darüber hinaus Klageerzwingungsantrag beim Hanseatischen Oberlandesgericht gestellt. Diesem Antrag wird jetzt stattgegeben, die Einstellungsverfügung ist damit aufgehoben. In zwei weiteren Fällen hatten die Beschwerden Erfolg, die Generalstaatsanwaltschaft wies die Staatsanwaltschaft an, wei-

Brauner, müsse die überwiegend im "wehrtechnischen Bereich" tätige STN Atlas Elektronik mehrheitlich in deutscher Hand bleiben. So werde die unternehmerische Führung von STN Atlas Elektronik künftig beim Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall AG liegen, der allerdings nur einen Anteil von 26 Prozent halte; 25 Prozent lägen bei der Badenwerk AG und die restlichen 49 Prozent bei British Aerospace.
Bei STN Atlas Elektronik arbeiten derzeit an den Hauptstandorten Bremen und Hamburg 4.300 Männer und Frauen überwiegend in der Rüstungsentwicklung und -produktion, 1997 soll die Zahl der Beschäftigten auf 4.160 sinken. In den vier Geschäftsbereichen Schiffselektronik, Marine-, System- und Simulationstechnik wurde zuletzt ein Umsatz von etwa 1,45 Milliarden Mark erzielt.

22. november

Law an order

Innensenator Borttscheller zieht eine positive Bilanz der Innenministerkonferenz in Hamburg. Der radikale Rechte gibt sich gegenüber der Presse erleichtert, daß an eine Aufhebung des PKK-Verbots nicht gedacht sei. Und so wie der ehemalige Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD) angeblich immer mit ganz oben auf irgendwelchen ominösen Anschlagslisten der RAF gestanden haben will, glaubt Borttscheller sich und seine Familie von der PKK bedroht - allein den Beweis mag auch er nicht bringen. Statt dessen setzt er wider besseren Wissens zu einer neuen anti-kurdischen Kampagne an: "Die PKK hat in Bremen ihre Zurückhaltung wieder aufgegeben. Die wollen wieder aktiv werden."
Nicht von Fachkenntnis, sondern ideologisch geprägt auch die Positionen zum Thema Drogen. In Bremen werde es einen Modellversuch des Verkaufs von Haschisch in Apotheken nicht geben. Seinen schleswig-holsteinischen Kollegen Wienholtz (SPD) könne er auch nur bedauern: "Dieses Kuckucksei hat ihm der grüne Koalitionspartner ins Nest gelegt. Der Verkauf von Haschisch ist ein Tourismusförderungsprogramm." Im übrigen hält Borttscheller es mit seinem niedersächsischen, niemals um eine Stammtischparole verlegenen Kollegen Glogowski (SPD): Der Vergleich mit Alkohol würde hinken, "weil die Gesellschaft sich mit Alkohol arrangiert habe" (hick!). Außerdem werde Bremen - wie die meisten anderen Bundesländer - an der Vergabe des Brechmittels Ipecacuanha an angebliche oder tatsächliche Drogenhändler festhalten. Borttscheller setzt auf die schon schöngerechneten Daten der bremischen Behörden noch eins drauf und behauptet, daß diese rassistische Maßnahme (das Mittel wird zumeist schwarzen Männern aus afrikanischen Staaten verabreicht) "in 70 Prozent der Fälle (...) Erfolg" habe.

Streik für Lohnfortzahlung (II)

Etwa 1.500 Bremer Bankangestellte folgen den Aufrufen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) zum ganztägigen Streik für die hundertprozentige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Zahl der Streikenden wirkt ein wenig gering angesichts der Tatsache, daß sich zuvor noch 95,5 Prozent der TeilnehmerInnen an der Urabstimmung für den Streik ausgesprochen hatten - HBV und DAG hatten auf rund 4.000 TeilnehmerInnen wie beim letzten Mal (1992) gehofft. Massive Einschüchterungsversuche der Bankenvorstände wie Abmahnungsandrohungen aber auch Imageprobleme der BankerInnen mit derlei "Kampfmaßnahmen" dürften das ihre dazu beigetragen haben.

25. november

Zoll-Razzia im GVZ

33 Firmen im Güterverkehrszentrum (GVZ) und im Gewerbegebiet Huchting wurden vom Zoll kontrolliert, zwei von ihnen seien der "strafbaren Arbeitnehmerüberlassung" verdächtig, teilt die Oberfinanzdirektion mit. Überprüft worden seien ferner 132 im Speditionsgewerbe Beschäftigte, bei 35 von ihnen bestehe der Verdacht auf "Leistungsmißbrauch".

5. dezember

Gegen Abschiebungen nach Togo

Mehrere antirassistische Initiativen, Flüchtlinge aus Togo sowie Rechtsanwalt Günter Werner informieren auf einer Pressekonferenz über mehrere seit Mitte November laufende Asylverfahren togoischer Flüchtlinge vor der 5. Kammer des Verwaltungsgerichts. Acht Verfahren laufen derzeit, etwa 70 weitere stehen noch aus. Und das Gericht hat, so Günter Werner, bereits "deutlich zu erkennen gegeben, daß es zu negativen Entscheidungen kommt". Die 5. Kammer folge offensichtlich nur der politischen Maxime, die Zahl der Flüchtlinge hier möglichst gering zu halten und sei nicht an einer Klärung der entscheidenden Fragen interessiert. Das werde auch durch die Verhandlungsführung deutlich. Die Flüchtlinge würden stundenlangen Befragungen unterzogen, offensichtlich nur deshalb, um ihnen Widersprüche in Daten- oder Personenangaben nachweisen zu können. Die Beweisanträge des Anwalts würden sämtlich abgelehnt. Außerdem, so Pastor Erich Viering von der Norddeutschen Mission, erwecke das Gericht mit Sprüchen wie "Wenn es hier weiterhin so unruhig bleibt, wirkt sich das auf mein Urteil aus?" den Eindruck, Urteile vom Wohlverhalten der ZuschauerInnen abhängig zu machen.
Die VeranstalterInnen der Pressekonferenz, neben zahlreichen weiteren Organisationen UnterzeichnerInnen einer Bremer Resolution gegen die Abschiebungen in das diktatorisch regierte Togo, fordern den Bremer Senat auf, für togoische Flüchtlinge weiterhin die Bleiberechtregelung anzuwenden und sich für ein bundesweites Bleiberecht einzusetzen. Die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts wird aufgefordert, die "Asylklagen sorgfältig (zu prüfen) und den togoi-

schen Flüchtlingen Schutz" zu gewähren.
Damit zieht man sich natürlich den Zorn eines bremischen Experten für institutionellen Rassismus, Innensenator Borttscheller, zu, der einige Tage später den "unzulässigen politischen Druck auf das Verwaltungsgericht" zurückweist: "In keinem anderen Land der Welt werden Asylverfahren derart präzise, aufwendig und rechtsstaatlich betrieben." Daß die Flüchtlinge mit ihren Klagen nur wenig Chancen haben, macht wenig später Günter Pottschmidt, Präsident des Oberverwaltungsgerichts und damit der Instanz, die gegebenenfalls die Urteile des Verwaltungsgerichts zu überprüfen hat, deutlich: Die 5. Kammer bemühe sich "mit Disziplin um die Erkenntnis der objektiven Wahrheit". Er, Pottschmid, stehe "dafür ein, daß öffentliche Kampagnen interessierter Gruppen gegen Richter, die den ihnen in der Verfassung auferlegten Auftrag erfüllen, erfolglos bleiben werden".

6. dezember

SchülerInnen-Demonstration

Gerade mal 3.000 SchülerInnen protestieren am Vormittag unter dem Motto "Die Zukunft gehört uns" gegen die von der Großen Koalition geplanten Kürzungen im Bildungsbereich. Seit dem Morgen waren die Jugendlichen in mehreren Demonstrationszügen vor die Bildungsbehörde (Rembertiring) gezogen - erwartet wurden von der Veranstalterin Gesamtschülerinnenvertretung (GSV) indes rund 7.000 DemonstrantInnen. Im Mai, als es noch einige Grad wärmer war, kamen immerhin 14.000 ...

"Politisches Denken" geehrt

Der französische Historiker François Furet (69) erhält aus der Hand von Bürgermeister Henning Scherf den diesjährigen "Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken". Die von Bremer PublizistInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen ins Leben gerufene und 1995 erstmals vergebene Auszeichnung wird finanziert vom Bremer Senat und dem Bildungswerk Umwelt und Kultur in der (grünen-nahen) Heinrich-Böll-Stiftung. Geehrt wird in jedem Jahr einE überzeugteR AntikommunistIn und PropagandistIn kapitalistischer Ideologie, der/die im postmodernen Gewande daher kommt. Der internationalen Jury hat es in diesem Jahr besonders Furets 700 Seiten dickes Buch Le passé d'un illusion (Das Ende der Illusion) angetan, denn das habe wesentlich dazu beigetragen, daß sich das ausklingende Jahrhundert selbst verstehe. Mit der Wiederöffnung Europas 1989 sei "die große Illusion des Kommunismus" noch einmal bewußt geworden. Oder, um es mit der kurzfristig verhinderten Rita Süssmuth ("Werk und Person (Hannah Arendts) liegen mir sehr am Herzen") zu sagen: "Die Entscheidung der Jury fiel auf einen Wissenschaftler, der in herausragender Weise mit seinen Analysen der Moderne unsere Wahrnehmung und geistige Auseinandersetzung bestimmt hat." Gewürdigt wird Furet an diesem Abend weiterhin von der Bremer Professorin Antonia Grunenberg, dem Historiker Reinhart Koselleck und natürlich Daniel Cohn-Bendit, die den Preisträger vor allem gegen eine Vereinahmung durch rechte deutsche Historiker in Schutz nehmen wollen ...
Daß dazu kein Anlaß besteht, macht Furet im Weser-Kurier-Interview deutlich: Weser-Kurier: "Monsieur Furet, warum haben Sie das Sterbeglöcklein für die Revolution geläutet?" Furet: "Die Französische Revolution ist der Beginn der modernen französischen Demokratie. Der Untergang der Sowjetunion Ende der 80er bis Anfang der 90er Jahre brachte schließlich den Kollaps der Idee der Revolution, die nun keine Bedeutung mehr hat. (...)" Weser-Kurier: "(...) Gibt es für Sie einen dritten Weg?" Furet: "(...) Ich denke, es gibt den dritten Weg insofern, als es in modernen Demokratien darauf ankommt, die Entfremdung des Bürgers von der Ökonomie zu verringern." Weser-Kurier: "Sie wünschen sich eine andere Form des Wirtschaftens?" Furet: "Nicht grundlegend anders. Es geht nicht um die Produktion, sondern um die richtige Verteilung der Güter. Und zwar im Kapitalismus, denn Sie können das Privateigentum nicht abschaffen." Weser-Kurier: "Sie verstehen den Terror von Rechtsextremisten gegen Ausländer nicht als Form der Gewalt gegen die Demokratie?" Furet: "Ich kann sie nicht als Gefahr für die Demokratie erkennen. Die große Frage ist die Akzeptanz der Einwanderung, die nicht sehr stark kontrolliert wird. Und hier gibt es eine stark Bewegung gegen den Zuzug von Ausländern. (...) Es geht um die nationale Identität, die immer noch von großer Bedeutung für die Gesellschaft ist. Wird die Frage zu sehr vernachlässigt, kann es zur Katastrophe kommen." usw.usf.

MAGAZIN

Illegale Staatsangehörigkeitsdatei

Beim Bundesverwaltungsamt in Köln wurde, wie die Leipziger Volkszeitung Mitte November berichtete, eine sog. Staatsangehörigskeitsdatei angelegt, die mittlerweile rund 2,8 Millionen Menschen erfaßt, darunter knapp 900.000 eingebürgerte Frauen, Männer und Kinder. Damit werde, so die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), der Eindruck erweckt, eingebürgerte Ausländer seien Deutsche zweiter Klasse. Das Bundesinnenministerium bestätigte, daß diese Datei bereits seit 1983 existiert - illegal oder, wie es im DatenschützerInnendeutsch heißt, ohne jegliche Rechtsgrundlage! Zweck der Datei ist, lt. einem in der Zeitung zitierten Dokument des Innenministeriums, das Speichern von "personenbezogenen Daten über Erwerb, Nichterwerb, Bestand oder Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch staatsangehörigkeitsbehördliche Entscheidungen und über den Verlust der Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes". In der behördeninternen Diskussion sei dies nicht zuletzt mit dem Argument gerechtfertigt worden, man müsse "für den Ernstfall auf Loyalitätskonflikte" eingestellt sein.

10. dezember

Weniger Geld für bosnische Flüchtlige

Der Bremer Senat beschließt die Kürzung der "Leistungen für alle bosnischen Flüchtlinge mit Duldungsstatus". In allen anderen Bundesländern, mit Ausnahme Thüringens, wurden Kürzungen nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz für Flüchtlinge, deren Rückkehr nichts mehr im Weg stehe, schon beschlossen, allerdings, so heißt es in der Senatsvorlage: "In 15 Bundesländern wurden sechs verschiedene Regelungsvarianten festgeschrieben." Und weiter: "Insgesamt können bis zu 2.000 Personen von der Leistungsabsenkung betroffen sein, so daß maximal mit Einsparungen von monatlich 240.000 Mark gerechnet werden kann."

Anmeldefrist beachten!

Der CDU-Bürgerschaftsabgeordneter Herderhorst erkundigt sich in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft nach den "Sicherungskosten" für das ehemalige Parzellengebiet Weidedamm III. Die Antwort seines Parteifreundes und Bausenators Bernt Schulte läßt das Herz des hauptberuflichen Kriminalkommissars bluten: "Die Kosten für die Baustellen-Einzäunung, die wegen der früheren Besetzung erhöhten Sicherheitsansprüchen genügen mußte, sowie die Kosten für die Bewachung des Gebietes Weidedamm III

Revolution Club

belaufen sich bis Ende November 1996 auf ca. acht Millionen Mark (für die die Stadt aufkommen muß). Die Sicherungskosten betragen zur Zeit 90.000 Mark monatlich." Und bei der Vielzahl von Polizeieinsätzen gegen die ehemaligen BesetzerInnen seien "erhebliche Kosten entstanden, die jedoch nur mit unangemessenem Aufwand in Mark und Pfennig beziffert werden könnten". Darüberhinaus habe die Herrichtung des Ersatzgeländes für einen Teil der BesetzerInnen in Lesum DM 565.000 gekostet.
Einigermaßen peinlich ist Schulte auch das Eingeständnis, daß lt. des noch vom Ampelsenat ausgehandelten Vertrages selbst SenatorInnen sich 48 Stunden zuvor anmelden müssen, bevor sie das Areal in Bremen-Nord betreten dürfen. Diese Erfahrung hatte auch schon Innensenator Borttscheller machen müssen: Dem speicknackigen Law-and-order-Verfechter wurde von den langhaarigen Peacenicks der Zutritt verwehrt.

13. dezember

Richtig kämpfen

Der Bundestag billigt mit (fast) geschlossener Mehrheit von CDU/CSU, FDP und SPD sowie großen Teilen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (499 Ja-, 93 Nein-Stimmen, 21 Enthaltungen) die Beteiligung der Bundeswehr auch an der neuen "Bosnien-Friedenstruppe" SFOR (Stabilization Force). Die 3.000 deutschen SoldatInnen können in den nächsten 18 Monaten damit offiziell - erstmals in der Geschichte der Bundeswehr - an Kampfhandlungen teilnehmen (bzw. diese anzetteln), dürfen Gewalt einsetzen, ohne später irgendwelche Selbstverteidigungsnotwendigkeiten bemühen zu müssen.
Neben den Bremer CDU-Abgeordneten und Volker Kröning (SPD) stimmt natürlich auch die kürzlich für ihre kriegstreiberischen Verdienste im ehemaligen Jugoslawien mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) für den Einsatz. Einzig die SozialdemokratInnen Ilse Janz und Konrad Kunick scheinen immer noch nicht von der Notwendigkeit des deutschen Einmarsches überzeugt - und stimmen wieder dagegen. Denn dieser Bundestagsbeschluß ist, so Kunick, "ein weiterer Schritt in Richtung militärische Großmacht".

16. dezember

Herkunft "zweifelsfrei" festgestellt

Um Flüchtlinge, die die Angabe ihres "Herkunftslandes" verweigern (85 sollen es derzeit in Bremen sein), abschieben zu können, bedienen sich die Bremer Büttel allerlei illegaler Methoden. So wurden am 19. November 28 Männern aus afrikanischen Staaten aufs Ausländeramt geladen, um bei einer Befragung durch zwei sog. Gutachter dieses "Herkunftsland" und damit potentielle Ziel einer Abschiebung feststellen zu können. Die beiden Gutachter, ein Angestellter der Ausländerbehörde Bielefeld sowie ein angeblicher Mitarbeiter der Botschaft Gambias, stellten, so das Ausländeramt, bei 23 Männern die Staatsangehörigkeit "zweifelsfrei" fest. Antirassistische und Flüchtlingsinitiativen weisen allerdings darauf hin, daß es sich bei dem "Mitarbeiter" der gambischen Botschaft keineswegs um einen solchen handelt, sondern er lediglich mißbraucht werde, um Menschen nach ihrem Aussehen und ihrer Sprache in Länder abschieben zu können, aus denen sie vielleicht gar nicht kommen. Gambia hat nämlich für die hiesigen Behörden gegenüber anderen afrikanischen Staaten den "Vorteil", daß bei Abschiebungen keine Reisepässe oder ähnliche Papiere benötigt werden (s. auch kassiber 30, Dezember 1996, S.4). Manchmal muß man sich nicht einmal mehr diese Mühe machen: So soll ein Flüchtling, der bis zum späten Nachmittag auf seinen Termin im Ausländeramt warten mußte, ohne weitere "Befragung" einem westafrikanischen Land zugeordnet worden sein. Zehn der 23 Männer werden jetzt in Abschiebehaft genommen.

16. dezember

"Keine Benachteiligung"

Der Staatsgerichtshof Bremen weist - wie schon im Februar das Wahlprüfungsgericht - die Beschwerde der Deutschen Volksunion (DVU) gegen die Gültigkeit der Bürgerschaftswahlen 1995 zurück. Die faschistische DVU, 1991 noch mit sechs Abgeordneten ins Parlament gezogen, 1995 aber an der 5-Prozent-Klausel gescheitert, hatte sich zum einen durch den - aufgrund des Zusammenbruchs der Ampelkoalition - relativ kurzfristig angesetzten Wahltermin, zum anderen - während des Wahlkampfs - durch Radio Bremen benachteiligt gesehen. Dem kann Bremens höchstes Gericht natürlich nicht zustimmen, geht es bei der Beschwerde der nur noch in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung vertretenen DVU doch auch um wesentliche ideologische Begründungen für die Legitimität des bürgerlichen Parlamentarismus. So seien auch im Mai 1995 alle gleich(berechtigt) gewesen, ob grün, ob schwarz, ob braun, ob klein, ob groß, ob reich oder vergleichsweise arm. Somit sei nicht zu beanstanden gewesen, daß Radio Bremen 1995 überhaupt keine (kostenlosen!) Wahl-

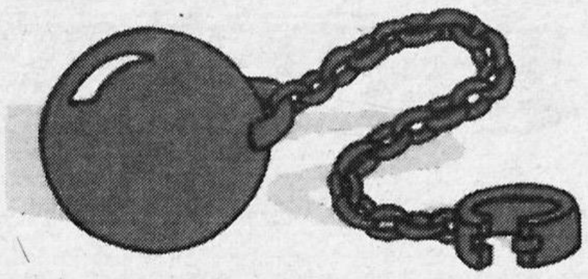
Ziegenmarkt soll "sauber" werden

Auf der letzten Sitzung des Beirats Mitte bekundeten die PolitikerInnen zusammen mit dem Runden Tisch Ziegenmarkt, daß sich auf dem Ziegenmarkt etwas tun solle. Wieder einmal bewiesen Politik und Spießbürgerlichkeit Einigkeit. "Der Dreck" - gemeint waren die Alkohol- und Drogenabhängigen - müsse weg vom Ziegenmarkt. Als Alternative wurde eine "Verschönerung" des Platzes ins Auge gefaßt- Imbißbuden Marke "Hühnerbaron", Eiswagen oder Tische der anliegenden Cafés sollen in Zukunft den Platz füllen. Der Haken an der Sache: Abgesehen davon, daß "Picasso" und "Golden City" kein Interesse haben, ihr Terrain zu erweitern, müßte das Ordnungsgesetz sowie das Polizeirecht für den Platz geändert werden. Und das scheint äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich.
Die eigens gegründete BürgerInneninitiative Runder Tisch Ziegenmarkt blies in das gleiche Horn wie auch der Beirat und trug ihre Beobachtungen vor. Einer Vertreterin und Anwohnerin sind die anwesenden Sozialarbeiter und Cops nicht genug. Ihre Arbeit sei viel zu sehr auf Langfristigkeit angelegt - es müsse also sofort gehandelt werden. Schafferdin von der SPD hatte da auch gleich eine Idee: Eine Mobile Wache müsse her. Begnügen würde er sich aber auch mit einer 24-Studen-Überwachung des Platzes. Schafferdin: "Die dort begangenen Straftaten müssen auch den Tätern zuzuordnen sei; das geht aber nur bei einer Rund-um-die-Uhr-Überwachung." Mir jedem Geschäft, das (aus Schutz) zugenagelt werde, nehme eine Verslummung des Ziegenmarktes zu.
Eine "Erfolgsbilanz" konnte hingegen der Leiter des Polizeireviers am Brommiplatz - bekannt für die Brechmitteleinsätze -, Manfred Schurwanz aufweisen. Danach wurden in den letzen drei Monaten 81 Strafanzeigen, 278 Verwarnungen, 30 Verkehrsordnungswiedrigkeiten, 626 Personenüberprüfungen, 69 Platzverweise und 104 Vorführungen vollzogen. Das ganze lief im Rahmen der im Dezember 1996 begonnen "Kob-Arbeit" (Kontaktbereichsarbeit). Dafür wurden eigens vier Cops für die "Betreuung" des Ziegenmarktes abgestellt. Zwei zusätzliche folgen in diesem Monat.
Lotto Meyer

werbespots ausgestrahlt habe, außerdem habe sich die DVU bei einer "Wahlanhörung" darstellen können wie andere auch; natürlich sei der Sender politisch unabhängig und habe das Recht, selbst zu bestimmen, welche Gäste zu entsprechenden Diskussionen geladen werden und welche nicht. Bedenklich, so der Staatsgerichtshof, sei hingegen, daß die DVU nicht zu der vier Tage vor der Wahl ausgestrahlten Sendung "Nie wieder Ampel - Wer soll Bremen regieren?" eingeladen wurde. Daß dort alle Bürgerschaftsparteien mit Ausnahme der FaschistInnen vertreten waren, hätte gegen die Chancengleichheit verstoßen und die Chancen der DVU möglicherweise verschlechtert.

Keine Abschiebung

Ein Mann, der gegen seine Abschiebung in die Türkei geklagt hatte, bekommt vom Verwaltungsgericht Bremen Recht. Nach der jetzt bekanntgegebenen Urteilsbegründung habe die Ausländerbehörde eine falsche Ermessensentscheidung gefällt, da sie nicht berücksichtigt habe, daß der derzeit im Knast sitzende Zahar A. als armenischer Christ in der Türkei mit erheblichen persönlichen und finanziellen Nachteilen rechnen müsse.



A. hatte im März 1994 einen Anschlag auf die Gaststättenabteilung des Stadtamts am Rembertiring verübt, dabei das Mobiliar, zwei Sachbearbeiterinnen, allerdings auch einen Unbeteiligten mit Benzin übergossen und dann Feuer gelegt. Die Personen konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der Anschlag war ein hilfloser Protest dagegen, daß die beiden Schreibtischtäterinnen ihn in Sippenhaft genommen und ihm eine Konzession für eine Gaststätte in Walle verweigert hatten. Als Begründung mußte herhalten, daß A.s Vater, dem Vorbesitzer der Kneipe, Drogenhandel vorgeworfen wurde. Das ganze zog nicht nur eine auch rassistisch motivierte Kampagne nach sich, in der behauptet wurde, Sachbearbeiterinnen deutscher Behörden seien permanenten Bedrohungen durch Ausländer und andere Sozialschmarotzer ausgeliefert, sondern für A. im November 1994 auch eine Strafe von vier Jahren und drei Monaten wegen schwerer Brandstiftung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung.
Trotz des jetzt ergangenen Urteils muß A. weiterhin mit seiner Abschiebung rechnen, denn, so Verwaltungsgerichtspräsident Hasso Kliese: "Die Grundtendenz des Urteils ist: Ausgewiesen werden darf." Bei einer erneuten Prüfung könne das Ausländeramt durchaus wieder zu einem Abschiebebeschluß kommen, habe es doch, außer eben die Religionszugehörigkeit des Betroffenen zu berücksichtigen, alles richtig gemacht. Denn eigentlich mache die Schwere der Tat, hier: das Anzünden einer Polizeidienststelle samt Personal, die Ausweisung zum Regelfall. Und nur die Tatsache, daß A. schon 1975 als Minderjähriger in die BRD eingereist sei, mache, so das Ausländeramt, das Ganze zur "Ermessensabschiebung". Aber für die Abschiebung spreche eben auch, daß A. - ledig, kinderlos und in den letzten Jahren nur unregelmäßig einer Erwerbsarbeit nachgehend - sozial weder besonders an die BRD gebunden noch in die Gesellschaft integriert sei.

31. dezember

"Bremer Jugendkultur"

Nur wenige Leute mochten bei -15° C Silvester auf der Sielwallkreuzung feiern - und sah sich einem Großaufgebot Polizei in voller Kampfmontur gegenüber. Mangels Beschäftigung räumte die eine Party in einem angrenzenden Haus ab und nahm alle 27 Gäste vorläufig fest, weil angeblich vom Dach Flaschen geworfen worden seien. Innensenator Borttscheller sieht seine Strategie, "von Anfang an starke Präsenz zu zeigen", voll bestätigt und kündigt the same procedure für next year an, denn "es gehört zu den traurigen Kapiteln Bremer Jugendkultur, daß manche Wohlstandskinder ein Bürgerkriegsszenario brauchen, um in die richtige Stimmung zu kommen".

15. januar

Demonstration gegen Abschiebung

Rund 100 Menschen demonstrieren gegen die Abschiebung armenischer ChristInnen in die Türkei und für deren Bleiberecht in der BRD. Fünf Familien - 28 Männer, Frauen und Kinder - sind in Bremen derzeit akut von der Abschiebung bedroht, ihr Bleiberecht läuft am 20. Januar aus. Sie haben, obwohl einige von ihnen als nachgezogene Familienmitglieder kamen, kein Asyl erhalten, weil sie erst nach dem sog. Stichtag 31.12.89 'einreisten'. Einige von ihnen hatten im vergangenen Jahr Kirchenasyl in Bremer Gemeinden erhalten, bevor die befristete Bleiberegelung beschlossen wurde. Verbale Unterstützung hatten sie, zuletzt kurz vor Weihnachten, u.a. auch von Bürgermeister Scherf erhalten, der sich für eine bundesweite Regelung einsetzen wollte. Von Innensenator Borttscheller, dem 350 Unterschriften übergeben werden, erhalten die DemonstrantInnen die vage Zusage, daß über die geplanten Abschiebungen nochmals bei einem Termin in der nächsten Woche, an dem auch der höchste Vertreter der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK), Louis Ferdinand Zobeltitz, teilnehmen wird, diskutiert werden. Mehrere Pastoren kündigen an, nötigenfalls wieder Kirchenasyl zu gewähren: "Im Zweifelsfall ist uns das Gebot der Nächstenliebe näher als das bürgerliche Gesetz." Die erhofften Zusagen gibt Borttscheller beim o.g. Treffen aber nicht, angeblich weil dem die Rechslage auf Bundesebene entgegenstehen würde. Es könne nur geprüft werden, ob im Einzelfall humanitäre Gründe einer Abschiebung entgegenstehen.

18. januar

Bremer Drogenpolitik

Nachdem im Laufe des Tages in der Stadt fünf Drogengebraucher gestorben sind, löst die Polizei Alarm aus: Die Büttel haben am Abend ausnahmsweise nicht die Aufgabe, die rund 3.000 Bremer Junkies weiter zu drangsalieren, sondern sollen sie - u.a. per Lautsprecherdurchsagen aus im 'Viertel' herumfahrenden Polizeiwagen sowie Plakaten "Achtung Warnmeldung! (...)"- über einen "lebensgefährlichen Stoff", die "Todesdroge", die im Umlauf sei, informieren. Hier wird natürlich der Bock zum Gärtner gemacht, ist doch die tatsächlich Todesursache der fünf und auch der anderen gestorbenen Junkies die herrschende Drogenpolitik, vor allem die Kriminalisierung durch das Betäubungsmittelgesetz. Wenig später stellt sich denn auch heraus, daß wohl 'nur' zwei Männer starben, nachdem sie zuvor Heroin konsumiert hatten, allerdings Stoff mit einem - aufgrund der Kriminalisierung - ungewöhnlichen hohen Reinheitsgrad (60 Prozent), was erstens weniger Gewinn abwirft und zweitens eigentlich gerade für die Qualität der angeblichen "Todesdroge" spricht.

19. januar

Sexistische Angriffe (I)

Eine Frau wird gegen 0.30 Uhr in den Wallanlagen vergewaltigt. Drei Männer hatten die 28jährige zuvor angesprochen und dann in ein Gebüsch in Höhe der Bürgermeister-Smidt-Straße

gezogen. Die Täter flüchten anschließend

Demo gegen Werkschließung

Rund 150 ArbeiterInnen des Dieselmotorenwerks Vegesack demonstrieren mit einem Autorkorso und einer anschließenden Kundgebung vor dem Rathaus gegen den befürchteten Verlust ihrer Arbeitsplätze. Dem Bremer Betrieb des Dieselmotorenwerk, ehemals Teil des in Konkurs gegangenen Vulkan-Verbunds, droht die Schließung Ende des Jahres, während das Stammwerk in Rostock-Warnemünde wohl erhalten bleibt.

21. januar

Sexistische Angriffe (II + III)

Eine 20jährige Frau wird gegen 20.30 Uhr von einem unbekannten Täter im Oslebshauser Park vergewaltigt.
Am späten Nachmittag konnte eine 31jährige Frau in der Oldesloer Straße einen Mann, der sie massiv sexuell bedrängt hatte, mit einem Faustschlag ins Gesicht in die Flucht schlagen.

21. januar

Visumspflicht für junge MigrantInnen

Auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wird in der Bürgerschaft über die Visumspflicht für junge MigrantInnen diskutiert, um den Senat dazu zu bewegen, in der Abstimmung im Bundesrat am 14. März gegen diese rassistische Maßnahme zu stimmen. Am 15. Januar war die Verordnung Bundesinnenminister Kanthers in Kraft getreten, nach der Jugendliche unter 16 Jahren aus der Türkei, Tunesien, Marokko und dem ehemaligen Jugoslawien künftig ein Visum brauchen und hier bereits lebende Jugendliche eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen müssen - in Bremen sind etwa 9.000 junge MigrantInnen betroffen. Innensenator Borttscheller, unbedingter Befürworter jeglicher Flüchtlinge und MigrantInnen diskriminierender Maßnahmen, hält die Verordnung für notwendig, "um zigtausendfachen Mißbrauch" zu unterbinden. Die Abgeordneten, die "mit viel Gefühl und Pathos" dagegen redeten, sollten "sich gelegentlich klar werden, für wen (sie) sich einsetzen". Eine kritische Presseerklärung der Bremischen ev. Kirche vom 27. Januar zur Visumspflicht ("schleichender bürokratischer Rassismus") bezeichnet Borttscheller tags darauf als "eine peinliche politische Entgleisung; die Äußerungen grenzen an Volksverhetzung".

30. januar

Rassistischer Handel mit mexikanischen "Au-pair-Mädchen"

Kriminalpolizei und Ausländeramt durchsuchen in Schwachhausen und Oberneuland die Häuser mehrerer Bremer Großbürgerfamilien. Sie sollen sog. Au-Pair-Mädchen aus Mexiko illegal beschäftigt haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit rund zwei Wochen gegen einen Polizisten wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Ausländergesetz, polizeiliche Untersuchungen richten sich gegen sechs Familien.
Der Oberneulander Schutzpolizist Andreas R. und seine Frau Carmen, eine gebürtige Mexikanerin, haben schon vor längerer Zeit einen lukrativen Handel mit sog. Au-pair-Mädchen aus Lateinamerika aufgezogen, die unter miserablen Bedingungen als billige Putzhilfen in Schwachhauser und Oberneulander Großbürger-Familien arbeiten müssen. Bekannt wird das Ganze erst, als mehrere der jungen Frauen, nachdem sie feststellen mußten, daß ihr hiesiger Aufenthalt illegal war, sich an die Presse wandten. Carmen R. bahnt in Mexiko jeweils die Kontakt an, der Gemahl, der dort regelmäßig Urlaub macht, sichert den jungen Frau zu, Visaangelegenheiten etc. zu erledigen - was er aber wohl nie vorhatte. Im deutschen Honorarkonsulat in Guadalajara (Mexiko) 'bat' er in mehreren Fällen darum, die Visumsanträge - zur Beschleunigung des Verfahrens - an das BRD-Konsulat in Amsterdam zu schicken, dort wurden aber keine Visa erteilt. Die Mexikanerinnen leb(t)en also, ohne es zu wissen, illegal in Bremen - und sind bzw. waren schon bei Ausweiskontrollen von Festnahme und anschließender Abschiebung bedroht. In Bremer Villen hatten sie in der Regel als Putzkräfte zu arbeiten, sie bekamen weder eine angemessene Entlohnung noch konnten sie an den versprochenen Deutschkursen teilnehmen, von den erhofften Kontakten zu jungen Eingeborenen ganz zu schweigen.

Willi Leow

Aufgebauschte Kriminalität

Verdacht erhärtet: Polizisten frisieren die amtliche Statistik
Kiel. - Was sich vor Monaten bei einer ersten Stichprobe in drei Polizeirevieren andeutete, hat sich nach umfassenden Kontrollen bestätigt: Polizeibeamte haben die Kriminalität aufgebauscht. Die Kriminalstatistik für 1995 wurde in 23 untersuchten Dienststellen um 20 Prozent nach oben frisiert. Hochrechnen auf alle 338 Dienststellen läßt sich die neue Stichprobe jedoch nicht. Sie ist repräsentativ.
Vor dem Innen- und Rechtsausschuß des Landtages wertete Innenminister Ekkehard Wienholz (SPD) die Vorgänge gestern als zum Teil "besonders schwerwiegend". Der Minister kündigte eine Reihe von Konsequenzen an. Disziplinarmaßnahmen gehören nicht dazu. Obwohl er selbst von "Manipulationen" sprach und zahlreiche Fallbeispiele nannte, die kaum auf Unkenntnis, sondern auf Vorsatz deuten, will es der Minister bei einer "Pflichtenmahnung" belassen. "Dies gilt aber nicht für die Zukunft", fügte er drohend hinzu. SPD und CDU lobten den Verzicht auf Disziplinarschritte, auch wenn die SPD-Abgeordnete Ursula Kähler im Verhalten der Beamten einen "ungeheuerlichen Vorgang" erkannte. Wienholz sagte auf Nachfrage, er fürchte um die Motivation. Er setze auf "ein reinigendes Gewitter". Da zudem nur Stichproben vorlägen, hätten Disziplinarmaßnahmen etwas Willkürliches, träfen sie doch nur die zufällig Ertappten.
Der Grund für den Schummel, bei dem es außer dem Ansehen der Polizei keinen direkt Geschädigten gibt, liegt auf der Hand: Je mehr Fälle ein Revier bearbeitet, desto mehr Personal wird zugewiesen. Die Beamten in den 23 Dienststellen wußten das zu nutzen. Nicht, wie geschehen, 6.865 Straftaten gehörten in die Statistik, sondern 5.027. Beliebt war das Splitten von Tateinheiten. So schlug sich der Klau von sechs Feuerlöschern aus einem Parkhaus mit sechs Diebstählen nieder. Eine Dienststelle meldete nach Telefonterror gegenüber zwei Personen 72 Fälle von Beleidigung/Körperverletzung, obwohl nur zwei Fälle anrechenbar waren.
Wienholz will auf die manipulierte Statistik 1995, die einen neuen Rekord von über 276.000 bei einem Anstieg von 5,6 Prozent ausgewiesen hatte, so reagieren: Besondere Prüfgruppen werden 1997 verstärkte Kontrollen vornehmen. Die Dienststellenleiter werden per Erlaß zur Überprüfung der Statistiken verpflichtet. Die Erfassung der Kriminalität im laufenden Jahr wird einer Totalrevision unterworfen. Die Kriminalstatistik 1995 wird nicht als Grundlage für Personalzuweisungen herangezogen. Künftig soll nicht nur die Fallzahl, sondern auch die Verbrechensvorbeugung zu Buche schlagen.

Aus: Lübecker Nachrichten vom 7.11.96

Zur Privatisierung von GeWoBa und Bremischer Gesellschaft

Rote Heckenschützen in Neuer Vahr

Die seit 1872 unter Sozialisten intensiv und kompetent geführte wohnungspolitische Diskussion kreist in Bremen 1996/97 um den Verkauf von Anteilen städtischer Wohnungsbauunternehmen: Sozial- und Christdemokraten wollen 24,9 % der GeWoBa sowie 49,9 % der Bremischen Gesellschaft privatisieren, woraufhin 14 000 MieterInnen einen Bürgerantag gegen den Verkauf zeichneten. Was sind einerseits die Effekte einer solchen Privatisierungsmaßnahme und andererseits die Beweggründe dieser BürgerInnen, deren Mieterinitiativen von nahezu allen zur Wohnungsfrage arbeitenden Grüppchen und Initiativen[1] Unterstützung finden? Im sozialistischen Sinne ehrenhafter Allgemeinsinn oder individuelle Furcht vor Teuerungen?

Von grundlegendem Interesse auch die Frage, ob sich GeWoBa und Bremische Gesellschaft als bedarfsorientierte, gemeinwirtschaftliche Unternehmen verstehen, deren Erhaltung sich in der Tat lohnen könne, oder ob sie überwiegend als kapitalistische Großkonzerne agieren, denen auch der treueste Gewerkschaftler keine Träne nachzuweinen hätte? Seit Jahren grassieren neben derartigen Fragen kontroverse Ansichten über Stadtrandsiedlungen wie München-Perlach, Nürnberg-Langwasser, Berlin-Buckow, Hamburg-Mümmelmannsberg und Bremens Neue Vahr: Für die einen Leistungsbeweis der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, für die anderen Beispiele für verfehlte Stadtplanung und hohe Mieten zur Genese von Kriminalität, Vandalismus und Neofaschismus.

Zur Klärung dessen soll die Geschichte insbesondere der GeWoBa nachgezeichnet werden, eine Geschichte, die nur im historischen Kontext der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, der Baugenossenschaften sowie der Wohnungsreformbewegung hinreichend verstanden werden kann. Dabei werden an gegebener Stelle auch die unter dem "Neuen Bauen" bekannt gewordenen architektonischen Avantgarde-Einflüsse Erwähnung finden.

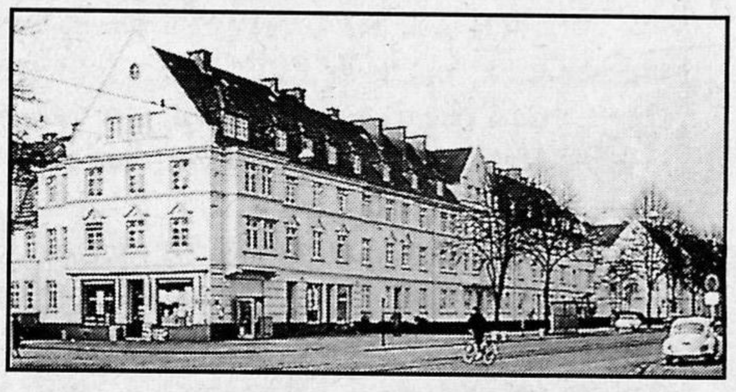
Bis zum Halse in kapitalistischer Flut

Beginnend in der Weimarer Republik versuchten Gewerkschaften durch Gründung eigener Genossenschaften dem Wohnungsproblem und der Spekulation entgegenzusteuern:

Nach dem ersten Weltkrieg bildeten sich in Deutschland an vielen Orten Organisationen arbeitsloser Bauarbeiter, die den lokalen Arbeiterräten und Kommunalbehörden ihre Dienste anboten. Da sich das privat-kapitalistische System der Wohnungsbauproduktion und -finanzierung der Vorkriegszeit infolge von Reparationsforderungen, kriegswirtschaftlichen Veränderungen und inflationären Tendenzen in einem desolaten Zustand befand, erlebte der Gemeinnützige Wohnungsbau einen erstaunlichen Aufschwung. Waren fast alle produktionsgenossenschaftlichen Versuche vor 1918 gescheitert, bildete sich nun eine komplex-arbeitsteilig organisierte gemeinwirtschaftliche Struktur heraus: Soziale Bauproduktion durch den Verband sozialer Baubetriebe und die Bauhüttenbewegung, soziale Bauträgerorganisationen, gewerkschaftseigene Wohnbaugesellschaften, Baugenossenschaften und -vereine sowie Wohnungsbaugesellschaften der Kommunen. In den Leitsätzen der Konferenz von Leitern sozialer Baubetriebe 1920 heißt es: "*Sozialismus ist Neuland, das der kapitalistischen Flut Scholle um Scholle abgerungen werden muß. Der Aufbau der Gemeinwirtschaft wird die harte Arbeit von Generationen erfordern. Die ersten sozialen Baubetriebe werden bis zum Halse in der kapitalistischen Flut stehen.*"

In Bremen, mit seiner starken Arbeiterbewegung, wurde zur Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens und zur Abkehr von Einzeleigentum an Wohnungen bereits im Sommer 1921 die Bauhütte "Hansa" gegründet. 1924 folgte die Gründung der "Gemeinnützigen Wohnungsbaugemeinschaft der freien Gewerkschaften für Bremen und Umgebung", der heutigen GeWoBa, mit ihren Firmensitzen zunächst im Geeren 6/8 (1924-1930), später im Bremer Volkshaus, Nordstraße 45 (1930-1933), dem damaligen Zentrum der Bremer Gewerkschaften.

Das erste Bauvorhaben von Bauhütte "Hansa" und der GeWoBa-Vorgängerin, der Häuserblock umrandet von Altenescher Straße/Gröpelinger Heerstraße/Grasberger Straße und Pastorenweg in Gröpelingen[2], befindet sich heute noch im fast ursprünglichen Zustand. Die dreigeschossigen Mehrfamilienhäuser wurden schon früh als "Gewerkschaftsblock" sowie dank vieler Mieter aus der KPD (und der Fassadenfarbe) als "Roter Block" bekannt. In den Rahmen dieser sozialistischen - das heißt genossenschaftlich organisierten - Betriebsgründungen fällt 1926 auch die Gründung der "Gemeinnützigen Kleinwohnungsbau-Gesellschaft Groß-Hamburg mbH (GKB)" deren Name 1939 in NEUE HEIMAT umgewandelt wurde (siehe unten).



Der "Rote Block" im Jahre 1966

Die beschriebenen Zusammenschlüsse in Bauproduktions-Genossenschaften sind überwiegend als Selbsthilfe und Sozialisierungsformen "von unten" zu interpretieren[3], da sich nach 1918 erwies, daß die SPD nun weitgehend mit der Macht in den Händen keine greifende Strategie zur Transformation des Kapitalismus und keine Theorie des zukünftigen Sozialismus vorliegen hatte. Sie erwies sich damit wirtschaftspolitisch als handlungsunfähig. Während die Mehrheit in der SPD über den schrittweisen, friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus fabulierte, forderten KPD und USPD bekanntermaßen eine bedingungslose Sozialisierung der gesamten Wirtschaft auf Grundlage einer rätedemokratischen Republik.

Die gewerkschaftlichen Wohnungsunternehmen kooperierten mit der damaligen Avantgarde der Architekten wie Bruno Taut, Ernst May, Fred Forbat, Mies van der Rohe, Walter Gropius, Adolf Behne und Erich Mendelsohn, die auf die ein oder andere Weise mit dem Bauhaus[4] verbunden waren. Nach ihren Vorstellungen sollte sich der sogenannte "Neue Städtebau" auf den Wohnungssektor konzentrieren. Ansatzpunkt und Konzept bildete die Senkung der Baukosten, die tragbare Mieten auch für die Arbeiterschaft ermöglichen sollte. Dabei wurden Produktionsverfahren im Sinne eines Fordismus bzw. Taylorismus[5] eingesetzt.

Das zweite sozialistische Bauvorhaben in Bremen wurde nach avantgardistischen Grundzügen in der Neustadt fertiggestellt: Die Häuserreihen zu beiden Seiten der Friedrich-Ebert-Straße - von der Gastfeldstraße bis zur Neuenlander Straße - gestalteten die Architekten J.W.Berner und E.Bohne aus nahezu völlig schmucklosen, kubischen Baukörpern im Wechsel zwischen stärker hervor- oder zurückliegenden Häusern[2]. "Schlimmster Fassadenrummel", wie ihn Bruno Taut in den Bauten feudaler Souveräne entdeckte, wurde tunlichst vermieden.

Viele BremerInnen aus bürgerlichen Kreisen werteten die frühen sozialistischen Bauten als unerträgliche Störung - wenn nicht gar als Kampfansage. Sie bevorzugten konservative architektonische Formensprachen, die Individualität hervorheben und an bürgerlichen Wohnhausvorbildern orientiert sind; sie formierten sich in "Bürgervereinen" und versuchten, mit Eingaben und Protesten bei der Baubehörde, solche Bauten zu verhindern. Die öffentliche Meinung war immerhin so aufgebracht, daß die Bauhütte "Hansa" sich zu einer regelrechten Gegenoffensive genötigt sah. Unter der Überschrift "*Spießbürger gegen modernes Bauen*" publizierte die "Bremer Volkszeitung" im November 1930: *"Die von der Bauhütte Hansa ... ausgeführten Bauten brechen allerdings so vollständig mit den überlieferten kleinlichen bremischen Verhältnissen, daß es dem Kenner schon erklärlich ist, wenn manchen Bürgervereinlern die Haare ob solcher Bauwerke zu Berge stehen. Der Fachmann muß immer wieder feststellen, daß Nichtfachleute sich Urteile über Dinge erlauben, von denen sie bestimmt nichts verstehen. So auch in diesem Falle."*

Manchmal waren die Reaktionen gar militärstrategischer Natur, wenn zum Beispiel die um die Häuserecken herumgezogenen Rundbalkone in der Bismarckstraße 114-122 allen Ernstes verdächtigt wurden, sie könnten eines Tages als "rote Heckenschützen-Verstecke" ihren wahren Zweck erfüllen[2].

Gemeinnütziger Wohnungsbau im Faschismus

Einleitend sei darauf hingewiesen, daß die deutsche Architekturgeschichte vor und nach 1933 nicht auf den Gegensatz von Bauhaus-Stil oder Neuem Bauen und NS-Architektur reduziert werden kann. Nationalsozialistische Architektur kannte viele Facetten, sie war vielgestaltiger, als es das gängige Bild vom Bauen im totalitären Staat lange Zeit wahrhaben wollte. Allerdings verschoben sich die Akzente dahingehend, daß extreme Positionen wie die der als Sozialrevolutionäre verdächtigten, zudem internationalistischen Avantgardisten des Neuen Bauens keine Chance hatten, zum Leitbild der offiziellen nationalsozialistischen Baukunst aufzurücken. Der Internationalismus deutscher Avantgarde-Architekten ließ sich mit dem Nationalismus der Anhänger eines "deutschen Stils" kaum vereinbaren. Als "Kulturbolschewisten" diskriminiert erhielten Gropius, Mies van der Rohe u.a. keine Aufträge mehr, sie wurden entlassen und emigrierten in die USA.

Kubische Baukörper in der Friedrich-Ebert-Straße

Nichtsdestotrotz sorgte vor allem die an internationalen Standards orientierte Verkehrs-, Stadt- und Industriebauentwicklung für eine Kontinuität des sachlich-modernen Bauens. Sie begünstigte die eingeschränkte und modifizierte Fortführung des offiziell als "undeutsch" verurteilten Neuen Bauens.

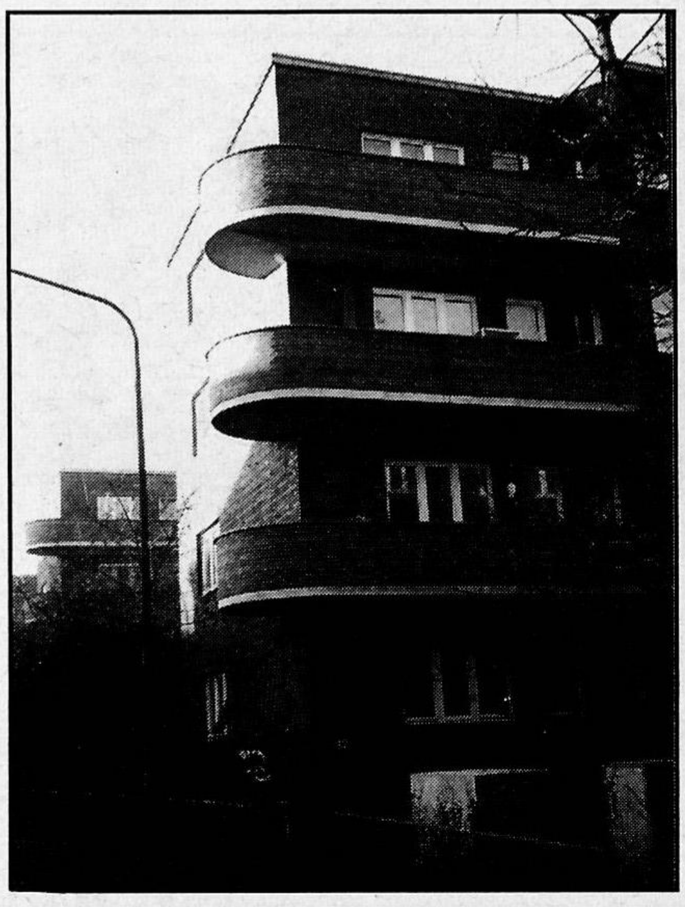
Die Vermögen der ehemaligen gewerkschaftlichen Betriebe wurden unmittelbar nach der Machtergreifung 1933 von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) beschlagnahmt: Bei der GKB, der Vorläuferin der NEUEN HEIMAT, der Vorgängerin der Bremer GeWoBa ebenso wie bei der Bauhütte "Hansa"[2]. Die Neubautätigkeit der Gesellschaften ruhte bis 1936, man beschränkte sich auf die Verwaltung des Bestandes der Wohnungen. Nach 1936 wurde die Neubautätigkeit allmählig wieder aufgenommen.

Die Strukturen der vor 1933 vielfach von fortschrittlichen Kräften dominierten Baugenossenschaften und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften blieben nach 1933 zunächst unangetastet, lediglich die "Führer"-Schicht wurde ausgewechselt: Im Frühjahr 1933 besetzten Nationalsozialisten das Bremer Volkshaus mehrfach unter dem Gaubetriebszellenleiter der "NS-Betriebszellen Organisation" (NSBO) aus Oldenburg, Bruno Dieckelmann. 18 Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet und durch NSBO-Mitglieder ersetzt. Diekkelmann rückte in den Vorstand der GeWoBa-Vorgängerin[2].

1939 wurde nach einem Beschluß der Gesellschafterversammlung die Firmenbezeichnung in "NEUE HEIMAT, gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront im Gau Hamburg mbH" geändert.

Trotz aller gegenteiligen ideologischen Behauptungen knüpften die Nationalsozialisten unmittelbar an das in der Weimarer Republik entwickelte wohnungspolitische Instrumentarium an und instrumentalisierten den gut eingespielten Apparat der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und Baugenossenschaften für ihre Zwecke. Sie strebten dabei nicht die bewußte Entpolitisierung der Gemeinwirtschaftsbewegung, sondern die Auswechselung der politischen Ideengehalte an: Häufig wurde der genossenschaftliche Ideengehalt als das geistige Fundament des nationalsozialistischen Staates interpretiert.

Faktisch stand der soziale Wohnungsbau im Schatten des Autobahnbaus, der "Bauten für die Wehrhaftmachung" und der "Neugestaltung der Führerstädte"[6]. Die DAF-Parole, die jedem deutschen Arbeiter ein eigenes Häuschen versprochen hatte, blieb weitgehend Propaganda.



"Rote Heckenschützen-Verstecke" in der Bismarckstraße

Wohnen im Sozialstaat

Anfang der 50er Jahre herrschte in der BRD eklatante Wohnungsnot: 12 Millionen Menschen suchten eine neue Unterkunft und Lebensgrundlage.

Sozialer Wohnungsbau löste die Wohnungsversorgung in dem entstehenden Sozialstaat zumindest partiell aus dem System der Marktwirtschaft heraus. Die Wohnungsversorgung wurde allerdings nicht - wie etwa der öffentliche Personennahverkehr - in unmittelbar öffentliche Regie übernommen: Der Sozialstaat beschränkte sich darauf, Belegungsrichtlinien zu geben und durchzusetzen bzw. öffentliche Darlehen zur Verfügung zu stellen. Die Aufgabe des Wohnungsneubaus wurde den Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften übertragen, wodurch man in dieser Phase Grundlagen für überregionale Aktivitäten und die spätere Expansion der gewerkschaftseigenen NEUEN HEIMAT legte. In der Festschrift zur Rückgabe der NH an die Gewerkschaften hieß es 1952, daß "*eine gewissenhafte, wohnungsreformerische Haltung und eine schwungvolle Unternehmensinitiative*" erwartet werden, die gestellte Aufgabe ist nicht "*Unternehmen der üblichen Art zu sein, sondern beispielgebende Arbeit zu leisten*".

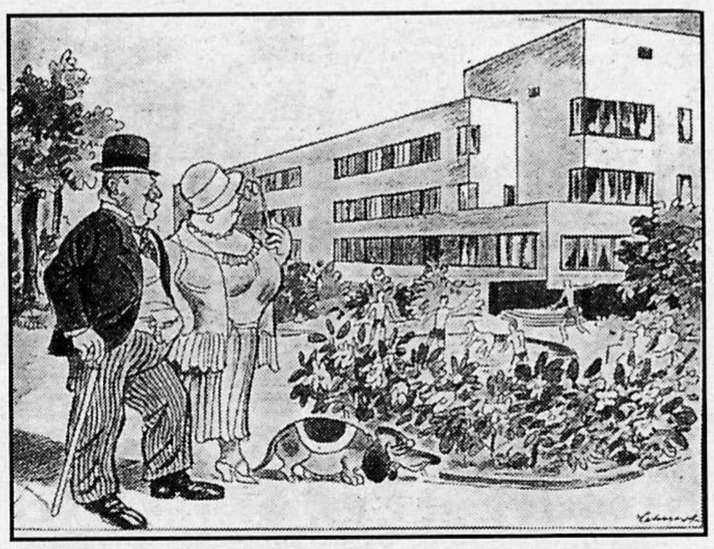
Zu den vier Wesensmerkmalen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen zählten konkret[7]:

» Die Gewinnbeschränkung, d.h., es durfte eine maximale Dividende von 4 % ausgeschüttet werden, ein weiterer Gewinn mußte wieder im Unternehmen investiert werden

» Die Zweckbindung, nach der die zur Verfügung stehenden Mittel nur für den Bau und die Bewirtschaftung von Wohnungen verwendet werden durften

» Die Baupflicht, die zum ständigen Bauen verpflichtete

» Der Bau von Luxuswohnungen über 120 m^2 war gesetzlich untersagt



"Kulturbolschewismus"

Die CDU unter Adenauer ließ keinen Zweifel daran, daß die drastischen staatlichen Eingriffe in den Wohnungssektor nur als Notmaßnahme zu betrachten seien und so bald wie möglich anderen Zielsetzungen, d.h. jenen des Privatkapitals, zu weichen hätten. So wurde bereits 1956 das zweite Wohnungsbaugesetz verabschiedet, mit dem man einen deutlichen Akzent in Richtung Kapitalmarktfinanzierung des Wohnungsbaus, Eigentumsbildung und Familienförderung setzte.

An dieser Stelle sei zur häufig gestellten Frage "*Die NEUE HEIMAT nach 1945 - Kontinuität oder Neubeginn?*" auf einige personelle Kontinuitäten hingewiesen: So wurde J.Brecht, ab 1938 Präsident des Reichverbandes des deutschen gemeinnützigen Wohnungswesens, 1963 mit der V.A. Huber-Plakette für Personen ausgezeichnet, die sich "*um die gemeinnützige Wohnungswirtschaft besonders verdient gemacht haben*". Ebenso, wie H.Vormbrock, der nach 1934 beschrieb: "*Die deutsche Revolution 1933 hat erst eigentlich die Grundlagen und die Möglichkeiten eines wirklich großzügigen, zielbewußten Siedlungs-, Um- und Aufbaus in Deutschland geschaffen.*" Bruno Diekkelmann, der noch im Mai 1933 das Bremer Volkshaus stürmte (siehe oben), wurde in den 50ern Aufsichtsratvorsitzender der NH Weser-Ems.

Aufgrund industrieller Fertigungsweisen gelang es der NEUEN HEIMAT, trotz einer Adenauer-Regierung mehr als 500 000 kostengünstige Wohnungen zu bauen: "*Durch ihre Bemühungen um die Durchsetzung einer industriellen Bauweise und um die Konzentration des Wohnungsbaus konnte die NEUE HEIMAT die Erhöhung der Wohnungsbaukosten wesentlich unter dem westdeutschen Durchschnitt halten*" hieß es anerkennend aus der DDR[8].

Sogenannte "Schlafstädte" in Streulage um die expandierenden städtischen Siedlungen entstanden im Hansaviertel Berlin, Berlin-Buckow, den Siedlungen Nürnberg-Langwasser, Köln-Chorweiler, München-Perlach sowie in Hamburg-Mümmelmannsberg[9]. In Bremen entwarf der frühere Avantgardist Ernst May[2] Pläne zur Gartenstadt Vahr und zur Neuen Vahr, die in den 50er Jahren neben weiteren Bauvorhaben im Bremer Westen östlich der Hansastraße realisiert wurden. Die Wohnungen wurden im Gegensatz zu den engen, feuchten, überalterten, vernachläsigten, zuvor bewohnten Altbauten bereits mit Sammelheizungen ausgestattet. Die Durschnittsmiete von 1,32 DM pro m^2 lag in derart neuen Wohnungen mit Küche, Bad und Balkon weit unter dem Bundesdurchschnitt und zeigte[10], "*wie sehr sich die gewerkschaftseigenen Unternehmen ihrer Verantwortung bewußt sind, auf dem Wohnungsmarkt in bezug auf die Preise bremsend zu wirken*". Bevorzugte Mieter waren überwiegend Facharbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien, die keine Angst mehr vor der Willkür privater Hausbesitzer zu haben brauchten. In den 60er Jahren konnten auf diese Art und Weise jährlich bis zu 20 000 Wohnungen fertiggestellt werden.

Dabei handelte es sich nicht nur um die Beseitigung einer Marktlücke, sondern um den Aufbau einer Alternative zum kapitalistischen Wohnungsbau, sowohl was die Finanzierungsformen, wie die Verwaltung der Bestände, wie überhaupt die Masse ehrenamtlicher Tätigkeiten und damit auch Fähigkeiten im Bereich der Wohnungswirtschaft betraf.

Kritiker dieses Wohnungsbaukonzeptes hoben neben der traditionell konservativ geprägten Ablehnung der die NH-Wohnungen auszeichnenden Architektur hervor, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie ihre Aufgabe auch darin begriffen, die Schichten am unteren Ende bis zur Mitte der sozialen Pyramide mit einer größeren Quantität von Gütern zu versorgen: Beseitigung der Klassen durch Beteiligung der Arbeiter an der Massenkonsumtion, am produzierten industriellen Reichtum. Korrumpiert werde das Bewußtsein der "sozial schwachen Kreise" durch "Einwurzelung in den Boden" mit dem sozialpolitischen Ziel deren sogenannte Befriedung zu erreichen. Die Lage der Massen der MieterInnen werde erträglich gehalten womit von Seiten der Gewerkschaften und der SPD eine Baupolitik zur Erhaltung der Verwertungsbedingungen des Kapitals betrieben werde.

Weiße Kreise und schwarze Bücher

Als entscheidende wohnungspolitische Weichenstellung der 60er Jahre gilt das nach heftigen Auseinandersetzungen und trotz des Widerstands der Gewerkschaften verabschiedete "Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und für ein soziales Miet- und Wohnrecht", der sogenannte "Lücke-Plan". Der damalige Wohnungsbauminister Lücke kündigte mit diesem Gesetz die schrittweise Freigabe der Altbauten für ihre marktwirtschaftliche Verwertung an. In einem abgestuften Verfahren wurden der bestehende Kün-

"...denn bei allem bisher Erreichten

darf nicht vergessen werden, daß immer noch 10 Millionen Menschen, also ein Fünftel der Bevölkerung, ohne eigene Wohnung leben müssen. Bei diesen Menschen aber handelt es sich in erster Linie um Arbeiter und kleine Angestellte, die bisher oft gegenüber den begüterten Wohnungsbewerbern zurückstehen mußten. Sie sind auf die Hilfe der Gemeinwirtschaft angewiesen. Ihnen zu helfen, ist und bleibt Ziel aller gewerkschaftlichen Wohnungsbautätigkeit. Die Gewerkschaften bestimmen das Tun der von ihnen gegründeten Wohnungsbauunternehmen und somit auch der in der NH-Unternehmensgruppe zusammengeschlossenen Gesellschaften. Diese Gesellschaften werden ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß der Wohnungsbau und damit die soziale Aufrüstung den Rang erhält, der dieser Aufgabe zukommt. Sie werden dafür sorgen, daß das Recht auf Wohnung für jeden Menschen verwirklicht wird..."

(gesprochener Kommentar aus dem filmischen Leistungsbericht der NEUEN HEIMAT 1956)

digungsschutz und die Mietpreisbindung aufgehoben. Alle Stadt- und Landkreise, die ein rechnerisches Wohnungsdefizit von weniger als 3 % aufwiesen, wurden nach diesem Verfahren zu "weißen Kreisen" ernannt, in denen die Mietpreisbindung entfiel. In der Konsequenz bedeutete dies sprunghaft steigende Mieten für die dort lebende Bevölkerung. In verschiedenen Städten wurde die Bevölkerung von Gewerschaften aufgerufen, Kündigungen und unberechtigte Mieterhöhungen zu melden: Mit dem ersten "Schwarzbuch über weiße Kreise" - ein zweites folgte 1965 - in dem die Ergebnisse dieser Befragung der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, erlebte die Diskussion um den "Lücke-Plan" ihren Höhepunkt.

Ferner wurde 1960 das Bauspargesetz novelliert sowie das Bundesbaugesetz zur Freigabe der Bodenpreise verabschiedet. Desweiteren wurde 1965 das Wohngeldgesetz erlassen, womit der Staat die sogenannte Objekt- durch die Subjektförderung ersetzte. Damit wurde die Miete nicht mehr dirigistisch kollektiv auf einem tragbaren Niveau gehalten, vielmehr mußten einzelne MieterInnen individuell ihre Subventionsbedürftigkeit nachweisen, um in den Genuß der Zahlungen zu kommen.

Als Folge der entstehenden innerstädtischen Konkurrenz um Bauflächen und Immobilien zwischen Wohnen, Verkehr, Handel und aufkommenden Dienstleistungen, die umfangreiche Spekulationen bedingten, wurde das Wohnen quasi aus der Stadt verbannt. Der einsetzenden "Flächensanierung" fielen - unbestritten, daß viele innerstädtische Wohnungen dringend modernisiert und mit sanitären Einrichtungen ausgestattet werden mußten - durch den Abriß ganzer Wohnblocks viele guterhaltene Wohnungen zum Opfer.

Das heißt, die Liberalisierung der Wohnungspolitik unter den CDU/FDP-Regierungen insbesondere der frühen 60er Jahre konnte die bestehenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht nur nicht lösen, sondern schuf durch die Überantwortung der Wohnungspolitik an die Eigentums- und Vermögensbildung neue, gravierende Probleme.

Vom Regierungswechsel 1966/67 gingen in der Wohnungspolitik einige Veränderungen wie die Einführung von Kündigungsschutz- (Kündigungen nur beim Nachweis des Eigenbedarfs) und Miethöhegesetzen (Mieterhöhungen nur, wenn der Vermieter nachweisen kann, daß vergleichbare Wohnungen am selben Ort zu höheren Preisen vermietet werden) aus. Ferner wurden in dieser Zeit Wohngeldregelungen im sozialstaatlichen Sinne ausgeweitet.

Der Wohnungsneubau wurde jenseits sozialpolitischer Regelungen den Interessen von Versicherungsgesellschaften und sogenannten freien Wohnungsbaugesellschaften überlassen, deren Eigenkapital sich aus Versicherungseinlagen und Immobilienanlagen gut verdienender Berufsgruppen speiste. Sozialstaatliche Politik hieß also auch unter der Sozialdemokratie: Verallgemeinerung des Rechts auf Privateigentum jenseits sozialistischer Einsichten.

"Guck mal das Monstrum"

Zurück zur NEUEN HEIMAT: 1962 wurde die NH-International gegründet, 1964 die NH-Kommunal, die auf dem sich entwickelnden Markt sozialer Infrastrukturinvestitionen[11] schnell erfolgreich war. 1967 wurde die GeWoBa in den NH-Konzernverbund aufgenommen und firmierte unter dem Namen NEUE HEIMAT Bremen. Alles weitere war dann eigentlich nur konsequente Weiterverfolgung des nun eingeschlagenen Weges, von der endgültigen Institutionalisierung eines von den Fesseln der Gemeinnützigkeit befreiten Konzernteils, der NH-Städtebau[12] im Jahre 1969 bis zur Neugründung oder Angliederung aller möglichen Spezialunternehmen im Bereich der Bauwirtschaft, der Bauplanung, der Bauvorbereitung.

"Schlimmster Fassadenrummel" im Kontrast zu Tauts Neuer Baukultur

Die diesbezüglichen offiziellen Beschlüsse basierten auf dem Glauben an die Reform auf kapitalistischer Grundlage. Die damit verbundene Korruption deckte "der Spiegel" 1982 auf[13]. Die NH-Manager Plett und Vietor gründeten bspw. in München die Firma Terrafinanz, welche infolge von Kenntnissen über geheime Planungen der NEUEN HEIMAT Grundstücke in München-Neuperlach erwarb, die sie Mitte der 60er mit einem Gewinn von etwa 30 Mio DM an die NH weiterverkaufte. Entwicklungen dergestalt Ende der 60er Jahre auch in Bremen[2]: R.Boljahn, der Vorsitzende im Aufsichtsrat der NH Bremen, begünstigte in korrupter Art den ihm bekannten Makler W.Lohman bei Kauf großer Grundstücke im Hollerland. Dort sollte die sogenannte Hollerstadt entstehen, ein Projekt, das diesem "Bauland-Skandal" ebenso zum Opfer fiel wie Boljahn (Parteiordnungsverfahren der Bremer SPD) und Bausenator W.Blase (Rücktritt).

Zu dieser Zeit entstanden in Bremen-Blockdiek (begrenzt durch Osterholzer Landstraße, die Vahr und die BAB Bremen-Hamburg), Mahndorf (Falkensteiner Straße, Schneidhainer Straße, Königsteiner Straße etc.), in Kattenturm-Ost (zwischen Arster Damm, Bruchhauser Straße und der Straße im Arster Felde) und in Osterholz-Tenever (Koblenzer Straße, Ludwigshafener Straße, Neuwieder Straße etc.) noch Bauprojekte der NH-Bremen für mehrere zehntausend Menschen. Wobei der Bau von Siedlungen in Tenever durch den damaligen Bausenator H.S.Seifriz (der Tenever ehedem als sein Lieblingsprojekt bezeichnet hatte) aufgrund von Zweifeln an der prognostizierten Einwohnerzahl Bremens infolge des "Pillen-Knicks" nach dem ersten Bauabschnitt gestoppt wurde. Bauvorhaben, die abermals aus dem bürgerlichen Mittelstand (während des Vorbeifahrens auf der Autobahn "*Guck mal das Monstrum*") kritisiert wurden. Die NH Bremen entgegnete[2]: "*Das entscheidende und fundierte Urteil können letztlich nur diejenigen fällen, die hier wohnen.*"

In den 70ern fiel das Fertigstellungsergebnis der NEUEN HEIMAT auf unter 7000 Wohnungen pro Jahr ab. Auch der Bau von Mietwohnungen für andere EigentümerInnen z.B. die gewerkschaftseigene "Volksfürsorge" ging deutlich zurück. Neue Aktionsfelder taten sich für die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft auf: Erstens der Bau von Kaufeigenheimen und Eigentumswohnungen. Während in den 60er Jahren nur etwa jede 10. Neubauwohnung als Eigentumsmaßnahme abgewickelt worden war, war es gegen Ende der 70er bereits jede 2. Wohnung, die die NH fertigstellte. Das führte u.a. dazu, daß keine deutsche Großstadt so viele Eigenheime und Eigentumswohnungen ausweist wie Bremen[14]. Zweitens: Was bei der Stadtsanierung unter der CDU noch wild und

ungeplant vor sich gegangen war, sollte nunmehr geplant verlaufen - geplant bis zum Sozialplan, nach dem die Sanierungsbetroffenen zukünftig zu entschädigen sind. In diesem Rahmen entstand 1971 das Städtebau-Förderungsgesetz, das sogenannte "Lex NEUE HEIMAT"[15]. Zum Dritten begann die NH 1978 mit ihren Verkaufsaktionen von Sozialwohnungen an ihre MieterInnen[16], die GeWoBa verkauft derzeit jährlich 300 bis 400 Wohnungen[17].

Im Jahre 1983 waren 90 % i.e. 280 000 Wohnungen aus dem Bestand der NH mit öffentlichen Mitteln gefördert, in Bremen hielt die NH zu diesem Zeitpunkt über 14 % des gesamten Wohnungsbestandes (bundesweit 2 %).

Die gesetzlichen Maßnahmen schließlich, die die Bundesregierung seit 1982 zum Thema Wohnungsversorgung verabschiedete, liefen darauf hinaus, daß Wohnungsbestand und Wohnungsneubau offen zum Feld der Kapitalanlage und Immobilienspekulation deklariert wurden. Das Mischsystem Wohnungswirtschaft, in dem bisher zumindest ein Teil des Bestandes den Gesetzen des Kapitalmarkts entzogen war, wurde aufgelöst in Richtung Markt. Eingeführt wurden[18] Staffelmietverträge[19], Mietspiegel[20] und Zeitmietverträge[21].

Die Angleichung des gemeinwirtschaftlichen Unternehmens NEUE HEIMAT an den privaten Unternehmenstyp war nach Angaben der Geschäftsführung in den 80ern "*so weit fortgeschritten, daß Außenstehende die Differenz nicht ohne weiteres erkennen*" können. Konkret: Für die MieterInnen der NH gab es kein besonderes Mietrecht, keinen erweiterten MieterInnenschutz. Auch die NH gewährte den MieterInnen kein Mitbestimmungsrecht im Wohnbereich (wobei gewerkschaftliche Forderungen nach Mitbestimmung im Produktionsbereich selbstverständlich erhoben wurden). Die Kompetenz der von der NH eingerichteten Mieterbeiräte kam über die einer Schülermitverantwortung an deutschen Schulen nicht hinaus. Die Mietverträge und Hausordnungen entbehrten eines emanzipatorischen Charakters, auch in Wohnsiedlungen der NH war Ruhe die erste Mieterpflicht.

Als in Berlin seit dem Frühjahr 1980 leerstehende, verrottende oder innen mutwillig zerstörte Häuser besetzt wurden, waren insbesondere Reaktionen der NH von Interesse, die Besitzerin von etwa 20 % der besetzten Häuser war. Knapp skizziert: Sie verhinderte Instandbesetzungen systematisch, nahm Möglichkeiten zur Verhandlung geschweige denn zur Kooperation mit BesetzerInnen zur Nutzung, Ausgestaltung und Erhaltung der Häuser nicht wahr, sie ließ die Häuser räumen[22].

Anders in Bremen: Als die NH Bremen begann, durch Kündigungen von Mietverträgen des Wiener Hofes in der Weberstraße, die Häuser freizubekommen, um sie abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen, wurden die freiwerdenden Wohnungen kurzerhand besetzt. Nach anfänglichen Konfrontationen wurden Verhandlungen aufgenommen, die NH Bremen gab ihre Abrißpläne auf, der Wiener Hof wurde modernisiert, die ehemaligen Mieter bekamen eine Rückkehrgarantie und den BesetzerInnen wurden Ersatzwohnungen angeboten.

Auch das von der GeWoBa zur Bebauung beanspruchte Gebiet in Findorff, der Weidedamm III, wurde von den dort Lebenden friedlich verlassen. Die Bauherrin stellte den BewohnerInnen (ParzellistInnen, Bauwagenbewohnerinnen, Freaks, Obdachlosen und einer bunten Gruppierung namens "Y") fernab in Lesum ein ruhig gelegenes Ausweichgelände zur Verfügung (siehe kassiber Nr.23, 24).

Der vom Spiegel 1982 aufgedeckte Skandal um die NH endete 1987 in ihrer stillen Liquidierung, der Regionalisierung des Gesamtkonzerns. Die NH Bremen nannte sich fortan wieder GeWoBa, nachdem das Land Bremen die Geschäftsanteile (79 Mio. DM) der NH Bremen zum Kaufpreis von 1 DM übernommen hatte.

Daß der Skandal um die NH seine Wurzeln in der Unternehmenspolitik der letzten Jahrzehnte hatte, und daß es im Grunde nicht nur um die Krise der NH, sondern um die Krise gesellschaftlich getragener sozialstaatlicher Wohnungspolitik ging, all das wurde in den Debatten und Anträgen ehedem nicht deutlich.

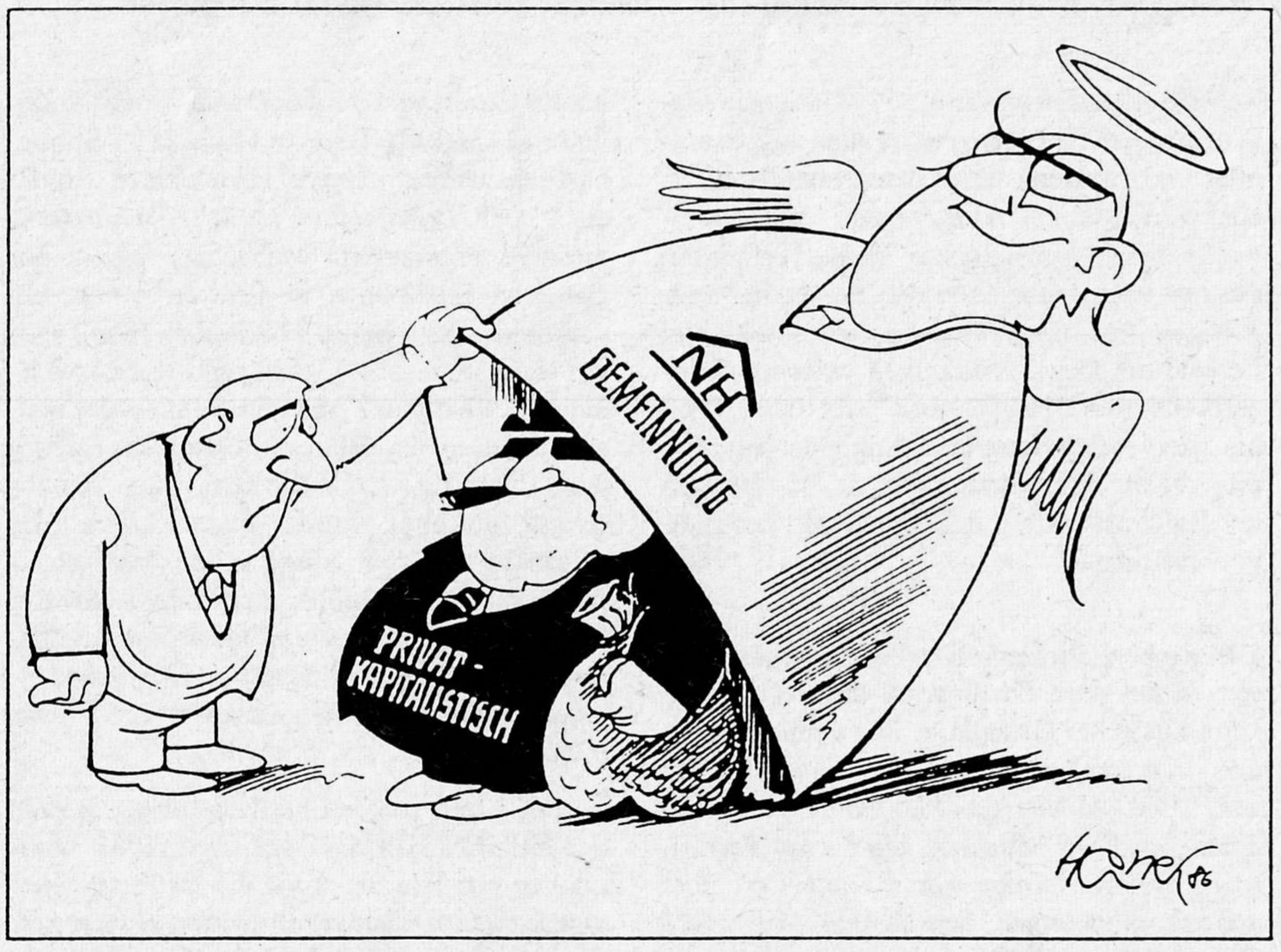
Im weiteren Verlauf ihrer Geschichte trennte sich die GeWoBa 1990 von dem Rechtsstatus des gemeinnützigen Unternehmens, nannte sich fortan "Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH" und ließ über ihren Geschäftsführer Kulenkampff verlauten[23]: "*In diesem Zusammenhang muß ein neues Verhältnis zur Bedeutung des Vermögens gewonnen werden: Mit dem Vermögen muß aktiv gearbeitet werden, um es zu mehren!*" Seither darf genommen werden, was der Markt hergibt. Und der Markt wird dort am meisten hergeben, wo die Wohnungsnot am größten ist.

Wie ist nun die Wohnungsfrage zu lösen?

"*In der heutigen Gesellschaft gerade wie eine jede andere gesellschaftliche Frage gelöst wird: durch die allmähliche ökonomische Ausgleichung von Nachfrage und Angebot, eine Lösung, die die Frage selbst immer wieder von neuem erzeugt, also keine Lösung ist*[24]." Einsichten derart bewog Anfang 1995 etwa 5000 MieterInnen der ehedem von Gewerkschaftsgeldern gekauften Städtischen Wohnbaugesellschaft (StäWog) Bremerhavens, sich unter Koordination der *Sozialistischen Alternative Voran* (SAV) in Mieterinitiativen zusammenzuschließen, um "*den Kampf gegen eine Privatisierung der StäWog mit zahlreichen Protestaktionen zu führen*[25]". Bundesweit erstmalig sollte dieser Kampf gewonnen werden[26]: Der privatisierende Verkauf dieser, 6000 Wohnungen verwaltenden, städtischen Gesellschaft wurde verhindert.

In Bremen ist für 1997 geplant, Anteile der GeWoBa und der Bremischen Gesellschaft zu privatisieren. Die GeWoBa befindet sich mit ihren 100 000 MieterInnen zu 75,4 % in städtischer Hand, wobei 24,6 % von fünf Banken gehalten werden; die Bremische Gesellschaft weist 25 000 MieterInnen auf und ist zu 100 % in öffentlicher Hand. Ab Mai 1997 plant nun die GeWoBa als Aktiengesellschaft den Gang an die Börse. Diesem stimmte die SPD bereits zu, ihr Fraktionsvorsitzender Christian Weber rief optimistisch[17] "*Mieter an die Börse!*". Der einleitend erwähnte Bürgerantrag wurde von der großen Koalition am 21.1.97 fürs erste zu Fall gebracht.

Berechtigte Zweifel an der Privatisierung hegt neben den Mietervereinen unter Vorsitz von Helmut Engelmann der Betriebsratsvorsitzende der Bremer GeWoBa Ralf Schumann[17], der quasi Einblick in das nicht öffentliche Wertgutachten über Privatisierungs-bedingte Mieterhöhungsspielräume gewährte: "*Um 5 bis 6 DM pro m² werden GeWoBa-Berechnungen*

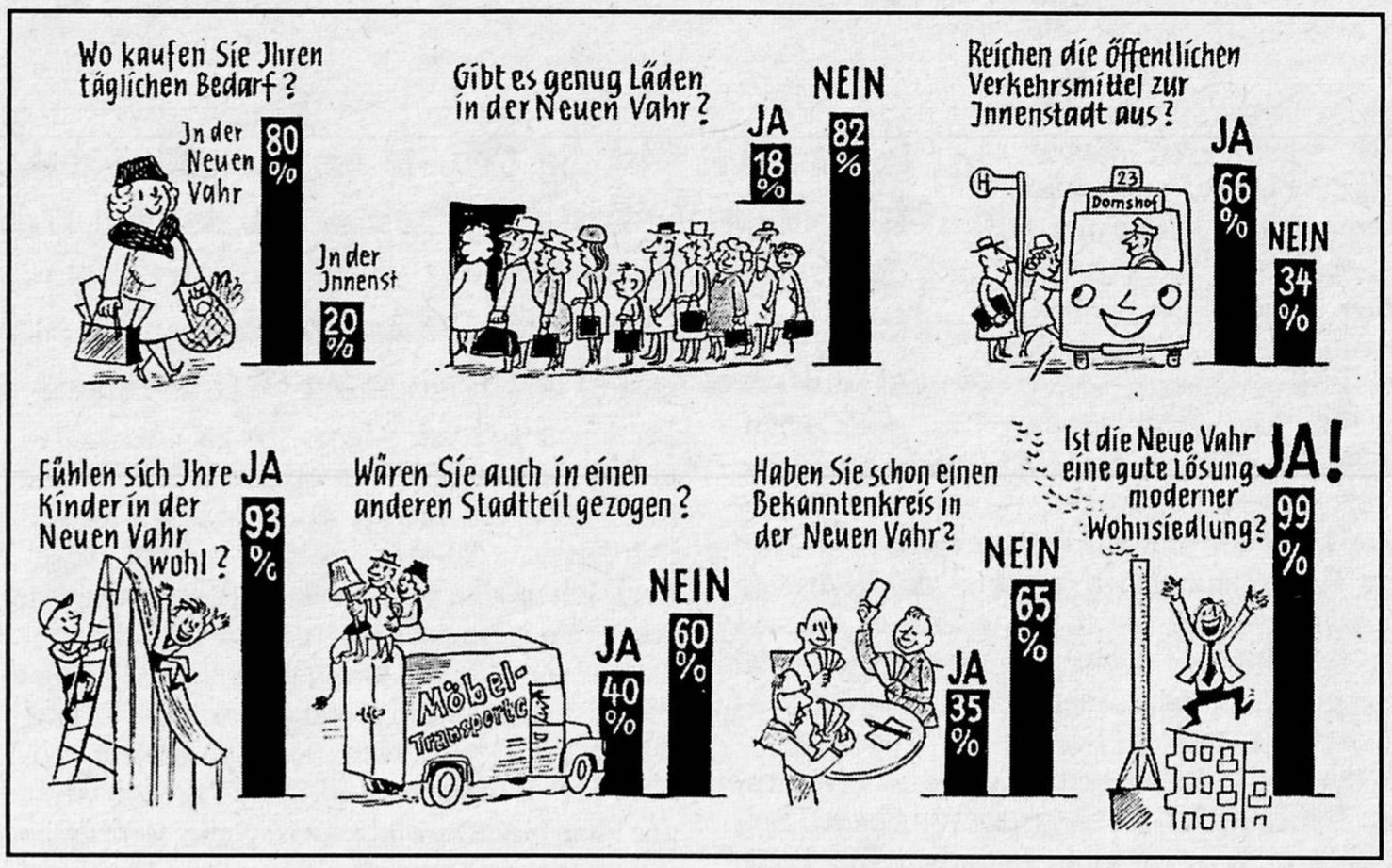


zufolge die Mieten nach der Privatisierung durchschnittlich steigen." Unmittelbar später folgen die ortsüblichen Vergleichsmieten und insofern ziehe der freie Wohnungsmarkt direkt nach.

Wieder einmal wird sich auf diese Weise zeigen, daß die Unterwerfung des Wohnungswesens unter den "sich selbst regulierenden Markt" aufgrund diverser objektiv wirkender Marktgesetze nicht funktionieren kann. Wäre z.B. am Wohnungsmarkt ein echtes Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, würde sich der Wohnungsbau für private Kapitalanleger nicht mehr rentieren. Die Ware Wohnung ist eine langlebige Ware. Und das auch in der heutigen Zeit, wo fast alle Waren die Tendenz zur Kurzlebigkeit entwickeln. Und da alle Waren in irgend einer Form individuell oder kollektiv verkonsumiert werden müssen, denn nur dadurch kann der eingesetzte Wert samt dem Mehrwert realisiert werden, ist ohne ständige Verknappung der Ware Wohnraum keine "marktübliche Kapitalrendite" zu erzielen[27].

Eine Lösung der Frage "*kann natürlich nur durch Expropriation der heutigen Besitzer, resp. durch Bequartierung ihrer Häuser (...) geschehn, und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel ebenso leicht ausführbar sein, wie andere Expropriationen und Einquartierungen (...)*"[24]. Quod erat demonstrandum.

Bruno Fabig



Umfrage unter BewohnerInnen der Neuen Vahr, Weser-Kurier v. 26.11.1960

Anmerkungen

Die Numerierung der Fußnoten im Text erfolgt für diejenigen Quellen nicht fortlaufend, die der Autor mehrfach zitierte.

1 Von ParzellistInnen des Waller Fleets in der BürgerInnen-Initiative Gartenwohnkultur e.V. bis zur Wagenburg Kwell e.V.; von der anarchistischen Alternative "es herrscht ein Krieg gegen uns da unten", über eine Azubi-Initiative "Eat The Rich" zu "Penner-Aktivisten", von der bundesweit organisierten Sozialistischen Alternative Voran (SAV) bis zum PDS-Landesverband Bremen.

2 Wallenhorst, H.-J.: Die Chronik der GeWoBa 1924 bis 1992. Bremen (1993).

3 Schubert, D.: Aus der Geschichte eine gemeinnützigen Wohnungsunternehmens. In: Autorenkollektiv: NEUE HEIMAT. VSA-Verlag, Hamburg (1983), S.62.

4 Das Bauhaus, Lehrinstitut für Architektur, bildende Künste und Handwerk in Weimar, später Dessau, begann 1919 als avantgardistisches, politisches und künstlerisches Zentrum und konnte bis 1933 die Entwicklung der Architektur und der angewandten Kunst bestimmen. Es galt als höchst subversiv, was nicht zuletzt auch seine Probleme mit gegnerischen Politikern zeigten.

5 Die in weitem Kreisen der Linken getragene Begeisterung für Taylorismus und Fordismus entsprach eher einer ingenieurhaften Technikgläubigkeit, denn einer gesellschaftskritisch-fortschrittlichen Position. Die Rationalisierungskonjunktur in der zweiten Hälfte der 20er Jahre wurde so als ein Stück Sozialismus interpretiert.

6 Reichel, P.: Der schöne Schein des Dritten Reiches. Kapitel Bauen und Wohnen. Carl Hanser Verlag, München, Wien (1991), S.273-320.

7 Fuhrich, M.: Die NEUE HEIMAT - Das unbekannte Wesen. In: Autorenkollektiv: NEUE HEIMAT. VSA-Verlag, Hamburg (1983), S.20,21.

8 Autorenkollektiv: Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem. Berlin Ost (1968), S.288.

9 Rindelaub, B.: Betonburgen besser als ihr Ruf? In: Autorenkollektiv: NEUE HEIMAT. VSA-Verlag, Hamburg (1983), S.157.

10 DGB-Bundesvorstand: Geschäftsbericht für die Jahre 1959/61, S.51.

11 Dazu zählen Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser (wie das KKH "Links der Weser"), Rathäuser, Schwimmbäder, Sportplätze etc.

12 Über die Gründung der profitorientierten NEUEN HEIMAT-Städtebau im Jahre 1969 schreibt "der Spiegel" vom 4.8.1980: "Vietor und seine Mannen konnten fortan bauen, wo und was immer sie wollten. 50 NEUE HEIMAT-Firmen bauen inzwischen Bürotürme (siehe Ansgarikirchhof in Bremens Innenstadt), Einkaufszentren, Luxushotels und Universitäten, Kliniken und Sportanlagen."

13 Der Spiegel 6/1982, 8/1982 und 20/1982.

14 Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung der Freien Hansestadt Bremen: Bremer bauen in Bremen. Broschur 11 (1996).

15 Vgl. dazu Neusüß, C.: NEUE HEIMAT und ihre Mieter. In: Autorenkollektiv: NEUE HEIMAT. VSA-Verlag, Hamburg (1983), S.196.

16 Das Dilemma, das die NEUE HEIMAT bei ihren Wohnungsverkäufen produziert, liegt aber nicht nur im quantitativen Aspekt. Vielmehr ist zu befürchten, daß nur die Wohnungen mit guten Wohnbedingungen und niedrigen Belastungen gekauft werden, während die Wohnungen zweiter Klasse und die teuren Neubauwohnungen der letzten Jahrgänge den Sozialmietern übrig bleiben. Somit wird nicht nur das quantitative Angebot, sondern auch die Qualität der verbleibenden Angebotsmasse eingeschränkt. Für die Wohnungsversorgung der wirtschaftlich benachteiligten Haushalte gehen die privatisierten Wohnungen dauerhaft verloren, da sie auf dem Immobilienmarkt zu Marktpreisen weiterverkauft werden können.

17 Veranstaltung diverser SPD-Ortsvereine am 2.12.96 im Konsul-Hackfeld-Haus zur Privatisierung von GeWoBa und Bremischer Gesellschaft mit Christian Weber und Helmuth Engelmann.

18 Petzinger, R.: Wohnen im Sozialstaat. In: Autorenkollektiv: NEUE HEIMAT. VSA-Verlag, Hamburg (1983), S.105 folgende

19 Staffelmietverträge wurden aufgrund von Forderungen einiger Versicherungsunternehmen zur Steigerung der Rendite im Mietwohnungssektor zugelassen, die es dem Vermieter ermöglichen, für eine Dauer von 20 Jahren regelmäßig spätere Mietsteigerungen vom Mieter zu verlangen (Betroffen u.a. BBA-Infoladen und Infoladen Umschlagplatz mit der Bremischen Gesellschaft als Vermieterin).

20 Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern wurden zur Erstellung von Mietspiegeln verpflichtet. Diese Mietspiegel wurden zur Berechnung einer Vergleichsmiete herangezogen, auf die sich Vermieter bei Mieterhöhungsforderungen berufen dürfen. Bisher wurden Mietspiegel unter Berücksichtigung aller örtlichen Mieten aufgestellt. Zukünftig sollen zur Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete nur noch diejenigen Mietverträge herangezogen werden, die während der letzten 5 Jahre abgeschlossen wurden, was ein sprunghaftes Ansteigen der Vergleichsmieten bedingt.

21 Zeitmietverträge werden in der Regel auf die Dauer von 3 bis 5 Jahren festgelegt, womit die bestehenden Kündigungsschutzrechte der Mieter unterlaufen werden.

22 Infolge der Auseinandersetzungen um die Räumung dieser Häuser wurde ein junger Mann von der Polizei in den Tod getrieben. HausbesetzerInnen wurden als "faschistoides Gesindel" beschimpft; kurz nach der Räumung veranstaltete die IG BAU-Steine-Erden eine Demonstration, auf der unter anderem die Parole propagiert wurde: "Krawallmacher und Chaoten zerstören, wir wollen arbeiten und unsere Stadt erhalten!" Mitglieder der IG BAU-Steine-Erden, die sich diesem Kurs widersetzt hatten, wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Dem standen auf der anderen Seite breite Solidarisierungen von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, Fachgruppen etc. vor allem aus der GEW und der ÖTV mit den BesetzerInnen gegenüber.

23 Kulenkampff, E.: Perspektiven für die Zukunft der GeWoBa. In: Wallenhorst, H.-J.: Die Chronik der GeWoBa 1924 bis 1992. Bremen (1993).

24 Engels, F.: Zur Wohnungfrage. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 18 (1872), S. 226/227.

25 Sachse, N.: Kein Ausverkauf der GeWoBa. Voran Nr. 185, 11/1996.

26 Die einleuchtende Taktik des Kampfes analysierte Klaus Ehlers, StäWog-Mieter aus Bremerhaven, auf einer Veranstaltung der SAV-Bremen im Brodelpott vom 1.12.1996 mehrfach recht simpel: "Man muß das am brodeln halten!"

27 Ebert, W.: Wohin treibt die Wohnungspolitik? Marxistische Blätter 4 (1996).

Zur Diskussion um die pädosexuelle Tätergruppe im Rat&Tat-Zentrum

Seit Sommer 1996 ist die Debatte um die pädosexuelle Tätergruppe im Rat&Tat-Zentrum heftigst entbrannt. So gab es am 8.12.96 eine Veranstaltung im FrauenLesbenladen, der weitere Diskussionen und einige Offene Briefe folgten. Der letzte der Offenen Briefe war für mich mit Anlaß, noch einmal in diesem Artikel mit bestimmten Gedanken nach außen zu gehen.

Ich möchte mit diesem Text nicht eine weitere Interpretation/Information zum Stand der Dinge geben, sondern versuchen, deutlich zu machen, in welchem Kontext diese ganze Auseinandersetzung für mich steht. Denn für mich hat das Ganze mittlerweile eine viel größere Tragweite gewonnen, als daß es mir hier 'nur' um die Existenz dieser Gruppe im R&T ginge. Mich interessieren in diesem Zusammenhang vor allem diejenigen, die sich zu AnwältInnen dieser Gruppe machen - und deren eigenständige Positionen darin. Tatsächlich geht es hier um Formen der Auseinandersetzung, die als progressiv deklariert werden, als fortschrittlich im Gegensatz zu linken Positionen bzw. denen einer feministischen FrauenLesbenszene. Faktisch graben diese in meinen Augen zur Zeit jeder gemeinsamen Basis das Wasser ab. Was ich damit meine, will ich im folgenden verdeutlichen. Und eigentlich sind die Gräben, die sich hier auftun, keine neuen.

Vor einem dreiviertel Jahr ist die Debatte um die pädosexuelle Tätergruppe im Rat&Tat-Zentrum (R&T) wieder heftig entbrannt. In Offenen Briefen an das schwullesbische Zentrum wurde gefordert, der Gruppe keine Räume mehr zur Verfügung zu stellen. FrauenLesben und antipatriarchateZusammenhänge schlossen sich dieser Forderung an. Das R&T hatte sich lange Zeit nicht geäußert, wie es sein Verhältnis zu den „Pädophilen" sieht. Ab Dezember wurde es daher einmal im Monat - zum jeweiligen Termin der pädosexuellen Gruppe - blockiert. Im Moment ist unklar, ob die Gruppe weiter im R&T bleibt oder nicht. Im Dezember hatte im FrauenLesbenladen auch eine Veranstaltung zum Thema stattgefunden. Diskussionen und Offene Briefe folgten. Aus dieser Diskussion heraus ist dieser Artikel entstanden.
Die Redaktion

Eine für meine Begriffe wichtige Grundvoraussetzung, um gegen sexualisierte Gewalt angehen zu können, ist das Wissen darum, daß diese Gewaltform (wie andere Gewaltformen im übrigen auch) eine strukturelle Grundlage und Ursache hat, daß sie sich daher nicht als persönlicher Zug oder gar Veranlagung begreifen läßt. TäterInnen sind aber nicht Opfer irgendwelcher Umstände - es ist eine Entscheidung gefallen, mit anderen Menschen auf diese Art und Weise umzugehen und sich Macht über sie zu verschaffen. Sexuelle Gewalt und Ausbeutung ist eine extreme Form davon, sich Zugriff auf einen anderen Menschen zu verschaffen und diesen aufrecht zu erhalten. Ich möchte nicht alles auf diesen strategischen Moment reduzieren - das wäre sicherlich nicht zutreffend. Ich möche ihn aber deshalb herausheben, weil meiner Ansicht nach das strategische Verhalten von Tätern und Täterinnen in vielen Fällen viel zu wenig betrachtet wird. Immer wieder wird stattdessen die Frage gestellt, woher 'das' kommt, und oftmals Psychoanalyse der TäterInnen betrieben. Oft genug wird dabei über kurz oder lang die Perspektive der TäterInnen, der TäterInnen-Blick, eingenommen.

Wenn ich mich schon mit den TäterInnen selbst beschäftige - so hat es doch eher um die Frage zu gehen, wie hier etwas reproduziert, um- und fortgesetzt wird und wie hier eingegriffen werden kann. Dazu gehört, ein strategisches Vorgehen als solches zu entlarven.

In diesem Zusammenhang möchte ich als erstes einmal auf die immer wiederkehrende Darstellung des R&T eingehen, die "Pädo-Gruppe" sei eine Selbsthilfegruppe. (Wenn ich R&T schreibe, meine ich damit vor allem die Position, die massiv vom Vorstand nach außen vertreten wird. Es mag sein, daß dies nicht allen gerecht wird, die sich im R&T engagieren. Tatsächlich gibt es ja bis heute keine Stellungnahme vom R&T an sich zum Thema. Es wäre wohl an der Zeit, daß die Positionen und eventuellen Unterschiede darin mal deutlicher nach außen getragen würden.) Auf dieses Argument und darauf, daß sich die meisten Mitglieder der Gruppe in Therapie befinden würden, wird sich von seiten des R&T immer wieder zurückgezogen, wenn es darum geht, die Existenz dieser Gruppe zu legitimieren - und der Begriff "Selbsthilfegruppe" scheint als positiv besetzter in diesem Zusammenhang tatsächlich die Gemüter anzusprechen. Auch ein Sich-in-Therapie-Befinden scheint hier synonym damit verwendet zu werden, daß das eigene gewalttätige Handeln oder Denken verändert wird. Ich möchte hier noch mal auf den Inhalt von Therapie hinweisen, der nurmehr Unterstützung heißt - in welche Richtung die eigene Entwicklung geht, werde schon selbst bestimmt. Daraus eine Garantie in irgendeine Richtung abzuleiten, ist schon höchst spekulativ.

Zurück zur "Selbsthilfe" - die Frage ist doch letztendlich, was Selbsthilfe hier eigentlich heißt. Die Gruppe gründete sich 1986 im allgemeinen Klima der "sexuellen Revolution". Anliegen der Gruppe war, *"Pädosexuellen eine Möglichkeit zu bieten, sich mit Gleichgesinnten über ihre Sorgen und Nöte unterhalten zu können und interessierten Personen Informationen und Antworten zu Fragen über Pädosexualität zu geben"* (s. *kassiber* Nr. 15). Also in der Tat der klassische Weg, den ich beschreite, wenn ich mit einer bestimmten Thematik in eine wie auch immer geartete breitere Öffentlichkeit will. Und in bezug auf andere Thematiken will mir für diese Art der Organisation sehr wohl der Begriff der Selbsthilfe, den ich hier indes verheerend finde, in den Kopf. Mit einem ganz prekären Unterschied allerdings: Den Begriff der Selbsthilfe behalte ich schon der Selbstorganisation von Betroffenen vor - jenen also, die Gewaltstrukturen innerhalb dieser Gesellschaft ausgesetzt sind/waren. Dies können auch selbstzerstörende Strukturen sein, die ja auch in der Regel ein Ergebnis sind (wobei ich den Begriff Selbstzerstörung da ganz eingeengt begreife!). Sich dagegen zu wehren, TäterInnen an ihrem Handeln zu hindern, um sich dieser Gewalt nicht mehr auszusetzen, ist sinnvolle Folge. Gesellschaftlich ist es so, daß hier Erfolge nur schrittweise erkämpft werden können und heftige Rückschläge nicht lange auf sich warten lassen.

In bezug auf die "Pädophilen"-Gruppe wird dieser Begriff hier auf einmal auf TäterInnen ausgedehnt - dieser Begriff wurde ja nicht mal von der Gruppe selbst gewählt. Der Begriff der Selbsthilfe wird in diesem Zusammenhang zumindest von einigen Rat&Tat-Lesben so benutzt, als daß in dieser Gruppe eine kritische Auseinandersetzung mit den Strukturen stattfinde (solche Aussagen wurden auch auf der Veranstaltung am 8.12.96 getroffen). Dem zufolge gäbe es in der Gruppe neben den Typen, *"die auch nach Bangkog fliegen"*, solche, die sehr unglücklich wären mit ihren Empfindungen und diese auch nicht praktizieren würden - und um der Auseinandersetzung willen in der Gruppe wären. Egal was praktiziert wird oder nicht, mir stellt sich erstmal die Frage, was da eigentlich für ein Verständnis davon besteht, was kritische Auseinandersetzung mit (eigenen) TäterInnenstrukturen eigentlich bedeutet. Da scheint mir doch einiges im argen zu liegen.

Das jüngst erschienene Flugblatt der "Pädogruppe Bremen" enthält eine Selbstdarstellung, in der nur zu deutlich wird, wie sie "Pädophilie" sehen: *"Lange Zeit war man der Ansicht, daß bei uns 'eine Schraube locker' sein muß. Inzwischen hat man immerhin erkannt, daß Pädophilie als eigene Sexualform sowenig oder soviel mit Krankheit zu tun hat wie Hetero- oder Homosexualität. Sie ist eine Veranlagung, die wir uns nicht ausgesucht haben, mit der wir aber sehr gut leben können - vorausgesetzt, wir stehen dazu."*

Das zeigt erstens, daß es den Urhebern darum geht, "Pädophilie" als feststehende Tatsache zu zementieren und damit als unabänderlich zu legitimieren (auf den verheerenden Vergleich zu [Homo]Sexualität muß ich wohl nicht eingehen!). Und genau das ist für mich der erste Schritt einer Strategie, wo ein Status quo gesichert wird, in dem Grenzüberschreitungen eben einfach so 'passieren' können. Das Veranlagungsmodell hat ja schon oft genug dafür hergehalten und verschleiert, wie sehr die Position von TäterInnen selbstausgesucht ist. Ebenso auch die derjenigen, die sie nicht für ihr Verhalten zur Verantwortung ziehen.

Das Argument "Wir sind ja alle diskriminiert", woran sich die Bremer "Pädo-Gruppe" so gern als der Märtyrer vom Dienst hochzieht, in diesem Zusammenhang aufzugreifen, wie es des öfteren im Verlaufe der Debatte der Fall war, heißt u.a., genau diesen Tatbestand nicht mehr anzugreifen und in Frage zu stellen. (Außerdem ist es ja wohl mehr als fraglich, ob sich da mit jeder "diskriminierten" Gruppe zu solidarisieren wäre.) Das paßt der "Pädo-Gruppe" natürlich gut in den Kram, hat sie doch mit einem Gutteil ihrer Strategie Erfolg gehabt.

Es geht in der Selbstlegitimation auch immer um eine Isolation und Diffamierung der Betroffenen, um ein Machtverhältnis aufrechtzuerhalten. Die entsprechenden Auswirkungen bedürfen wohl keines weiteren Kommentares, es reicht die Lektüre der entsprechenden Offenen Briefe (s. *Bambule,* Sommer 1996).

Zweitens find ich spätestens nach diesem Abschnitt die Behauptung, daß sich in dieser Gruppe welche befinden, die eine kritische Auseinandersetzung wollen und führen, ziemlich unglaubwürdig. Gelinde gesagt, wäre das ein Armutszeugnis für die Qualität dieser Auseinandersetzung.

Eine kritische Auseinandersetzung mit eigenen TäterInnenstrukturen bedeutet zunächst, daß ich diese Anteile auch bei mir nicht länger will, sie weder innen noch außen dulden will. Was also erstmal Voraussetzung ist, ist, mich klar dagegen auszusprechen, ferner, dem auch in meinem persönlichen und politischen Verhalten angemessen Ausdruck zu verleihen, mich kritisierbar zu machen, meine Macht abzugeben. Nun komme ich in der Auseinandersetzung mit verschiedenen Machtmechanismen - bei einer gewissen Selbstreflexion - zwangsläufig an den Punkt, zu sehen, wie ich selbst von Gewaltverhältnissen profitiere und mich nach ihnen verhalte, also unter Umständen selbst zur Täterin werden könnte. Nun kann ich angesichts dieser Erkenntnis in Selbstmitleid versinken. Die Frage ist doch, wie ich jetzt weiter damit umgehe. Wenn ich auf diese Erkenntnis damit reagiere, mich angegriffen zu fühlen, wenn die Betroffenen die Zustände anprangern - nun gut. Wenn das dann bedeutet, mich mit ausgesprochenen TäterInnen verbunden zu fühlen, "ach ja wir sind's ja alle", mich mit ihnen an einen Tisch setze und ihnen ihr Verhalten nachsehe - nun ja, dann habe ich wohl kapituliert vor der Auseinandersetzung, mehr noch, dann habe ich ganz eindeutig und auf verheerende Weise Stellung bezogen!

Ich möchte jetzt noch einmal auf ein mindestens ebensooft gebrauchtes Argument zur Legitimierung der Existenz dieser Gruppe eingehen. Dazu möchte ich aus der offiziellen Erwiderung des R&T-Vorstands auf die Forderung nach dem Rausschmiß dieser Gruppe zitieren: *"Wir sind der Ansicht, daß das Problem mit einem schlichten schmeißt sie raus nicht lösbar ist. Es wird leider keinen einzigen Pädo weniger geben, nur weil wir ihnen die Räume verweigern - sie würden allerdings wieder 'unsichtbarer' und genau das erscheint uns gefährlich."* (s. *Bambule,* Sommer 1996)

Ich stimme durchaus zu, daß das Problem damit nicht gelöst ist. Genug Legitimationen und Freiräume für sexuelle Ausbeutung von Kindern gibt es ja nun - nehmen wir da als Beispiel den Sextourismus, der ja auch ein Ergebnis verschiedenster Machtstrukturen ist. Genauso zahlreich wären ja auch die Möglichkeiten, hier zu handeln, z.B. hier gegen die entsprechende Branche anzugehen etc. - wäre also tatsächlich daran gelegen, der Basis von "Pädophilie" das Wasser abzugraben, gäbe es da ein weites Betätigungsfeld und bestimmt eine Notwendigkeit, sich zu organisieren, um auch die "unsichtbaren" TäterInnen ans Licht zu zerren. Die Frage ist nur, wo organisieren. Gewiß nicht dort, wo ich mir mit einer pädosexuellen Tätergruppe die Klinke in die Hand gebe.

Es ist ja auch nun gar nicht so, daß die Pädophilen sich zur Zeit groß unsichtbar machen würden - abgesehen von ihrem konkreten Handeln, aber da wären sie ja auch schön blöd -, nehmen wir da mal Rüdiger Lautmann & Co. mit ihrer 'wissenschaftlichen' Legitimierung von "Pädophilie" oder die entsprechenden dumm-dreisten Veröffentlichungen der Bremer "Pädo-Gruppe" im Internet *("Aufklären statt Diskriminieren").* In allen Medien, auch - und gerade - in sich selbst links nennenden wie *taz* und *junge Welt* finden wir reichlich Artikel jener Wortverdreher, die die pädosexuellen Täter zu Wohltätern an Kindern stilisieren und der durch die böse Zensur beschnittenen sexuellen Befreiung hinterherjammern - ja, früher war bekanntlich alles besser.

Ihre eher zum Kotzen reizenden Legitimationskampagnen betreiben die pädosexuellen Täter und ihre VertreterInnen auf jeden Fall - auch wenn das R&T Lautmann nicht zur Podiumsdiskussion einlädt. Der von R&T gesuchte *"Dialog"* erscheint vor diesem Hintergrund entsprechend hilflos.

Und wenn wir jetzt schon mal bei der Diskussion um Gegenstrategien sind, so bin ich doch mittlerweile zu dem Punkt gekommen, daß es da wohl sehr grundlegende Unterschiede im Politikverständnis gibt. Bestehende Herrschaftsverhältnisse zu ändern funktioniert nach meinem Verständnis nicht über endlose Pro-und-Contra-Diskussionen - obwohl allgemeinhin beliebt und manchmal einem differenzierten Blick dienlich. Irgendwann kommt aber der Punkt, wo ich eindeutig Stellung beziehen muß, um handlungsfähig zu sein bzw. solidarisch sein zu können mit denen, die von Machtstrukturen betroffen sind. Die können sich nämlich in der Regel keine Endlos-Diskussionen leisten.

Doch Positionen zu beziehen scheint ja in jedem Fall zu bedeuten, keine differenzierte Auseinandersetzung zu führen - so lautet zumindest die gängige Unterstellung. Hierzu eine Stilblüte aus dem letzten Offenen brief, der an den Infoladen geschickt wurde: *"Nicht genug damit, daß ihr deutlich eure Grenzen zu pädophil veranlagten Personengruppen bekundet (die habe ich auch), und sodann eine bodenständige Auseinandersetzung verweigert. (...) Diese Umgehensweise scheint doch recht einfach zu sein, befreit sie doch von sozialer Verantwortung. Leider führt dies nur nicht zu sinnvollen Umgehensweisen mit uns (noch?) befremdlichen und schwierigen Themen bzw. Gruppierungen. So läßt sich euer Aufruf zur Gewaltbereitschaft nur als krimineller Unfug begreifen, mit dessen Hilfe intellektuelle Überforderung kompensiert werden soll."*

Also, dazu fällt mir dann in der Tat nichts mehr ein.

Lydine

c/o FrauenLesbenLaden, Kreuzstraße 29, 28203 Bremen

Demnächst erscheint ein Reader (Preis: 5 Mark), der die jahrelange Auseinandersetzung um die "Pädo-Gruppe" im Rat&Tat-Zentrum dokumentiert. Er ist u.a. erhältlich im Infoladen "Umschlagplatz", St.-Pauli-Str. 10/12, und im FrauenLesbenLaden (s.o.).

bremer kassIBER stadtzeitung für politik, alltag, revolution april 97 seite 17

"Akzeptierende Sozialarbeit" mit rechtsradikalen Jugendlichen...

„Torfsturm" - ein Film.

Fünf junge Männer in einem ganz normalem Möbelhaus. Jeder sucht sich eine ganz normale deutsche Wohnzimmergarnitur aus - für später. Wenn sie im Berufsleben vorangekommen sind, dann wollen alle heiraten und eine Wohnung einrichten. Auto und Video wollen sie eigentlich auch alle haben. Aber das ist einigen nicht so wichtig wie ein richtiges Zuhause.

Das ist die Schlußszene von "Torfsturm", einem Dokumentarfilm über eine Gruppe rechtsradikaler junger Männer. Die Botschaft der Filmemacherin Dagmar Gellert ist klar: auch Rechtsradikale sind ganz normale Spießer, und haben andere Sachen im Kopf, als ständig nur MigrantInnen zu verprügeln oder deren Häuser anzuzünden. Frau Gellert will uns damit sagen: "Wer Normal ist, ist nicht mehr gefährlich."

Rechtsradikale Haltungen kommen aus der Mitte dieser Gesellschaft, und eine Wohnzimmergarnitur im Gelsenkirchener Barock schließt Rassismen keineswegs aus. Und die schweigende Mitte, die so ganz normal lebt, bricht immer wieder ihr Schweigen und ruft "Zugabe" in Rostock, oder legt selbst Hand an in Mannheim (aber erst nach der Tagesschau). Aber davon will die Filmemacherin nichts wissen. Dagmar Gellert will uns zeigen, wie rechtsradikale junge Männer, am billigsten in den Schoß dieser Gesellschaft zurückgeholt werden können. Rechtsradikalen jungen Menschen fehlt die richtige Orientierung, und die finden sie in der Ehe, in Möbelhäusern und in einem Job (egal wie beschissen der ist). Sie übersieht dabei, das sich in den Köpfen gar nichts bewegt hat, wenn diese Jugendlichen lediglich dorthin gebracht werden, von wo aus sie gestartet sind. Der stadtbekannte Neonazi und ehemalige FAP-Vorsitzende Markus Privenau hatte Kontakt zu der rechtsradikalen Jugendgruppe "Torfsturm". Auch er wird in dem Film interviewt. Dabei verharmlost Dagmar Gellert Privenau zu einem tumben Spießer, der eigentlich auch ganz normal sein möchte. Unkommentiert darf Privenau in dem Film die Lüge verbreiten, er habe sich aus dem politischen Geschäft zurückgezogen und wolle sich in Zukunft wieder mehr seiner Frau und seinen Kindern widmen.

Torfsturm ist also ein schlechter Film, der nichts wirklich erklärt und faschistische Organisierung verharmlost. Entsprechend verlief die Filmpremiere am 1. November 1996: ein handverlesener Kreis von LehrerInnen und SozialpädagogInnen, die Hauptdarsteller und Familienangehörige, der Neonazi Privenau und die Bremer Bildungssenatorin Bringfriede Kahrs (SPD) klopften der Regisseurin anerkennend auf die Schulter, während AntifaschistInnen keinen Zugang zur Filmpremiere hatten.

"Akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen"...

Aber Torfsturm ist nicht irgendein schlechter Film, der zufällig Beifall von der falschen Seite bekommt. Interessant wird der Film erst, wenn man/frau nach dem politischen Anliegen der Filmemacherin Dagmar Gellert und nach ihren Auftraggebern fragt. Der Film wurde aus Mitteln des Landes Bremen finanziert. Die Filmemacherin ist angestellt beim Bremer Senator für Jugend, Soziales usw.. Und die rechtsradikalen jungen Männer werden seit mehreren Jahren von Sozialpädagogen betreut. Das Ganze ist ein Modellprojekt, und es geht um "akzeptierenden Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen". Das Modellprojekt wird getragen vom "Verein für akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliquen", finanziert vom Lande Bremen und wissenschaftlich begleitet von Professor Franz Josef Krafeld (Hochschule Bremen).

Die Praxis

"Akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen" beginnt meist als Streetworkarbeit. Da rechtsradikale Jugendgruppen oft Hausverbot in Jugendfreizeitheimen haben, treffen sich die Jugendlichen an festen Plätzen auf der Straße. Dort fallen sie durch faschistische Parolen, öffentliches Biertrinken und gezielte Angriffe gegen MigrantInnen und linke Jugendliche auf. StreetworkerInnen nehmen zu diesen Gruppen Kontakt auf, und bieten den Jugendlichen feste Räumlichkeiten als Treffpunkte an. Die praktische Aufgabe von akzeptierender Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen ist es, die Jugendlichen dem Blick der Öffentlichkeit zu entziehen, dafür zu sorgen, daß rechtsradikale Jugendliche nicht mehr in der Öffentlichkeit Bier trinken. Deswegen sind diese Projekte auch so unglaublich populär. Das klappt nämlich tatsächlich. Während traditionelle, und präventive Sozialarbeit permanent unter Mittelkürzungen zu leiden hat, erfreut sich dieser relativ neue Ansatz reger politischer und finanzieller Unterstützung.

Die Theorie

"Akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen" versteht sich als neuer Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland. Diese spezifische Form der Sozialarbeit wählt ihre Klientel zwar nach politischen Kriterien aus - Jugendliche müssen als rechtsextrem orientiert oder handelnd aufgefallen sein - geht in der theoretischen Beurteilung jedoch nicht auf diese Auffälligkeit ein. Professor Franz Josef Krafeld, der Vordenker der "akzeptierenden Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen" sagt dazu, daß sich seine rechtsradikale Klientel "nicht in ihren Cliquen zusammengetan" hat, "weil sie sich entsprechend politisch organisieren wollen", die rechtsradikale Organisierung sei zufällig und auf keinen Fall entscheidend. Um den Rechtsradikalismus dieser Jugendlichen theoretisch zu entschärfen macht Krafeld Anleihen bei den Sozialwissenschaftlern Heitmeyer und Möller:

-Aufgrund von gesellschaftlich erzeugten widersprüchlichen Individualisierungsprozessen fehle Jugendlichen die soziale Verankerung. Sie seien nicht voll in diese Gesellschaft integriert.
-Mangelnde Integration führe zu Orientierungslosigkeit.
-Und Desorientierung führe zu Akzeptanz von Gewalt.
-Auf der Suche nach einer Legitimierung für ihre Gewaltneigung werden die Jugendlichen dann bei alten und neuen Faschisten fündig.

Nach dieser Theorie sind Jugendliche zunächst ungezielt und inhaltslos gewalttätig. Bei ihren Angriffen treffen sie "zufällig" meistens diejenigen, die strukturell ebenso gewalttätig und sehr gezielt von der bundesdeutschen "Ausländerpolitik" getroffen werden, also überwiegend MigrantInnen. Darüber wundern sich Heitmeyer, Krafeld und Konsorten genauso wenig wie darüber, daß die rassistische Gewalt von Jugendlichen schließlich auch dem gleichen Zweck wie eben diese offizielle Politik dient. Der politische Zweck muß notwendigerweise von der Handlung getrennt werden, dann kann nach sozialpsychologischen, psychoanalytischen oder biologistischen Erklärungen von rechtsradikaler Jugendgewalt gesucht werden. Die politische Entmündigung ist die notwendige Voraussetzung für die psychologische und sozialpädagogische Behandlung. Aus den rassistischen Tätern werden "orientierungslose" Opfer. Eine Auseinandersetzung mit rassistischen Denk- und Handlungsmustern ist in dieser Sozialpädagogik nicht vorgesehen.. "Die Empfindung ist das Entscheidende, nicht die Wirklichkeit. Das Ertragenkönnen der Empfindung ist das (pädagogische) Ziel, nicht die Veränderung der Wirklichkeit" (Heitmeyer). Rechtsradikale Jugendliche werden also "bei der Alltags- und Lebensbewältigung" pädagogisch begleitet und nicht "von bestimmten Verhaltensweisen und Deutungsmustern" abgebracht (Krafeld).

Die rechtsradikalen Haltungen der Jugendlichen werden von den Sozialpädagogen folgerichtig kommentarlos akzeptiert. Das ist fester Bestandteil des pädagogischen Konzepts.
Der zentrale Mangel bei Heitmeyer und Krafeld ist, daß sie rassistische und faschistische Haltungen nicht als politische Ideologie, als Ansammlung falscher politischer Urteile, über Aus- und InländerInnen, über Volk und Staat, über Regierung und Exekutive begreifen. Rechtsradikale Jugendliche gelten nicht als politisch (falsch) urteilende und ihre Urteile in Praxis umsetzende Menschen. Ihnen wird vielmehr jeder politische Wille abgesprochen und es werden für sie Schubladen mit den Etiketten "unreif", "desorientiert", "aggressiv", "frustriert" usw. geöffnet.

Die Konsequenz dieses Verfahrens, Rechtsradikale nicht als politisch denkende und handelnde ZeitgenossInnen ernst zu nehmen, besteht in ihrer Entschuldigung.

Um solche falschen Theorien zu verbreiten, müssen Krafeld und Heitmeyer nicht notwendig selbst Faschisten sein. Das Kunststück, die gefundene politische Orientierung als Orientierungslosigkeit auszugeben, kriegen Heitmeyer und Krafeld fertig, weil sie selbst auch mit der von vielen Deutschen gewählten rechtsextremen Orientierung unzufrieden sind. Heitmeyers und Krafelds Rechtsradikalismus ist keine Sache von Überzeugungen, sondern der Ausdruck einer mangelhaften gesellschaftlichen Versorgung mit Orientierungen, sprich: erwünschter Orientierung. Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade in Zeiten der sozialen Krise die Sozialpädagogik ihre eigentlichen Aufgaben wieder verstärkt wahrnimmt. Sie hat verhaltensauffällige Jugendliche soweit zu integrieren, daß sie sich an den richtigen herrschenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen orientieren. SozialwissenschaftlerInnen haben verstanden, daß es nicht um die Beseitigung von Not und Elend, von Deformation und Zerstörung geht, sondern um Stabilität und Ordnung. Gegen Not hilft nur Sinn. Das ist der Trend, Ausnahmen bestätigen die Regel.

Die Folgen

Daß die falschen Theorien zu katastrophalen Konsequenzen in der Praxis führen, juckt Krafeld und Konsorten wenig. Wer Faschismus als politische Haltung nicht ernst nimmt, braucht sich auch nicht davor zu fürchten Faschisten die Arbeit zu erleichtern.

Spätestens seit den rassistischen Pogromen in Rostock und Hoyerswerda sind im ganzen Bundesgebiet Projekte für akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen aus dem Boden geschossen. Häufig versuchen organisierte Neonazis in solchen Projekten Kader zu rekrutieren. Das wird in der Regel von den Sozialpädagogen nicht unterbunden. Im Gegenteil: in einem Projekt in Tostedt bei Hamburg gehören rechtsradikale Kader ins sozialpädagogische Konzept. "Bei einem Verbot der Kader" wäre "das Streetworkprojekt gescheitert", sagt der Sozialpädagoge Bernd Rutkowski. Der Verein "Reso - Fabrik e.V" unterhält seit 1995 ein Zentrum für rechtsradikale Jugendliche in Handeloh. Träger des Projekts ist die Samtgemeinde Tostedt und die Gemeinde Handeloh. Diese Einrichtung ist zu einem festen Bestandteil rechtsradikaler Organisierung in Norddeutschland geworden. Sascha Oliver Bothe (ehem. FAP-Mitglied, mehrfach vorbestraft wg. Körperverletzung), Sebastian Stöber und Christian Hamann können dort ungehindert und unter den Augen der Sozialpädagogen politisch agitieren. Sie sind organisiert bei den Jungen Nationaldemokraten/NPD. (Die Jungen Nationaldemokraten sind momentan das Sammelbecken für verbotene Neonaziorganisationen.) Besonders interessant an diesem Projekt ist, daß die Tostedter Nazi-Skin-Scene Ende 1995 deutliche Auflösungstendenzen zeigte. "Gesellschaftliche Isolierung, Abwanderung des Umfeldes in die Techno-Scene und ein erhöhter Fahndungsdruck der Polizei zeigten Wirkung". Seit es den Treff in Handeloh gibt, hat die Nazi-Skin-Scene wieder "Zulauf ohne Ende", wie der "deutschnationale Sebastian Stöber" in der örtlichen Tageszeitung verlauten lassen durfte. Mit der Polizei gibt es jetzt auch keine Probleme mehr, weil es ja jetzt einen Sozialpädagogen gibt, und PolitikerInnen und Presse hofieren die führenden Neonazis und geben ihnen großzügig Raum zur Selbstdarstellung. Seit es den Treff gibt, wird es für die Tostedter Antifa immer schwieriger, gegen die organisierten Neonazis vorzugehen. Anfangs konnte die Antifa noch auf ein breites linkes Bündnis bis hinein in bürgerliche Kreise bauen. Zunächst stand das rechte Jugendzentrum immer wieder kurz vor der Schließung. Mittlerweile hat sich das Zentrum etabliert. Das sozialpädagogische Konzept ging auf. Die rechtsradikalen Jugendlichen sind in ihrem Zentrum dem Blick der Öffentlichkeit entzogen und fallen weniger auf. Das antifaschistische Bündnis löste sich

„Torfsturm"-Regisseurin Dagmar Gellert

in Luft auf. Mit jedem weiteren Versuch gegen das Zentrum vorzugehen, sieht sich die Tostedter Antifa jetzt mit ihren alten Bündnispartnern konfrontiert. Etliche haben mittlerweile die Seite gewechselt. Für sie ist die Antifa zu dem eigentlichen Problem geworden. Rechtsradikale Gewalt fände nur noch statt, wenn sie von der Antifa provoziert wird. Diese Stimmung in der Bevölkerung nutzten die organisierten Faschisten in Tostedt geschickt aus. Am 26.6.96 überfielen 20 Neonazis das Tostedter Jugendzentrum und verletzten einen polnischen Jugendlichen schwer. Später verteilten sie in der Stadt ein Flugblatt, indem sie den Angriff mit Provokationen der Antifa rechtfertigen. Von dem Sozialpädagogen Rutkowski werden sie dabei geschickt unterstützt.

Was tun?

Die auf die Premiere des Films "Torfsturm" folgenden regulären Vorführtermine im Bremer Komunalkino wurden von AntifaschistInnen begleitet. Es wurde verhindert, daß bekannte Nazis sich diesen Film anschauen. Nach der Vorführung wurde mit den ZuschauerInnen über den Film diskutiert. Vor allem aber war der Film für einige AntifaschistInnen der Anstoß, sich intensiver mit dem Konzept "akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen" zu beschäftigen.

Erfahrungen von AntifaschistInnen aus dem Bremer Umland, Tostedt oder Wurzen haben gezeigt, daß der Widerstand der Antifa gegenüber faschistischen Organisierungsversuchen erheblich erschwert wird, wenn diese Organisierung gemeinsam von Sozialpädagogen und PolitikerInnen in der beschriebenen Weise gedeckt wird. Am weitesten ist diese Entwicklung in Wurzen, einer Kleinstadt östlich von Leipzig, fortgeschritten. Alte und neue Faschisten sind fest verankert in der Stadt- und Kreisverwaltung. Eigentlich gibt es in Wurzen nur noch für rechtsradikale Jugendliche sozialpädagogische Betreuung. Linke Jugendliche trauen sich gar nicht mehr auf die Straße. Gleichzeitig behauptet der Wurzener Bürgermeister Anton Pausch: "Es gibt in Wurzen keine Rechten". Wurzen ist ein extremes Beispiel, aber eins, das Schule machen kann. Und der oben beschriebene Umgang mit rechtsradikalen Jugendlichen, vor allem aber die benutzten Erklärungs- und Deutungsmuster, treibt diese Entwicklung voran.Die Forderung nach einer akzeptierenden Sozialarbeit ohne Nazi-Kader würde zu kurz greifen. Zum einen gehört sie, wie am Beispiel Tostedt gezeigt, vom Konzept her einfach dazu. Zum anderen bliebe es den SozialpädagogInnen in der Praxis überlassen, zu definieren, wer "nur" rechtsradikaler Jugendlicher, und wer ein Kader ist.

„Akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen" muß also ganz grundsätzlich in Frage gestellt werden. An einer genauen Auseinandersetzung mit den pädagogischen Konzepten und an gezielten Angriffen gegen das ideologische und politische Begleitprogramm à la Heitmeyer führt kein Weg vorbei.

Seit der Jugendzentrumsbewegung der 70'er und 80'er Jahre hat sich die radikale Linke nicht mehr eingehend mit Sozialpädagogik beschäftigt. Gegen den staatlichen Versuch, die rebellische Jugend zu integrieren, sind damals selbstbestimmte und selbstverwaltete Jugendzentren erkämpft worden. Als Alternative zur verstaubten Jugendpädagogik des deutschen Wirtschaftswunders wurden Ansätze einer "emanzipativen Jugendarbeit" entwickelt. SDAJ und Falken als sozialistische Jugendorganisationen waren davon ebenso geprägt, wie die Naturfreunde-Jugend und der BDP. Diese emanzipatorische Bewegung hat damals auch die Sozialpädagogik positiv beeinflußt. Doch diese Reste emanzipatorischer Pädagogik haben Zeitgeistschreiber wie Heitmeyer und Krafeld zu einem großen Teil schon abgeräumt. Ob das, was von emanzipatorischen Ansätzen in der Sozialpädagogik noch erhalten geblieben ist, ausreicht, um Alternativen zur "akzeptierenden Sozialarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen" zu entwickeln, ist mehr als fraglich.

Levanti - Projekt undogmatische Linke, Februar 1997

Geschichte und Hintergrund der MRTA

Tupac Amarus Wiederkehr

Längst ist sie schon aus den Schlagzeilen der internationalen Medien verschwunden und doch kann sie heute einen Rekord für sich verbuchen: Die Botschaftsbesetzung durch ein Kommando der MRTA (Movimiento Revolucionaro Amaru) in Lima ist schon jetzt, unabhängig von der weiteren Dauer, die längste in der Geschichte.

Die Zeit des Guerillakampfs schien auch auf dem amerikanischen Kontinent unweigerlich zu Ende zu gehen In Guatemala unterzeichnete die Guerilla- koordination URNG mit der Regierung ein Friedensabkommen und bei den Wahlen in Nicaragua wurde der Somozafreund Arnoldo Aleman zum Präsidenten gewählt . Die SandinistInnen hatten nicht einmal genügend Unterstützung, um gegen die offensichtliche Wahlmanipulation der Aleman-Partei zu mobilisieren. Im Süden Mexikos, in Chiapas, hatten zwar die ZapatistInnen seit einigen Jahren der Weltordnung ihr !Ya Basta! entgegengesetzt. Doch sie orientieren sich nicht am Guerillakonzept von Che Guevara.

Wer ist die MRTA?

Die MRTA allerdings kann als Teil der guevaristischen Linken auf dem amerikanischen Kontinent bezeichnet werden. Damit werden jene Gruppen bezeichnet, die seit den 60er Jahren unter dem Einfluß der kubanischen Revolution und des Guerillakampfes von Che Guevara mit der Politik der Unterordnung unter die heimische Bourgeoisie brachen, wie sie die traditionellen kommunistischen Parteien im Sinne der sowjetischen Außenpolitik verfolgten. Während in vielen Ländern Zentral- und Südamerikas sich guevaristische Gruppen schon Ende der 60er Jahre gründeten, entstand die MRTA erst seit 1984. Das lag an der besonderen Geschichte Penus. Ende der 60er Jahre wurde das Land von internationalistischen Militärs regiert, die den Großgrundbesitz aufteilten, Universitäten auch in entlegenen andinen Bergregionen einrichteten, sowie gute Beziehungen zu Kuba aufnahmen. Auch spätere MRTA-AktivistInnen arbeiteten damals in Reformprojekten vor allem in der Landwirtschaft. Selbst als nach internen Auseinandersetzungen Antikommunisten ans Ruder kamen, konnte die Situation im Lande nie mit den Verhältnissen der faschistischen Militärdiktaturen von Chile oder Argentinien verglichen werden. Die dort praktizierte Symbiose von flächendeckender Repression gegen alle Oppositionellen und einer durch keine Sozialprogramme behinderte kapitalistische Wirtschaftspolitik sollte Peru erst in den letzten Jahren kennenlernen.
Ende der 70er Jahre erzwang eine starke Volksbewegung den Rückzug des Militärs in die Kasemen. In diese Zeit fällt auch eine verstärkte Auseinandersetzung in der Linken über den Weg zum Sozialismus. Ähnliche Debatte wurden in anderen Ländern des Kontinents 10 bis 15 Jahre früher geführt.

Auf ausschließlich friedliche Mittel setzte das Wahlbündnis Izquierda Unida (Vereinigte Linke), die auch bis Mitte der 80er Jahre bei Kommunal- und Gemeindewahlen Stimmenzuwächse zu verzeichnen hatte, sogar den Bürgermeisterposten in Lima gewann und lange Zeit als künftige Regierungspartei gehandelt wurde. Eine kleinere Strömung hielt das Konzept des friedlichen Übergangs zum Sozialismus für eine lllusion und bereitete sich auf den bewaffneten Kampf vor. (...) 1980 nahm der maoistische Sendero Luminosso den bewaffneten Volkskrieg auf. Sendero versteht sich als bewaffneter Arm der maoistischen PCP und hatte ihr größtes Einflußgebiet im Andenhochland.
1984 bildete sich die MRTA aus dem Zusammenschluß von zwei Gruppen der revolutionären Linken und der MRTA-IV. Sofort wurde mit dem Aufbau bewaffneter Einheiten begonnen. MRTA-Mitglieder arbeiteten in Arbeiterlnnen-, Bauern/Bäuerinnen- und StudentInnenorganisationen und traten mit Streiks und politischen Widerstandsaktionen an die Öffentlichkeit. Auch ihre militanten Aktionen waren auf die Arbeit der Volksorgnisationen abgestimmt. So war nach der Entführung eines Luftwaffengenerals im Juli 1988 eine Forderung des MRTA-Kommandos, Lebensmittel und Kleidung in den Elendsvierteln Limas zu verteilen. Im Oktober 1988 griff die MRTA in einen landesweiten Streik der Bergarbeiterlnnen ein, indem sie an die streikenden ArbeiterInnen 5.000 zuvor enteignete Hähnchen austeilte.

In der MRTA sind auch AnhängerInnen der Theologie der Befreiung, sowohl katholischer als auch protestantischer Konfession, organisiert. Der bewaffnete Kampf wurde nicht verabsolutiert. Mit der Unidad Democratica Popular (UDP) versuchte die MRTA auch eine legale politische Plattform aufzubauen, die in Kontakt mit der Izquierda Unida stand, aber nie offiziell in dieses Bündnis aufgenommen wurde.
Allerdings blieb die MRTA von der Krise der Linken seit Ende der 80er Jahre nicht verschont und erklärte ihren taktischen Rückzug. Die Krise marginalisierte auch die einflußreiche Izquierda Unida. Die IU hatte sich Ende der 80er Jahre gespalten und spielte bei den Präsidentschaftswahlen 1990 keine Rolle. Um den ultrakonservativen Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa zu verhindern, gaben viele Linke dem Seiteneinsteiger Fujimori ihre Stimme. Doch schon wenige Tage nach seiner Amtseinführung verkündete er sein Wrtschaftsprogramm, das das von Vargas Llosa noch weit an Marktradikalität übertraf.

Im Februar 1989 mußte die MRTA mit der Verhaftung ihres Vorsitzenden Rolando Polay einen schweren Schlag hinnehmen. Im Juli 1990 gelang es ihm gemeinsam mit 46 GenosslInnen durch einen 300 Meter langen Tunnel aus einem Gefängnis in Lima zu entfliehen. Der Tunnel war in mühevoller Kleinarbeit mit Hilfe von Bergarbeitern gegra-

ben worden. Allerdings dauerte die emeute Freiheit für Polay nicht ganz zwei Jahre. Am 10.6.1992 wurde er erneut festgenommen, nachdem im April die Nummer 2 der MRTA, Peter Cardenas Schulte ‚inhaftiert wurde und Ende Mai 1992 ein Computerzentrum der Organisation entdeckt wurde und der Polizei dabei wichtige Informationen über die Organisation in. die Hände fielen. Nach diesen Rückschlägen verkündete Fujimori das Ende der MRTA ...

Doch so überraschend kam die Aktion nicht. Schon im November 1995 wurde ein MRTA-Kommando festgenommen, als es in der letzten Vorbereitungsphase für die Besetzung des peruanischen Kongresses war. Auch damals war das Hauptziel, die Freilassung der ca. 400 Gefangenen, die der MRTA angehören oder vom Regime beschuldigt werden, dieser Organisation anzugehören.

Neoliberalismuus...

Die Preise sind explodiert, viele Grundnahrungsmittel kosteten über Nacht das Zehnfache. Die wenigen geöffneten Märkte mit den neuen Preisen waren Schauplatz dramatischer Szenen."Wir haben gegen den Schock von Vargas Llosa gestimmt!", schrien Kunden."Wir sind betrogen worden". Viele zogen auf die wenigen Felder außerhalb Limas, um nach Eßbarem zu suchen. So schilderten Journalistlnnen die Situation in Peru, nachdem Fujimori sein Wirtschaftsprogramm bekannt gemacht hatte. Durch den "Fuji-Schock", wie sein Programm genannt wurde, kostete ein Faß Wasser plötzlich 1.000 Intis (etwa 3 Mark), was sich die Familien kaum noch leisten konnten. Die Kinder waren dar- aufhin so verschmutzt, daß Hautkrankheiten entstanden. Wegen Seuchengefahr wurde die Schule einen Monat geschlossen. Viele Kinder lebten in dieser Zeit ausschließlich von „Mechica" (Wasser mit Maismehl und Zucker). Die Mehrheit von ihnen hat Untergewicht, 30 % sind unter- und 80 % fehlernährt. Das war der Nährboden für die Cholera, die 1992/93 in Peru wütete und vielen Menschen das Leben kostete. Unter den Familien in den Armenvierteln gab es fast keine ohne Choleratote. Krankheit des Neoliberalismus hat sie der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano genannt. 150.000 Kinder sterben in Peru laut offi- ziellen Regierungsangaben jedes Jahr an Hunger und Krankheit. Realistischer wäre die Zahl von einer Million, sagen SprecherInnen von Volksorganisationen.

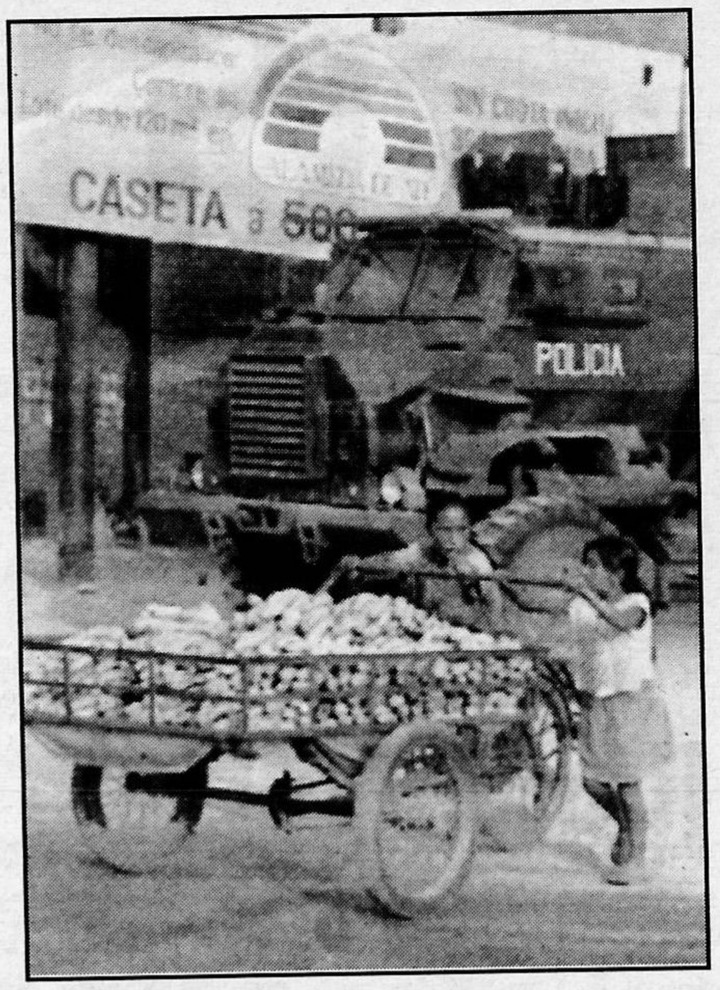
Zeitgleich mit der Verkündung des Schockprogramms ließ Fujimori die Panzer in Lima auffahren. Die Kombination aus Repression und Wirtschaftsliberalismus sollte auch künftig Fujimoris Politik bestimmen.

... und Repression

Schon seit den 80er Jahren prangern Menschenrechtsorganisationen, wie Amnestie International regelmäßig die Menschenrechtsverletzungen an, die von Polizei und Militär vor allem im andinen Hochlands Perus verübt wurden. Seit dem Machtantritt von Fujimori und seinem Selbstputsch 1992 hat die Repression kräftig zugenommen und Ausmaße angenommen, wie sie in den 70er Jahren von den Militärdiktaturen Chiles und Argentiniens bekannt sind.

Es gibt 12 Hochsicherheitsgefängnisse in Peru. Eines davon liegt auf einem Militärstützpunkt der Marine. Dort sitzt der MRTA-Gründer Polay acht Meter unter der Erde in einer Zelle, in der sich nur ein Bett und eine Latrine befinden. Es gibt kein elektrisches Licht. Ein ca. 15 cm großes Loch in der Decke ist die einzige Luftzufuhr. Seine Mutter berichtet, daß ihm bei Folterungen die Schulter gebrochen wurde. Während der Überführung in ein anderes Gefängnis drohten die Bewacher, Polay aus den Hubschrauber ins Meer zu werfen. Ein anderes Gefängnis befindet sich in 4.000 Metern Höhe in den Anden. Dort pfeift der Wind durch die Ritzen und viele Gefangene leiden wegen der Kälte an Krankheiten der Atemwege. In den Gefängnissen sitzen Ta sende politische Gefangene, hauptsächlich-Mitglieder von Bäuerlnnen-, Studentlnnen-, Frauen- und Gewerkschaftsorganisationen. Die Festgenommenen werden innerhalb von 24 Stunden von mit Masken vermummten, Richtern verurteilt. Verteidigungsmöglichkeiten gibt es nicht. Die Gefangenen müssen 1 Jahr in totaler Isolation verbringen. Danach ist ihnen eine halbe Stunde Besuch pro Monat erlaubt, aber nur von unmittelbaren Angehörigen. Es gibt kein Recht auf medizinische Behandlung. Das Essen ist häufig verdorben und Wärter mischen noch Scherben, Ratten und Kakerlaken darunter.

Die Bedingungen sind für Männer und Frauen gleich. Doch für Frauen kommt die sexuelle Belästigung und Erniedrigung dazu. Außerdem leiden sie besonders unter dem Wassermangel. Alle Gefangenen bekommen täglich 2 Liter Wasser zum Baden, Wäschewaschen und Trinken. Polays Mutter sprach davon, daß die „Zellen in Wirklichkeit Gräber sind, in denen



die Gefangenen langsam zugrunde gehen". Das wurde ihr von kompetenter Stelle bestätigt. Fujimori sagte, die Gefangenen sollen in den Gefängnissen verfaulen.

Perspektive der Linken

Der Widerstand gegen Fujimoris Wirtschaftspolitik hat in den letzten Monaten rapide zugenommen. Es ver- ! geht kein Tag, wo es in Lima nicht Streiks und Demonstrationen gibt und im Spätherbst entwickelte sich aus der Vertreibung illegaler StraßenhändlerIn-nen auf Limas Markt eine stundenlange Straßenschlacht mit der Polizei. Ob allerdings der Unmut auch eine Stärkung der Linken und speziell der MRTA zur Folge haben wird, muß zumindest kurzfristig bezweifelt werden. "Das revolutionäre Bewußtsein in diesen Auseinandersetzungen zu rekonstruieren", nennt der Europavertreter der MRTA Isaac Velazco als unmittelbares Ziel der MRTA.

Die Gerüchte, daß die MRTA die Waffen niederlegen und sich in eine legale Linkspartei umwandeln will, haben angesichts der innenpolitischen Lage des Landes keine Grundlage. Das bestätigt auch Isaac Velazco: "Solange die Gefangenen nicht freigelassen und die Menschenrechte für die Opposition nicht garantiert sind, braucht darüber gar nicht geredet werden", meint er.

Peter Nowak

(aus: Forum #210)

bremer kassiber stadtzeitung für politik, alltag, revolution
april 97 seite 21

Interview mit Delia Zamudio

Frauenhaut

Delia Zamudio befand sich während des Interviews auf einer Rundreise durch die Bundesrepublik um ihr Buch „Frauenhaut" vorzustellen und über die politische Situation in Peru zu berichten.
In ihrem Buch schildert sie ihr Leben und gibt einen Einblick in die peruanische Wirklichkeit einer schwarzen Frau, die als Feministin und Gewerkschafterin aktiv ist. Beginnend mit ihrer Kindheit, den Diskriminierungen als Schwarze, sexuellen Übergriffen, ihrer Politisierung und ihrer Stellung als Arbeiterin im Pharmakonzern Schering versteht sie es dabei sowohl nah bei sich zu bleiben als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse anzusprechen. Nachdem sie 1992 bei Schering entlassen wurde, versucht sie sich heute wie viele andere durch die ökonomisch-soziale Krise Perus zu schlagen und neue Ansatzpunkte für ihre politische Arbeit zu entwickeln. Mit dem Interview wollen wir über die Botschaftsbesetzung hinaus Bezug nehmen auf die aktuelle Situation in Peru.

Wie lebst Du heute in Peru?

Delia: Ich lebe in Lima wie auch meine zwei Töchter. Eine von ihnen ist verheiratet und hat drei Kinder, die andere ist unverheiratet und geht zur Uni. In meinem Haus wohnt mit mir meine jüngere Tochter, die zur Uni geht, und mein zwölfiähriger Enkel.
Er ist der älteste Sohn meiner anderen Tochter. Ich sorge dafür, daß er die Schule besuchen kann und finanziere ihm die Schulbildung. Mein Einkommen stammt von einem kleinen Laden in meinem Haus. Ein Problem ist jedoch die Wirtschaftskrise, die dazu führt, daß die Leute, die zum Einkauf kommen, oft kein Geld haben um zu bezahlen. Sie wollen anschreiben lassen und fragen, ob ich ihnen nicht Nudeln, Reis und Zucker leihen kann. Sie schlagen vor zu bezahlen, wenn sie wieder Geld haben, aber leider haben die Leute nie Geld und deswegen sieht es so aus, daß meine Vorräte zur Neige gehen ohne daß ich sie ersetzen kann. Politisch bin ich in zwei Bereichen aktiv. Zum einen bin ich Vorsitzende in unse- rem Nachbarschaftszusammenschluß von dem 600 Personen vertreten wer-den. Zum anderen arbeite ich in einer Frauengruppe in unserem Stadtteil mit. Dort setzen wir uns gegen die Mißhandlung von Frauen und Kindern zur Wehr.
Die Mißhandlungen von Frauen und Kindern durch ihre Ehemänner und Väter haben im Rahmen der Wirtschaftskrise in Peru stark zug nommen. Die Männer betrinken sich und prügeln dann los.

Kannst Du uns die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftsveränderungen beschreiben so wie Du sie in Peru erlebst?

Delia: Der Neoliberalismus hat die soziale Dimension total vernachlässigt. Begriffe, die im Rahmen des Neoliberalismus immer wieder gebraucht werden, sind die Globalisierung und die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Gerade der Letztgenannte wird unter dem Vorwand der Protektionismusbekämpfung benutzt. Die vorherigen Arbeitsschutzbestimmungen oder Gewerkschaftsrechte werden als protektionistisch bezeichnet und ihr Abbau von den neoliberalen Ökonomen gelobt.
Der Haupteffekt der Wirtschaftspolitik von Fujimori ist der Hunger der Leute. Ich bin nicht die einzige im Stadtteil, die einen kleinen Laden hat. Meine Nachbarin rechts gegenüber, die Nachbarin links gegen-über und die Nachbarin gegenüber alle haben einen Laden. Wir tauschen die Waren quasi zwischen uns aus. Im Rahmen der Wirtschaftspolitik Fujimoris kam es zu Fabrikschließungen im großen Umfang. Davon war nicht nur die Pharmaindustrie, in der ich lange Zeit gearbeitet habe betroffen, sondern z. B. auch die Textilindustrie. Dabei ist zu differenzieren zwischen den Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik auf die peruanischen und auf die ausländischen Firmen. Die peruanischen Fimmen mußten schließen, weil sie nach Senkung der Importzölle nicht gegen die Konkurrenz bestehen konnten. Wohingegen die ausländischen Fimmen von der Senkung der Zölle eher profitiert haben, da es für sie bedeutete, daß sie nicht mehr in jedem einzelnen lateinamerikanischen Land produzieren mußten, sondern die Produktionsstandorte konzentrieren konnten. Im Fall von Schering ist es so, daß in Argentinien jetzt für mehrere Länder produziert wird und in Peru nur noch ein Verkaufsbüro existiert. Die Schließung der Firmen führte dazu, daß es zu großer Arbeitslosigkeit kam. In Peru ist es momentan so. daß 80 % der Er-werbsbevölkerung keinen festen Arbeitsplatz hat; sie sind unterbeschäftigt oder arbeitslos. Tausende von Familien leiden nun unter der Arbeitslosigkeit der Eltern. Das sieht konkret so aus, daß vor allen Dingen die Frauen für das alltägliche Überleben verantwortlich sind. Dies liegt unter anderem daran, daß die Männer in Peru mobiler sind. Sie können in einer anderen Stadt Arbeit suchen oder auf dem Land. Sie arbeiten auf einer Baustelle oder gehen ins Ausland. Das können die Frauen nicht.

Delia, Du hast geschrieben, daß Du gewerkschaftlich aktiv warst. Nun haben viele wie Du ihren Arbeitsplatz verloren. Wie organisieren sich die Leute heute politisch?

delia: Die peruanischen Gewerkschaften waren natürlich auch dem Angriff des Neoliberalismus ausgeliefert. In erster Linie ist da die Deregulierung des Arbeitsmarktes zu nennen. Es wurden viele gewerkschaftliche Rechte abgebaut, wie z. B. der Kündigungsschutz. Zudem hat sich sehr negativ auf die Gewerkschaften ausgewirkt, daß ihnen durch die Massenentlassungen, die Fujimoris Politik wesentlich erleichtert hatte, die Basis verloren ging. Ohne Basis und ohne Rechte geht es den Gewerkschaften in Peru momentan ziemlich schlecht. Der Dachverband, der früher wichtig war, hat kaum noch Kampfkraft. Nur noch sehr wenige sind aktiv, da kaum noch wer einen Arbeitsplatz hat. Die Leute versuchen in den Stadtteilbewegungen aktiv zu werden und sich da zusammenzuschließen, wo sie wohnen. Die Frauen versuchen sich in Volksküchen zusammenzutun, um sich billiger ernähren zu können. Ihr Einkommen versuchen sie sich dadurch zu erhalten, daß sie Essen verkaufen. Allerdings stoßen sie dabei zunehmend auf die Repression der Polizei, die ihnen das Essen und die Töpfe abnimmt. Allgemein ist das Klima in Peru für politische Arbeit schwieriger geworden.

Gerade hast Du gesagt, daß die Polizei den Frauen die Töpfe und das Essen wegnimmt. Das erscheint mir unlogisch, da es der Regierung doch recht sein kann, wenn die Leute ihre Armut selbst verwalten.

delia: Gegen die Frauen, die Essen verkaufen wollen, wurde eine neue kommunale Polizeieinheit aus jungen starken Männern gegründet, die gerade ihren Militärdienst beendet haben. Diese schlagen und mißhandeln die Straßenhändlerinnen. Als offizielle Begründung dafür dient dem gegenwärtigen Bürgermeister die Behauptung, daß das Essen gesundheitsgefährdend sei und zur Verbreitung der Cholerabeitragen würde. Von diesen brutalen Polizeiaktionen sind aber alle Straßenhändler und Straßenhändlerinnen betroffen. Aus bekannten Straßen und von einem ehemaligen Straßenhändlermarkt sind die Händler unter dem Motto 'Lima soll sauber werden' vertrieben worden. Wahr-scheinlich soll Lima sauber werden, damit viele Touristen kommen. Ein anderes Motiv kann sein, daß die Fujimori Regierung den Eindruck erwecken

will, daß die Wirtschaftskrise nicht so schlimm ist, wenn die Straßen immerhin sauber sind und alles schön nett aussieht.

Wie wird die Botschaftsbesetzung der MRTA in der Bevölkerung aufgenommen? Gibt es eine Linke oder Teile Sozialer Bewegung, die die Forderungen der Botschaftbesetzung mit aufnimmt?

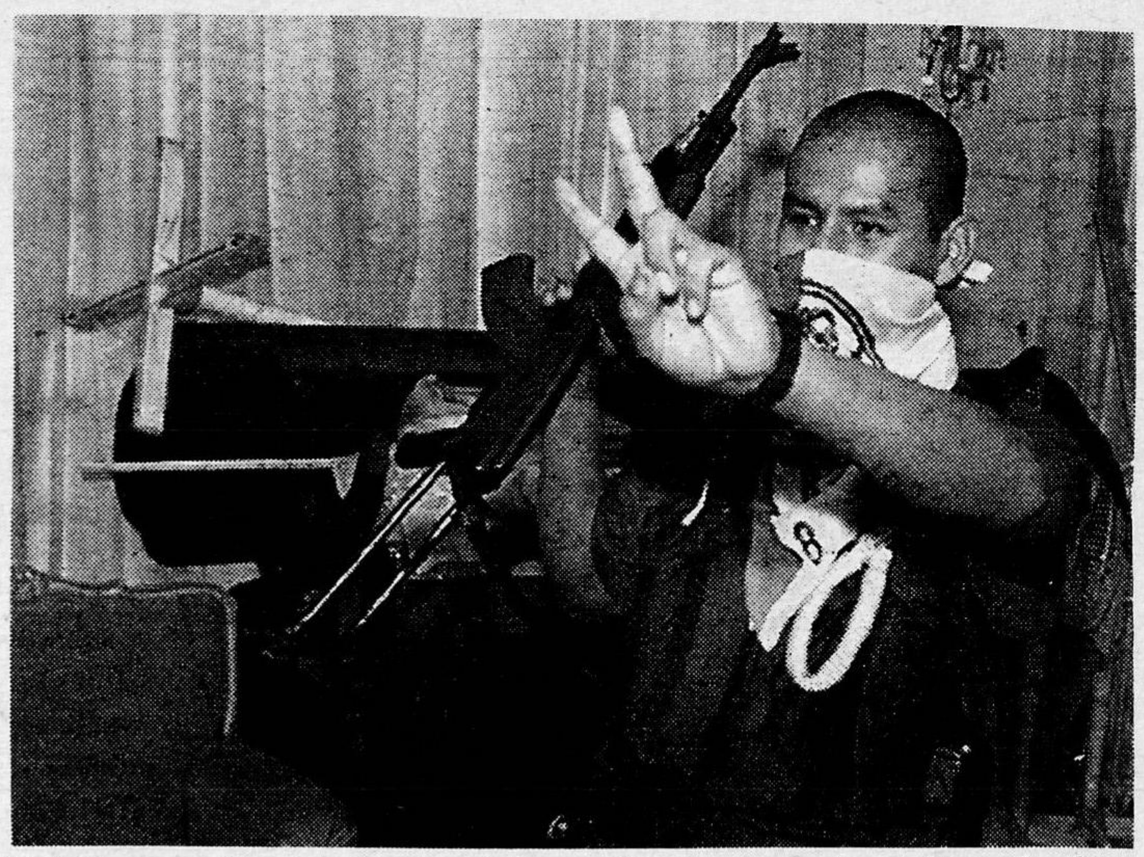
delia: Wenn sich die Leute auf der Stralße in Peru über die Botschafts-besetzung unterhalten, sprechen sich für eine Amnestie für die Bot-schaftsbesetzer aus so wie es auch eine Amnestie für die Mörder in Uni-form gegeben hat, die Studenten und Arbeiter umgebracht haben. Die Leute sagen, daß es wichtig ist, daß die Besetzung ohne Blutvergießen beendet wird und sowohl die Geiselnehmer als auch die Geiseln heil rauskommen. Vorgeschlagen wird auch, daß die MRTA-Kämpfer Asyl im Ausland, speziell in Kuba, gewährt kriegen sollen.
Was die Position der legalen Linken zur Botschaftsbesetzung betrifft, da gibt es in Peru derzeit keine einzige Partei, die sich trauen würde die MRTA öfflentlich zu unterstützen. Daß hängt damit zusammen, daß die Fujimori-Regierung nicht davor zurückschreckt weiterhin die Politik des 'Verschwindenlassens' zu betreiben. Es gab in letzter Zeit vor allem Fälle von politisch aktiven Studenten und Studentinnen an der staatlichen Universität, die entführt wurden und nie wieder auftauchten, obwohl ihre Familienangehörigen nach ihnen suchten. Sie sind wahrscheinlich tot. Die Linke hat zudem ihren Anteil daran, daß Fujimori jetzt an der Macht ist, da sie 1990 aufforderte ihn als kleineres Übel zu unterstützen. Es gab damals die Situation, daß Fujimori gegen Vargas Llosa zur Wahl stand. Hinterher war es ein Problem, weil die Linke nicht mehr in der Lage war zu erklären warum sie aufgerufen hatte einen Mann zu wählen, der dann eine solch reaktionäre, neoliberale Politik macht. Strom, Was-ser und Benzin u.a. mit den dazugehörigen Unternehmen wurde privati-siert. Alles verteuerte sich unheimlich. Dies betrifft besonders die ganz normalen Leute, da Strom, Wasser und Benzin jeder braucht. Die Bot-schaftsbesetzung hat in den Augen der Leute den Verdienst, daß durch sie Gesetzesvorhaben der Regierung, wie die Privatisierung des Gesundheits- und des Bildungswesens, auf Eis gelegt wurden.

Gestern auf einer Veranstaltung hier in Bremen wurde behauptet, daß sowohl „Sendero Luminoso“ als auch die MRTA in der Bevölkerung als Terroristen bezeichnet werden. Ist das Deiner Meinung nach richtig?

delia: Die peruanische Bevölkerung unterscheidet sehr wohl zwischen Sendero Luminoso und der MRTA. Während Sendero eher als terroristische Bewegung eingestuft wird, gilt die MRTA als Guerilla-Bewegung. Sendero hat in der Bevolkerung keine Sympathie, weil sie auch Leute aus der Volksbewegung und den Gewerkschaften getötet haben, die ihrer politischen Linie nicht entsprachen. Die MRTA hingegen hat sich immer direkt mit dem Militär angelegt, was ja wohl auch der Haupt-gegner sein sollte und nicht, daß sich die Linke untereinander umbringt. In der Presse und im peruanischen Radio wird zwar versucht die MRTA und Sendero in einen Topf zu werfen, aber die Bevölkerung kann sehr wohl unterscheiden.

In einem Vortrag hast Du von Unterschieden zwischen den Frauen, die sich in der Volksbewegung organisieren und denen die in NGOs aktiv sind und auf Konferenzen wie der in Peking reisen gespro-chen. Wie ist das Verhä1tnis zwischen beiden? Was erwarten die Frauen aus der Volksbewegung von den Frauen in den NGO's?

delia: Die zwei Pole in der peruanischen Frauenbewegung sind die selbstorganisierten Frauen aus der Volksbewegung und die Frauen aus den NGOs. Es gibt momentan noch eine sehr große Distanz zwischen beiden Seiten, von der ich denke, daß darüber Brücken gebaut werden müssen. Die Frauen aus den NGOs haben viele wichtige Informa-tionen und es wäre gut einen Austauschhinzukriegen, damit die Frauen aus den Volksbewegungen auch von den Informationen profitieren kön-



MRTA-Guerillo in der Residenz des japanischen Botschafters

nen. Ein Beispiel für eine NGO, die praktische Hilfe geleistet hat, ist die Aurora Rivar. Früher hat sie Gewerkschaftlerinnen beraten und hatte sich auf Arbeitsgesetzgebung spezialisiert. Jetzt nach-dem die Gewerkschaftsbewegung weitgehend am Ende ist, bietet Aurora Rivar eine elektrotechnische Ausbildung für Frauen an, damit sie bei sich zuhause die Elektrogeräte reparieren können. Dies ist in der Wirt-schaftskrise sehr wichtig. Für mich ist das in doppelter Hinisicht ein positives Beispiel. Einmal ist hier ein Kontakt zwischen den Frauen der Volksbewegung und einer NGO zustande gekommen und dann hat Aurora Rivar wahrgenommen, daß sich die Organisationsfor-men in Peru geändert haben. Statt den Gewerkschaften haben die Volks-bewegungen an Gewicht zugenommen.
Die Probleme, die wir als Frauen aus den Volksbewegungen mit den Frauen aus den NGOs hatten, sahen so aus, daß die Frauen aus den NGOs immer in unserem Namen sprechen wollten. Wir konnten unsere Probleme nicht selbst vortragen, sie haben uns darüber befragt und dann versucht, für uns zu sprechen. Dieses, man kann schon sagen paternalistische, Verhalten hat uns absolut nicht gepaßt.

In Deutschland gibt es einen offenen Rassismus. Du hast gesagt, daß Du als schwarze Frau in der Gewerkschaft Probleme gehabt hast und Männer sagten, daß sie die Gewerkschaft verlassen wollen, wenn Du als Schwarze und Frau Vorsitzende wirst. Wie sieht der all-tägliche Rassismus in Peru aus?

delia: Bei dem Vorfall in der Gewerkschaft, wo die Männer mich als Vorsitzende nicht akzeptieren wollten war der Machismus wichtiger für die Diskriminierung als der Rassismus. Zur damaligen war keine einzige Frau in Peru in gewerkschaftli-chen Führungspositionen. Wenn ich Briefe bekam, wurde Ich als „Herr Generalsekretär" angesprochen. Das Wort „Generalsekretärin" existier-te überhaupt nicht im Sprachgebrauch meiner Gewerkschaftskollegen. Der Rassismus in Peru ist spürbar in der Schule, auf der Straße. Wenn ich z.B. auf der Straße bin, höre ich oft, wie eine ganz normale Peru-anerin zu ihrem Kind sagt 'Benimm Dich gut, sonst holt Dich die schwarze Frau!'. Mit der schwarzen Frau meint sie mich. Der Präsident Velasco, der von 1968-1975 in Peru an der Macht war, hat versucht, die Diskriminierung gegenüber der indigenen Bevölkerung zu vermindern. Er wollte ihre Selbstachtung stärken, hat aber die schwarze Bevölke-rung, die auch geschichtlich eine wichtige Rolle gespielt hat, vergessen. In keinem peruanischen Geschichtsbuch taucht auf, daß es Gemein-schaften von schwarzen Sklaven gegeben hat, die sich selbst befreit haben. Erst jetzt schaffen es die Schwarzen selbst ihre Geschichte etwas bekannter zu machen.

Das Interview führten Almuth Intemann und Kai Kaschinski.

Literatur: Delia Zamudio, „Frauenhaut - Eine Autobiographie“; ISP/Atlantik, 1996.

Der Europäische Runde Tisch der Industriellen[1]

Europa aus der Sicht des großen Kapitals

Der European Roundtable of Industrialists (ERT), ein diskretes Gremium aus ca. 40 Leitern (keine Frau) multinationaler Konzerne mit Sitz in Europa, ist die Graue Eminenz hinter der Wirtschaftsintegration der 12 EU-Mitgiedsstaaten. Über den Zugang zu den wichtigsten nationalen und europäischen EntscheidungsträgerInnen beeinflußt bzw. steuert dieses Gremium im Interesse der Multis die europäische Transport-, Bildungs-, Beschäftigungs-, Umwelt und »Dritte Welt«-Politik. Aus dem Hintergrund dirigieren diese Unternehmen die gegenwärtige und zukünftige Form Europas

Eine Handvoll von in Europa ansässigen multinationalen Konzernen sind die maßgeblichen Betreiber und Hauptnutznießer der europäischen Integration. Unter den exclusiven Mitgliedern ihrer Lobby-Organisation ERT finden sich 11 der 20 größten Konzerne Europas - *British Petroleum, Daimler-Benz, Fiat, Siemens, Unilever, Nestlé, Philips, Hoechst, Total, Thyssen und ICI* -, alle auch auf den Rängen der 50 weltweit führenden Konzerne vertreten. 1991 überstieg der gemeinsame Umsatz der 40 ERT-Migliedskonzerne 500 Mrd. Dollar und machte 60 % der gesamten europäischen Industrieproduktion aus.[2]

Der ERT wurde 1983 von einigen europäischen Marktführern aus Besorgnis über den mangelnden Einfluß der Industrie auf die europäische Politik gegründet; man benötigte also dringend eine Koalition von gleichgesinnten Konzernchefs, die Brüssel als Sitz der Europäischen Kommission mit Ideen und Visionen versorgen konnte. Die Initiatoren waren Umberto Agnelli (*Fiat*), Wisse Dekker (*Philips*) und Pehr Gyllenhammar (*Volvo*); in den ersten Monaten wurden die Verlautbarungen des ERT über die Ersatzteilabteilung der Pariser Niederlassung von *Volvo* herausgegeben.[3]

Unterstützt wurden sie vom Europäischen Kommissar für Industrie und den Gemeinsamen Markt, Graf Etienne Davignon, und dem Kommissar für Finanzen, Francois Xavier Ortoli. 1986 verließ Davignon die Kommission und stieß zum ERT als Vertreter der *Société Generale de Belgique* (eine Holding unter Einschluß der größten belgischen Bank), während Ortoli als Repräsentant des französischen Ölkonzerns *Total* hinzukam. Aber auch unter der Ägide von Jacques Delors wurden die Verbindungen zwischen ERT und Europäischer Kommission aufrechterhalten. Kurz nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden der Kommission initiierte er im März 1985 ein offizielles Treffen mit dem ERT, um *"die Ziele des ERT zu diskutieren"*.[4] Diese Treffen wurden regelmäßig fortgesetzt.

Konzernvisionen

Der ERT plädierte durchgängig für *"effektive, entscheidungsbefugte Gremien auf europäischer Ebene, auch wenn die Implementation besser in nationalen und regionalen Händen bleibt"*[2] und organisierte sich in Politikgruppen entsprechend den Arbeitsfeldern dieser Gremien. Diese Arbeitsgruppen, die die Bereiche Bildung, Wettbewerbspolitik, Infrastruktur, Zentral- und Osteuropa, Nord-Süd-Themen, Handel und GATT sowie Umwelt- und Sozialpolitk abdecken, produzieren Berichte (mehr als 20 in den letzten zwei Jahrzehnten), die sowohl von den nationalen Regierungen als auch von Brüssel begierig aufgenommen werden.

Sobald der ERT einen neuen Bericht herausgibt, steht die Kommission in Habacht-Stellung. 1991 ließ der ERT dem Kommissionsvorsitzenden Delors ein Vorausexemplar seines Programms für die 90er Jahre mit dem Titel *"Neuformation Europas"* zukommen und organisierte eine Reihe von hochrangigen Beratungen mit Delors und anderen Kommissionsmitgliedern. Eine Pressekonferenz zur Veröffentlichung des 1993er ERT-Berichts zur Wettbewerbssituation in Europa, *"Wege aus der Krise"*, wurde nur eine Woche vor dem Erscheinen des *Weißbuchs* der Kommission zum selben Thema abgehalten; an beiden Veranstaltungen nahm Delors teil.

Auf der nationalen Ebene sieht es ähnlich aus. Die ERT-Konzerne arrangieren regelmäßige Beratungen mit führenden PolitikerInnen, Kanzler Kohl und der französische Präsident Mitterand verhandeln regelmäßig mit dem ERT.[6] Holländische Minister trafen sich mehrmals mit Floris Maljers von Unilever, um den Bericht "Neuformation Europas"[7] zu diskutieren, und die italienische Regierung traf sich während ihrer Präsidentschaftsperiode im Europäischen Rat im Mai 1985 mit dem ERT zur Diskussion von Infrastrukturfragen.[8]

Laut ERT-Generalsekretär Keith Richardson ist »Zugang« der Schlüssel des Erfolges: *"Zugang bedeutet, Helmut Kohl anrufen zu können und ihm die Lektüre eines Berichts zu empfehlen ...Zugang bedeutet auch, daß John Major anruft ...um sich für die Hinweise des MRT zu bedanken, oder mit dem schwedischen Premierminister kurz vor der Entscheidung über Schwedens EG-Mitgliedschaft essen zu gehen."*[9] Dieser einfache Zugang zu EU-EntscheidungsträgerInnen steht im scharfen Kontrast zum Einfluß nichtstaatlicher Organisationen wie Gewerkschaften, kleine und mittlere Unternehmen oder Umweltorganisationen.[10] *Eurogroup,* eine Lobbygruppe für kleine und mittlere Unternehmen (in diese Kategorie fallen 99 % aller europäischen Betriebe) muß wochenlang auf einen Termin mit einem Beamten warten, und das rennommierte, in Brüssel angesiedelte *Europäische Umweltbüro* hat es innerhalb von 20 Jahren nur einmal geschafft, den Kommissionsvorsitzenden zu treffen. Andere Lobbygruppen antworteten auf die Frage nach dem Gewicht des ERT, dies sei nicht länger eine Lobby, sondern ein Teil des EU-Apparats.[11]

Diese engen Beziehungen zwischen ERT und europäischen EntscheidungsträgerInnen haben in den letzten 10 Jahren unübersehbare Ergebnisse gezeitigt, am deutlichsten bei der Herstellung des Gemeinsamen Marktes, der Erstellung eines Szenarios für ein europäisches Infrastruktur-Netzwerk, der Umstrukturierung der europäischen Bildungspolitik und der Ausdünnung von sozialen Sicherungen. In ERT-Verlautbarungen läßt sich das in aller Deutlichkeit nachlesen: *"Was die Industrie nicht hinnehmen kann, ist, daß die Verfolgung anderer Zielsetzungen als Entschuldigung für die Beschädigung des wertschöpfenden Systems selbst herhalten muß, sei es durch Kostensteigerungen oder Entwicklungshindernisse. Es kann weder eine gesunde Gesellschaft noch eine gesunde Umwelt geben ohne eine gesunde Wirtschaft, die dafür zahlt."*[12] Diese Agenda ist eine Anhäufuung von Kampfansagen an ArbeitnehmerInnen, Studierende, die lokale Wirtschaft, ländliche Gebiete, traditionelle Kulturen, die Umwelt und die »Entwicklungsländer«.

Der Gemeinsame Markt

Die erste ERT-Kampagne diente der Beschleunigung des nur langsamen Zustandekommens eines gemeinsamen europäischen Marktes. Der 1984er Bericht *"Europe 1990. An Agenda for Action"* forderte einen Fünfjahresplan zur Beseitigung von Handelsbeschränkungen, Harmonisierung der Bestimmungen und Verbot von Zollgrenzen. Wisse Dekker von *Philips,* zusammen mit Umberto Agnelli von *Fiat* Autor des Berichts, erklärte die Dringlichkeit des gemeinsamen Marktes: *"Nur durch die Ausnutzung großer Wirtschaftsräume kann die Industrie weltweit konkurrenzfähig bleiben, und der größte heimische Markt weltweit wird der gemeinsame europäische Markt sein."*[13] Die anschließende intensive Lobby-Arbeit der

ERT-Mitglieder zahlte sich aus: Die Direktiven des *"Europe 1990"*-Papiers fanden sich im EG-Weißbuch *"Vollendung des Gemeinsamen Marktes"* von 1985 wieder, das die Grundlage des Europäischen Vertrags von 1986 wurde. Der einzige, triviale Unterschied zwischen dem ERT-Papier und dem Weißbuch war die Verschiebung der optimistischen ERT-deadline für den gemeinsamen Markt um zwei Jahre, auf 1992. Lord Cockfield, der den Entwurf des Weißbuchs verantwortete, räumte den Einfluß des ERT-Papiers ein,[14] während Delors in einem Fernsehinterview 1993 einschätzte, daß der *"fortwährende Druck"* des ERT *"eine der maßgebenden treibenden Kräfte hinter dem Gemeinsamen Markt"* gewesen sei.[15]

Die Lobby-Aktivitäten waren sorgfältigst koordiniert. 1986 gründete der ERT auf Initiative von Wisse Dekker ein *Internal Market Support Committee* (IMSC), um sicherzustellen, *"daß das Weißbuch tatsächlich umgesetzt wird, vor allem, daß die Direktiven auf der nationalen Ebene umgesetzt werden."* Das erforderte zahlreiche Treffen zwischen Industrie und Kommission ebenso wie *"tausende von Kontakten auf ad hoc-Basis"* zwischen ERT-Mitgliedern und EG-Offiziellen.[16]

Lebenslanges Lernen

Bildung ist ein weiteres Gebiet der ERT-Bemühungen. Die ERT-Publikation *"Education and European Competence"* von 1989 beklagt hauptsächlich die Unfähigkeit der europäischen Bildungssysteme, »menschliche Resourcen« für die Industrie zur Verfügung zu stellen. Das Papier fordert eine Generalüberholung der Bildung und verurteilt das gegenwärtige System, welches "*erlaubt und sogar ermutigt, daß junge Menschen »interessante«, nicht direkt berufsqualifizierende Studien betreiben, die in der Regel keinerlei praktische Relevanz haben.*"[17] Die Unzulänglichkeit Europas im Bereich der Bildung wird gemessen an den an Industriebedürfnisse besser angepaßten Systemen in Japan und den USA.

Der ERT bietet einige Verbesserungsmöglichkeiten an. Zum einen empfiehlt man eine größere Beteiligung der Industrie an der Bildung, einschließlich Posten in der Verwaltung von Bildungsinstitutionen und *"Mitarbeit an der Erstellung von Curricula und anderen Lehrmitteln"*. Zweitens *"ist es wünschenswert im Interesse einer mehr an der Welt der Arbeit orientierten Hochschul- und Universitätsausbildung, daß die Lehrenden und Professoren Berufserfahrung in der Industrie haben sollten."*[18] Dritte Empfehlung ist »lebenslanges Lernen« regelmäßige Fortbildung zur Anpassung an neue technologische Entwicklungen - zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie.

Seit Maastricht ist Bildung offiziell Sache der EU. Das 1991 veröffentlichte EG-*Memorandum zur höheren Bildung* weist erstaunliche Ähnlichkeiten mit den Vorschlägen des ERT für eine Bildungsreform auf. Nicht nur soll die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie verbessert werden, sondern auch akademische Strukturen und Methoden sollen in Richtung auf Erleichterung dieser Partnerschaft verändert werden. Auch das Konzept des »lebenslangen Lernens« findet Erwähnung zur Rehabilitierung von für den Arbeitsmarkt nicht mehr adäquat qualifizierten Arbeitskräften.

Diese Parallelen zwischen ERT- und EG-Papier sind keineswegs zufällig. Das EG-Memorandum wurde in einer Serie von Workshops und Konferenzen erarbeitet, an denen Minister,

Industrie und ausgewählte Hochschulvertreter teilnahmen (Studierende wurden nicht beteiligt). Ebenso exclusiv war ein Treffen der ERT-Arbeitsgruppe Bildung im Dezember 1993 zur Diskussion des Entwurfs eines neuen Berichts *"Reshaping European Education"*. Teilnehmer waren führende Repräsentanten von *Petrofina, Hoffmann LaRoche* und der *Société General de Belgique*, Mitglieder der EU-Kommission und Repräsentanten der Universitätsverwaltungen von Dublin, Brüssel und Louvaine. Derartige Konstellationen stehen für die Aufgabe akademischer Freiheit, Vielfalt und Objektivität zugunsten einer einseitigen Orientierung an industrieller Effektivität und Output.

Soziale Sicherung

Der Grundtenor des ERT in bezug auf Beschäftigung ist, *"nicht zuzulassen, daß die Finanzierung sozialer Sicherheit zu einem Hindernis für wirtschaftliches Wachstum wird."*[19] In verschiedenen Papieren bezüglich Beschäftigung und sozialer Sicherung wird betont, daß der Arbeitsmarkt in den Bereichen Einstellung und Kündigung, Arbeitszeitregelungen, Mindestlöhne und Wohnungsbaupolitik zu reglementiert ist. Der ERT wünscht »Flexibilität« auf dem Arbeitsmarkt: mobile ArbeiterInnen für ganz Europa, variable Arbeitszeiten, Saisonverträge, job-sharing und Teilzeitarbeit. Diese Vorstellungen reflektieren die Beschäftigungspraktiken transnationaler Konzerne, die je nach profitabelsten Produktionsbedingungen zu spontanen Ortswechseln neigen. Der ERT möchte den Einfluß der Beschäftigten auf Konzernentscheidungen gänzlich unterbinden, da man befürchtet, diese würden *"die räumliche Flexiblität"* gefährden, *"die für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt notwendig ist."*

Im Dezember 1993, sieben Jahre nach der Publikation von *"Making Europe Work"* (eine relative lange Zeit gemessen an der Geschwindigkeit, mit der sonst ERT-Forderungen von der Politik übernommen werden), präsentierte die Europäische Kommission ein Weißbuch zu *"Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: Die Herausforderungen und Wege für das 21. Jahrhundert"*. Das Schlüsselwort dieses Textes ist Flexibilität, als Wegbereiter für den Abbau sozialer Sicherungen. Die *Europäische Gewerkschaftsvereinigung* reagierte schnell und verärgert auf dieses Papier und kritisierte die *"kurzsichtigen und kontraproduktiven Maßnahmen ... die so weit gehen, Löhne zu kürzen, den Hinauswurf von Leuten zu erleichtern, Beschäftigungszulagen zu reduzieren und sogar grundlegende gewerkschaftliche Rechte anzugreifen."*[20] Allerdings haben die Ansichten der ArbeiterInnenbewegung erheblich weniger Aufmerksamkeit bei den europäischen EntscheidungsträgerInnen gefunden als diejenigen der Industrie.

Marktradikalistät und Thatcherism

Trotz des geschlossenen Bildes, das von den hochglänzenden ERT-Berichten vermittelt wird, gab es auch Meinungsverschiedenheit innerhalb der Gruppe, insbesondere um die Frage von Protektionismus und unbeschränkter Freiheit des Marktes. In den 80er Jahren waren die beteiligten Konzeren mehrheitlich protektionistisch und auf einen starken europäischen Staat orientiert. Das zeigt sich auch im Wechsel der Mitgliedschaft. Erste Ausstritte gab es von den mehr global und deregulatorisch orientierten Konzernen *Shell, Unilever* und *ICI*. Der »europrotektionistische« Ansatz mißfiel auch der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die sich als einzige Regierungsvorsteherin eines großen europäischen Landes konsequent weigerte, sich mit dem ERT zu treffen.[21]

In den letzten Jahren zeichnet sich jedoch ein deutlicher Wandel in der Ausrichtung und Mitgliedschaft des ERT ab. Teilweise kann die

bremer kassiber studtzeitung für politik, alltag, revolution april 97 seite 25

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.60 (1/97) enthält u.a.:

★

Nachhaltige Propaganda für das 3.Jahrtausend

von Anti-Expo-AG

☆

Die neue Militarisierung der Gesellschaft

von Matthias Kittmann

★

Neofaschismus in der DDR

von Harry Waibel

★

Ziele und Visionen

von Noam Chomsky

✧

"Utopie" - Interview mit Birgit Rommelspacher

Weiter: Olaf Kaltmeier: Coca-Imperialismus; Thomas Wagner: Von der Suche nach der Anarchie; Ulrich Bröckling: Anarchistischer Antimilitarismus im Kaiserreich; Wolfgang Sterneck: Techno und Cyberspace; Kurzes zur Anarchistenjagd in Italien, zur Einstellung von Spezial, zu Polizeiaktionen in FFM und Stuttgart, zur PDS-Spanienkonferenz *etc.*

SF-Feminismus erscheint erst im Juli als 3/97!

Neu im Trotzdem-Verlag

Mythen des Spanischen Bürgerkriegs, 26.-DM.

Murray Bookchin: Agonie der Stadt, über Stadtentwicklung, Demokratisierung, duale Macht, Kommunalismus, 360 S., 36.-

Hellmut G. Haasis: Edelweißpiraten. Erzählungen aus dem Untergrund der Freiheit.20.-

Mark Achbar (Hg.): Noam Chomsky - Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung, 39.-DM

Peter Paul Zahl: Johann Georg Elser - Theaterstück zum Hitlerattentat, 18.-DM

Winfried Reebs: Die Suche nach dem richtigen Vernichtungsbau oder: Geschichte der Knastarchitektur, 6.-DM

✏ **ABONNIERT!**

(5 Nrn a. 68 S.): 35.-

Einzelpreis: 8.-

Wiederverkauf ab 2 Ex.: 30% Rabatt

SF★Redaktion/Trotzdem

PF 1159, 71117 Grafenau

Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273

neue, marktradikale und globalisierte Ausrichtung auf die Fusion mit der *Groupe de Presidents,* einem Elite-Dining-Club von Industriellen zurückgeführt werden, die in ihrer Mehrheit marktradikal orientiert waren. Diese Fusion ermutigte *Shell, Unilever* und *ICI* zur Rückkehr, und inzwischen ist Floris Maljers von Unilever einer der Vizepräsidenten des ERT. Angesichts der gegenwärtigen Globalisierung und dem möglichen Zugang zu neuen Märkten ist anzunehmen, daß die neoliberale Ausrichtung des ERT von Dauer sein wird.

Aussichten

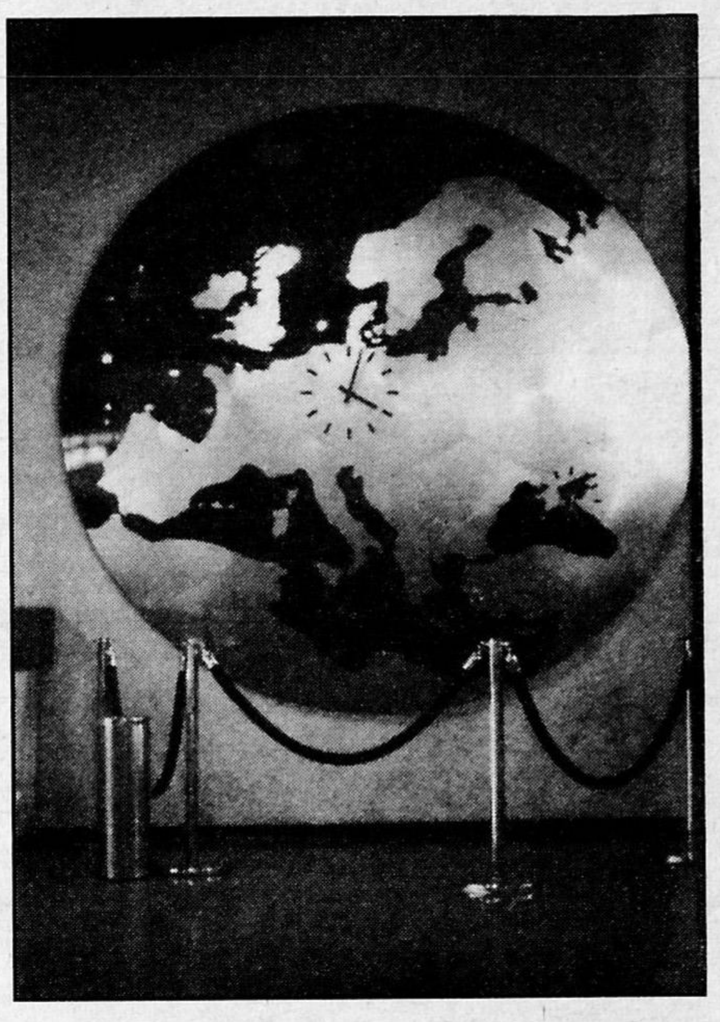
In nächster Zeit werden sich die Aktivitäten des ERT auf verschiedene Bereiche konzentrieren. Einer ist jedenfalls die Forcierung der Währungsunion, insbesondere die Beschleunigung ihrer Einführung. *"Japan hat eine Währung. Die USA haben eine Währung. Wie kann die Gemeinschaft mit 12 Währungen leben?"*[22] Jedenfalls wurde der Zeitplan für die Währungsunion aus *"Reshaping Europe"* wenige Monate später von der Kommission übernommen und in die Maastricht-Verhandlungen eingebracht.

Zweitens fordert der ERT in seinem Bericht *"Beating the Crisis"* vom Dezember 1993 einen *"Satzung für die Industrie"* und schlägt vor, daß die Kommission einen Entwurf für *"eine strategische Herangehensweise an eine wirtschaftliche Gesundung"* übernimmt, *"in der Art, daß der Industrie volles Vertrauen in der politischen Lenkung Europas geschenkt wird."*[23] Zudem wird der EU die Gründung eines Europäischen Wettbewerbsrates empfohlen nach dem Vorbild des US-amerikanischen (aber inzwischen dahingeschiedenen) Gremiums zur Überwachung der Deregulierung der Industrie. Diesem Wettbewerbsrat soll ein *"offizielles Mandat zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit als oberster Punkt auf der politischen Tagesordnung"* gegeben werden - zusammen mit Infrastrukturentwicklung - *"und zur Überwachung der Umsetzung der Satzung."*[24]

Ein drittes naheliegendes Aktionsfeld für die Zukunft ist die Vergrößerung der EU durch osteuropäische Staaten. *"Der Westen inspirierte Osteuropa zum Weg in die Demokratie und die freie Marktwirtschaft. Wir können jetzt nicht die Hilfe verweigern. Die Gemeinschaft muß sich ihren Nachbarn öffnen."* Die Gründe werden ebenfalls deutlich benannt: die Vergrößerung des Marktes für Waren und Dienstleistungen um bis zu 200 Mio. »neue« Kunden sowie *"Zugang zu natürlichen Rohstoffen, einschließlich Öl, Mineralien und Land, die allgemein knapp in Westeuropa sind."*[25]

Globaler Zugriff

Der größte potentielle Markt und die ergiebigste Quelle für Rohstoffe bleibt für die europäische Industrie dennoch die »Dritte Welt« wie im Bericht von 1993 der Nord-Süd-Arbeitsgruppe des ERT unter dem Vorsitz von Nestlé-Chef Helmut Maucher unter dem Titel "European Industry: a Partner of the Developing World" festgestellt wird. Wenig Probleme sieht man in den 100 Mrd. Dollar jährlicher Schuldenlast der »Entwicklungsländer«, da *"der Finanzfluß von wachstumsschwachen hin zu wachstumsstarken Regionen ein normales Phänomen von marktförmiger Kreditvergabe ist."*[26] - mit anderen Worten, die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer. Dennoch werden die mit diesen Schulden b»lasteten Menschen als *"ungeheueres Potential von unbefriedigten Märkten"* charakterisiert. Der Bericht ist gewürzt mit verlockenden Illustrationen dieser Märkte, z.B. *"zwei Drittel der weltweiten Nachfrage nach Autos ... werden in den nächsten Jahren aus Asien kommen."*[27] Für den Zugriff auf diese Märkte richtet sich der ERT auf globale Konkurrenz mit den USA und insbesondere Japan ein, dessen Anteil an Investitionen in der »Dritten Welt« sich zwischen 1980 und 1991 verdoppelt hat, während der der EG um 6 % sank. Aber es wird offen zugegeben, daß die Verlierer dieser globalen Konkurrenz die Unternehmen des Südens seien werden. Globaler Wettbewerb fördert *"Rivalität zwischen heimischen Gesellschaften ebenso wie Wettbewerb zwischen heimischen*



und ausländischen Unternehmen (ohne Schutz der nationalen Marktführer)."[28] *"Multinationale Konzerne sind die Marktführer bei Markenwaren, und sie verbreiten die dazugehörige Kultur, wo immer sie aktiv werden."*[29]

In der Wichtigkeit von »Marken« ist auch die schamlose Verachtung des ERT für die Kultur der »Dritten Welt« verkörpert. *"Mit einer am lokalen Markt verankerten Tochtergesellschaft ist es möglich, einheimische Ressourcen unter einem starken Markennamen zu kommerzialisieren. Wissenschaftler von Hindustan Lever (Unilever) haben bedeutende Fortschritte beim Ersatz von Ölen für die Seifenherstellung gemacht. Über 70.000 Tonnen unkonventioneller und bisher vernachlässigter einheimischer Öle (wie Sal, Neem, Kusum, Ka-*

ranja etc.) sind für die Herstellung von Seife und anderen Produkten bearbeitet worden."[30] Tatsächlich sind diese *"unkonventionellen und bisher vernachlässigten"* Öle seit Jahrhunderten von der einheimischen Bevölkerung benutzt worden. Der Neem-Baum, inzwischen Gegenstand zahlreicher Patente in japanischem und US-amerikanischem Besitz, ist zum Symbol einer Bewegung in Indien mit Demonstrationen von bis zu 500.000 Bäuerinnen und Bauern gegen den Raub ihres Wissens durch multinationale Konzerne geworden. Die »Markenkultur« und Marken-orientierte Wirtschaft« die der ERT propagiert, ist das Mittel zur Enteignung der lokal produzierten Güter der »kleinen Leute« zugunsten der Verfügbarkeit durch eine multinational kontrollierte Hierarchie, die sich damit den notwendigen neuen Markt für Autos und andere ERT-Produkte schafft.
Denzufolge ist es nicht überraschend, daß der ERT die Verhandlungen des *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) eifrigst unterstützte, die 1986 in Uruguay begannen, und alle Hebel in Bewegung setzte, diese zu einem Abschluß zu bringen.

Umgehung der Demokratie

Der ERT bevorzugt eine selektive Öffentlichkeitsarbeit, in der seine Ansichten publik werden, ohne daß sie selbst und ihre Lobby-Arbeit sichtbar werden. Innerhalb eines Monats nach der Veröffentlichung von *"Missing Links"* im Jahr 1984 erschienen über 90 Artikel bezüglich der europäischen Infrastruktur in der europäischen Presse, während die Publikation von "Beating the Crisis" 1993 Artikel über »EffizienzFlexibiliäterInnen pflegt, unter anderem JournalistInnen von *Financial Times, The Econmist, Le Monde,* der *Süddeutschen Zeitung, De Standaard, La Repubblicca* und vom *Spiegel.*

Erst in jüngerer Zeit ist Umwelt- und sozialen Bewegungen deutlich geworden, wie sehr das, was als die Politik und das Vokabular der europäischen Integration angesehen wird, von einer Handvoll profitorientierter Organisation geformt worden ist. Bei einer Demonstration vor dem ERT-Büro in Brüssel stellte die britische Aktivistin Kate Geary fest: *"Der ERT ist mit anderen Lobby-Gruppen in Brüssel nicht vergleichbar. Durch seine personellen Kontakte legt es die Tagesordnung für Europa fest. Allerdings ist das Problem weniger der ERT als der Umstand, daß die EU hochgradig undemokratisch organisiert ist."*

Die Antwort des ERT auf Aktivitäten, die die Operationen dieser Organisation und ihre Geheimniskrämerei angreifen, kann dem ERT-Bericht *"Missing Networks"* entnommen werden: *"Dem zunehmenden Erfolg von Organisationen, die für ökologische Bürgerrechte eintreten, muß eine erfolgreichere Organisation der Befürworter von Veränderung und Wachstum entgegengesetzt werden."*[31]

Es bleibt abzuwarten, ob die Ritter der Europäischen Tafelrunde ihren Kampf gegen die Rechte der BürgerInnen öffentlich weiterführen wird, oder ob sie einfach weiter in die Ohren geneigter PolitikerInnen flüstern.

Ann Doherty und Olivier Hoedemann

Die AutorInnen sind MitarbeiterInnen von Action for Solidarity, Equality, Environment and Developement (A SEED), einem weltweiten Netzwerk von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen.

Übersetzung: Martina Koelschtzky (Forum Wissenschaft)

(Der Texte wurde von der Redaktion gekürzt)

Anmerkungen

1) Dieser Beitrag ist die von der Redaktion gekürzte Fassung eines Artikels der Zeitschrift *Forum Wissenschaft* 1/97, die ihn aus *The Ecologist*, Vol.24, Nr.4, Juli/August 1994, mit dem Titel *"Misshaping Europe"*, S.135-141 übernahm. Unter dem gleichen Titel gibt es ein ausführliches Material sowie ein weiteres zum Thema unter dem Titel *"Boosting the Crisis"* für jeweils 5 Pfund von *A SEED*, einem weltweiten Netzwerk von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Zu bestellen bei A SEED Europe, Postbus 92066, 1090 AB Amsterdam, NL.

2) vgl. ERT, Reshaping Europe, Brüssel 1992, S.2

3) vgl. Green, M.L., The Politics of Big Business in the Single Market Program, Papier für die *European Communitiy Studies Association,* 3. Jahreskonferenz am 27.5.1993 in Washington DC, S.16. Die Gründungsmitglieder des ERT sind gleichzeitig diejenigen mit dem meisten Einfluß und aus den größten und global orientierten Konzernen der Gruppe. Die Anzahl der Mitglieder schwankt zwischen 40 und 45. Wenn Konzernleiter die Gruppe verlassen, werden neue rekrutiert, aber auch die früheren Mitglieder bleiben in enger Verbindung mit dem ERT. So ist z.B. *Shell* offiziell kein ERT-Mitglied mehr, nimmt aber weiterhin aktiv an Arbeitsgruppen teil und trug z.B. maßgeblich zum 1993er Bericht des ERT bei. ERT, *European Industry: A Partner of the Developing World; Foreign direct Investment as a Tool für Economic Development and Cooperation - Suggestions für Future Improvements,* Brüssel 1993

4) ebd., S.35

5) ERT, Beating the Crisis, Brüssel 1993, S.1

6) vgl. Green, a.a.O., S.33

7) van Apeldorn, B./Holman, O., Transnational Class Strategy and the European Integration. The Role of the European Roundtable of Industrialists. Papier für die 35. Jahreskonferenz der *International Studies Association,* Washington DC 1994, S. 21

8) vgl. Green, a.a.O., S.33

9) Hâlen, J./Thoren, R., Det hänger pa kontakterna, *Metallarbetaren,* April 1993, S.3

10) In Brüssel arbeiten Tausende von professionellen LobbyistInnen für die Industrie, die 96 % aller Lobbyarbeit auf der europäischen Ebene bestreiten. Vgl. Hâlen/Thoren, a.a.O.

11) vgl. ebd.

12) ERT, Beating the Crisis, a.a.O., S. 15

13) Zit. nach: A SEED Europe, Misshaping Europe, Amsterdam 1993, S. 11

14) vgl. Van Apeldorn, a.a.O., S. 10f

15) vgl. ERT-Broschüre, September 1993

16) vgl. Van Apeldorn, a.a.O., S. 11

17) ERT, Education and European Competence, Brüssel 1989, S.4

18) ebd. S.8/9

19) ERT, Reshaping Europe, a.a.O., S.25

20) European Trade Union Confederation, Preliminary European Trade Union Conference contribution to the Commission White Paper, Brüssel 1993, S.4

21) vgl. Green, a.a.O., S.34

22) ERT, Reshaping Europe, S.46. Das ERT-Mitglied Etienne Davignon, Vorsitzender der *Société Generale de Belgique* und früherer EG-Kommissar für Industrie, ist Vorsitzender einer anderen Lobby-Gruppe, der *ECU Banking Association*, die sich um die schnelle Errichtung der europäischen Währungsunion bemüht. S. *De Financieel Ekonomische Tijd* vom 18. Juni 1994

23) ERT, Reshaping Europe, a.a.O., S.49

24) ebd. S.48

25) ebd.

26) ERT, European Industry: ..., a.a.O., S.IX

27) ebd. S.7

28) ebd., S.43

29) ebd., S.15

30) ebd.

31) ERT, Missing Networks, Brüssel 1991, S.16

KOMBO (P)

KOMBO@riffraff.ohz.north.de
Kombo(p) · Sielwall 38 · 28203 Bremen
Bürozeiten Mo. 16-18 Uhr

Unsere Homepage ist da !

http://www.ohz.north.de/user/kombo/home.htm

ihr findet dort neues aus Bremer Kultur und Politik (z.B. Kassiber, ZAKK), Links zu anderen spannenden Homepages und andere Baustellen...

surf them down!

Die Attacken gegen die „Wehrmachtsausstellung" gehen weiter

Von Soldaten und Historikern

Nachdem die Bremer CDU im vergangenen Herbst zuerst aus vorgegebenen formalen Gründen vergeblich versucht hatte, die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" im Bremer Rathaus zu verhindern, schoß sie sich daraufhin auf die Ausstellungsmacher, die (vermeintlichen) Aussagen der Ausstellung und ihre Konzeption ein (siehe kassiber #30). Die inzwischen weltweit verfolgte Debatte über die Ausstellung hat allerdings nun außerhalb von Bremen in der "Hauptstadt der Bewegung" ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Reichsfachtagung in Schildbürga

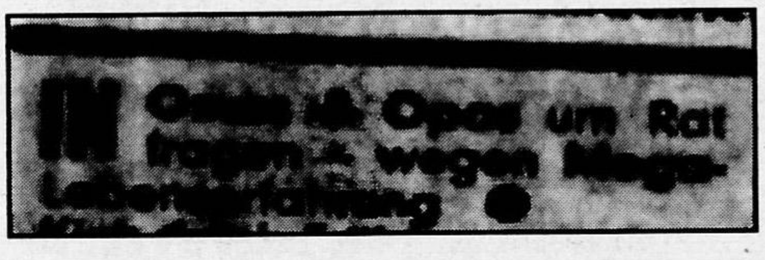
Zur gleichen Zeit wie in München führt in Bremen das Geplän-kel zwischen christlich demokratischen Revanchisten und SozialdemokratInnen zu einem großkoalitionären Schildbürgertum.
Doch zunächst einmal dort weiter, wo wir beim letzten Mal stehengeblieben waren:
Die immer noch um Abgrenzung in der großen Koalition, als auch um nationale und militärische Tugendsamkeit, bedachte CDU konnte den Konflikt, den sie einmal angezettelt hatte, nicht einfach ergebnislos abbrechen. Einerseits sah sie sich selbst der Realität ausgesetzt, in der Auseinandersetzung inhaltlich deckungsgleich mit Faschisten zu erscheinen, zum anderen wurde deutlich, daß dieser Stimmenfang am rechten Rand nicht unbedingt den Nerv der Mehrheit der CDU-Klientel traf, welche schweigsame Ignoranz dem heuchlerischen Protest vorzog. Also wurde gegenüber ihrem Koalitions"partner" Druck ausgeübt, zumindest die geplante ausstellungsbegleitende historische Fachtagung möglichst bald stattfinden zu lassen und nach ihren Vorstellungen umzugestalten.

Das wissenschaftliche Stelldichein wurde also kurzfristig vorverlegt auf den 26. Februar und sollte nun inhaltlich geprägt sein von den Zielsetzungen der CDU, somit zu einer Gegenveranstaltung zur Ausstellung umfunktioniert werden. Als ebendieses Anliegen von linksliberalen HistorikerInnen (wie zum Beispiel Manfred Messerschmidt) und den MitarbeiterInnen des Hamburger Instituts für Sozialforschung durchschaut wurde, sagten diese kurzerhand ihr Kommen ab. Die Fachtagung drohte zu einer Tagung ohne Fachleute zu verkommen, für die CDU zeichnete sich eine Blamage ab.
Daraufhin erhandelte sich die große Koalition wieder einmal einen Kompromiß. Sowohl CDU als auch SPD luden nun zur Tagung ihre jeweilige Klientel ein, letztere mit deutlicher Zurückhaltung, um der Tagung den Charakter eines Zugeständnisses an die CDU nicht zu nehmen.

Die Ausstellungsmacher und Jan Phillip Reemtsma sagten offenkundig widerwillig ihr Erscheinen doch noch zu und so versammelten sich am besagten Datum eine handvoll liberaler und zwei handvoll überhaupt nicht liberaler Historiker auf dem Podium, um die kommende Ausstellung zu diskutieren. Als ZuhörerInnen saßen ihnen rund 300, zum größeren Teil von der CDU eingeladene, BremerInnen und Nicht-bremerInnen gegenüber, einige von ihnen in Uniform, die meisten im Rentenalter. Es war in erster Linie eine Veranstaltung alter Männer, die "dabeigewesen" waren und aus ihrer subjektivistischen Geschichtswahrnehmung heraus eine historische Wahrheit glauben ableiten zu können.

Zu Beginn bemühte sich der als moderat geltende Historiker, Ex-Leutnant und ehemalige Mitarbeiter im Verteidigungs-ministerium, Hans-Adolf Jacobsen, mit einem ausgedehnten "Ja, aber..." den nationalen Konsens als kleinsten gemeinsamen Nenner für alle Anwesenden festzuschreiben. So versuchte auch er, nationalsozialistische Ideologie und Wehrmacht voneinander zu trennen und zielte damit auf eine nationalistische Rehabilation deutscher Soldaten ab. Zwar wehrte er sich gegen Relativierungen bei der Beteiligung der Wehrmacht am Massenmord, jedoch appellierte auch er immer wieder für die verminderte Schuldfähigkeit der Deutschen. So seien ja die "Ziele des NS den Deutschen nicht bekanntgegeben" worden, zudem hätte die Wehrmachts-spitze bei der Verhinderung der Verfolgung der Juden "versagt".

Jacobsen ließ hierbei allerdings aus, daß die Ideologie des NS nicht erst "bekanntgegeben" werden mußte, sondern vom größten Teil der Deutschen seit '33 und auch schon davor bereitwillig aufgenommen worden war - die Grundzüge der NS-Ideologie fielen nicht der öffentlichen Geheimhaltung anheim, sondern



wurden im Gegenteil offensiv in die Gesellschaft eingebracht. Es kann daher auch nicht von einem "Versagen" der Wehrmachtsspitze beim Verhindern des Holocaust gesprochen werden, weil der Wille zum Verhindern von vorneherein gar nicht der ihr eigenen Verinnerlichung der nationalsozialistischen Ideologie entsprach. Es konnte nicht dort versagt werden, wo ein entsprechender Anspruch nicht einmal vorhanden war.
Bemühte sich Jacobsen noch durch historisches Lavieren, die Wogen einigermaßen zu glätten, begann nach ihm das Tribunal gegen die Austellung und ihre Macher. So durfte Bernd Neumann (CDU) noch einmal seine bekannte Anklage gegen die Ausstellung erheben und wurde dabei von den (Ex-)Soldaten auf dem Podium unterstützt:
Dem nationalistischen Freiburger Historiker Günther Gillessen ging es vor allem um eine "kritische Würdigung der Wehrmacht", obwohl diese "politisch versagt" hätte. Im Gegensatz zu Jacobsen sprach er von der ganzen Wehrmacht, die da angeblich versagt hätte, schränkt jedoch ein, - nur "politisch". Entschuldigend warf er zudem ein, daß Gewalt ohnehin ein "Urproblem der Menschheit" sei, und macht somit den ideologisch begründeten Massenmord der Deutschen zu einem völlig beliebigen Aspekt in der Menschheitsgeschichte. Er ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er die Wehrmachtsangehörigen als quasi Widerständler zum NS-System hochstilisierte, denn von vielen wäre ja die Wehrmachtskarriere dazu genutzt worden, sich der Kontrolle der Partei zu entziehen.

Hannes Heer, der die Ausstellung konzipiert hatte, reagierte sichtlich genervt auf die von allen Seiten vorgebrachten Anschuldigungen, beschränkte sich aber in erster Linie auf das Klarstellen von Details und erklärte noch einmal die Konzeption der Ausstellung, die eben nicht auf einer reinen Darstellung von Kriegführung fußt, sondern gerade deren Zusammenhang mit rassistischer Politik und Ideologie als wesentlich sieht. Daher ginge es bei ihr nicht um eine rein militärische Problematik, zu der sie viele der Anwesenden zu machen versuchten.

Jan Phillip Reemtsma beschränkte sich in seiner Darstellung vorrangig auf das Problem der Gewalt als Ausdruck der Moderne, geht dann aber als einziger auf dem Podium auf die Frage nach der Moral ein, die er als "kognitives Instrument" bezeichnete. So hielte der eine Soldat das im Krieg Gesehene von vorneherein für verbrecherisch, während viele andere nur das "undifferenzierte Einerlei des Krieges" wahrnähmen und als etwas Vages zum Teil verurteilten.

Mit dieser vagen Verurteilung wurde dann auch fortgefahren, außer Gillessen schossen sich der Generalmajor a.D. Gottfried Greiner, Prof. Hans-Ullrich Thamer aus Münster, Generaloberstabsarzt a.D. und Prof. Dr. med. Ernst Rebentisch, Brigadegeneral a.D. Günther Roth auf die Ausstellung ein. Zum einen wurde immer wieder die angeblich unseriöse Machart der Ausstellung angegriffen, denn eine Ausstellung müsse ja doch immer abwägen, zum anderen ein, inhaltlich nach rein militärischen Gesichtspunkten ausgerichtetes, Sammelsurium deutscher Apologetik zusammengetragen. So sei zum Beispiel nicht klar gewesen, ob es sich bei einer der dargestellten Massenexekutionen nicht vielleicht um eine "gerade noch vertretbare Maßnahme - etwa gegen Partisanen" gehandelt habe[1].

Solche und ähnliche Aussagen machten vermehrt deutlich, als wie selbstverständlich diese ehemaligen Bundeswehrbefehlshaber die Durchführung der als "Maßnahmen" umschriebenen Massenmorde ansahen, was ihrer rein militärischen Sichtweise auf die Verbrechen der Wehrmacht entsprach. Diese Sichtweise ließ von vorneherein keinen Zweifel daran, daß es sich bei den FreiheitskämpferInnen der PartisanInnen um "Verbrecher" gehandelt hätte. So wie die alten Soldaten die Wehrmacht kontinuierlich zu entpolitisieren suchten und laufend von einem "Mißbrauch" der Wehrmacht durch einige wenige "Verbrecher" sprachen, unterstellten sie den Machern der Ausstellung umso mehr eine rein politische Zielsetzung bei der Konzeption der Ausstellung. Diese wolle "die heutige Generation indoktrinieren" und sei somit eine "Polemik mit destruktivem Hintergrund"[2] .

Der Berliner Historiker Wolfgang Benz, einer der renommiertesten deutschen Holocaust-Forscher, hielt dem entgegen, daß das Leiden der Opfer vollkommen außerhalb des Bewußtseins der Deutschen liege, was diese versammelten Entschuldiger ja nur allzusehr bestätigt hätten. Zudem würden immer wieder "angebliche oder tatsächliche Greuel" der Roten Armee als nachträgliche Legitimation des Krieges von deutscher Seite benutzt. Es läßt sich hier anmerken, daß das Leiden der Opfer den Deutschen in dem Moment bewußt war, wo sie nämlich sich selbst als "Opfer", "Verführte" oder "Mißbrauchte" sahen und somit jeden Bezug auf die wahren Opfer des NS zu relativieren versuchten. Die Tagung endete schließlich in einer offenen Diskussion, die auch wieder in erster Linie von alten Revisionisten und ihren Anklagen geprägt war, unter ihnen der von der NPD gern zitierte Rüdiger Proske (s. kassiber #30).

Unterm Strich wurde aber daran festgehalten, hier ein schönes Stück "Streitkultur" vorexerziert zu haben, im Gegensatz zur Entwicklung in München, wo ja, recht unschön, der Streit um die Ausstellung auf der Straße ausgetragen worden sei. Die Lehren aus der Münchener Auseinandersetzung ziehend und auch generell im Streite etwas erlahmt, wurde nun doch festgehalten, daß die Ausstellung im Bremer Rathaus zu sehen sein wird, zugleich konnte sich die CDU erleichtert fühlen, in einer öffentlichen Inszenierung ihre revisionistischen Ansichten eingebracht zu haben. Alles war ganz demokratisch, der Schlagabtausch, der doch etwas außer Kontrolle geraten war, schien nun eingedämmt.

Als letztes Kapitel folgte nun noch die Sitzung des Koalitionsausschusses knapp eine Woche später, wo der CDU als letzte Konzession zugebilligt wurde, dem Schildbürgermeister aufzutragen, daß am Rathauseingang während der Ausstellung eine Tafel anzubringen sei, auf der die unmündigen BesucherInnen darauf hingewiesen werden sollen, daß "der größte Teil der deutschen Soldaten keine Verbrecher gewesen" sein sollen. Und außerdem soll dann irgendwann einmal noch in der Unteren Rathaushalle eine Ausstellung stattfinden, in der der "Widerstand innerhalb der Wehrmacht" überbewertet werden soll.

„Soldaten, schützt diese Kinder vor dem Hungertod. Vernichtet die deutschen Banditen!“

Zur Mentalität deutscher Soldaten

Die immer wieder gerade von Seiten der CDU aufgeführte These, die Wehrmacht sei "als Instrument nationalsozialistischer Aggressionspolitik mißbraucht worden"[3] , oder wie es Rudolf Augstein im Spiegel formulierte, daß die "ehrbare Wehrmacht, eine ehrbare Armee, den kranken Plänen eines irren Führers"[4] gefolgt sei , dient in erster Linie dazu, die Wehrmacht zu entpolitisieren und ihr, für die Bundeswehr traditionsbildend, "normale Maßstäbe und Verhaltensnormen (...) wie Pflichtbewußtsein, Gehorsam, Tapferkeit und Opferbereitschaft"[5] zuzusprechen. Da hat sich seit der Nachkriegszeit in der BRD nicht viel geändert. Wurde doch die Wehrmacht auch nach 45 von der großen Mehrheit der Deutschen als legitim patriotische, extrem effiziente und zudem durch und durch unideologische Institution gesehen. Und so blieb damit ihr Erbe ein wesentlich sinnstiftendes Moment bei der Rekonsolidierung Deutschlands. Später konnte sie dementsprechend als traditionsbildendes Element für die neuzuschaffende Bundeswehr herhalten, im nationalen Diktus ging es schließlich bei beiden Armeen ausschließlich um die Verteidigung der territorialen Integrität Deutschlands.

Die ideologisierte Wahrnehmung der Wirklichkeit hatte nicht nur eine entscheidende Wirkung auf Motivation und Verhalten während des Krieges, sondern prägte auch verhältnismäßig bruchlos das Verständnis der Vergangenheit in der BRD, sie wurde nicht durch eine Wahrnehmung von Schuld und

Verantwortlichkeit ersetzt. Fest steht, die Wehrmacht läßt sich nicht trennen von der nationalsozialistischen Ideologie und damit wird sie auch nicht im Nachhinein reformierbar, genausowenig wie das NS-System selbst.

Zuallererst stand die Verinnerlichung des Soldatischen und der allgemeine deutsche, rassistische Militarismus dem NS nicht diametral gegenüber, sondern bedingten ihn ausdrücklich in seiner Ideologie.Innerhalb der Wehrmacht selbst stellte das ideologische Konzept der "Kampfgemeinschaft" die militärische Version der "Volksgemeinschaft" des ganzen deutschen Volkes dar. Hierzu schreibt der Historiker Omer Bartov: "Während das Nazi-Ideal der 'Volksgemeinschaft' niemals vollständig erreicht wurde, haben viele Deutsche, insbesondere Soldaten, im Krieg ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer herausgehobenen nationalen, kulturellen und 'rassischen' Gemeinschaft empfunden."[6]
Bartov spricht hier von einem Zusammenwirken von Brutalität und Mentalität, wobei letzteres das erstere bedingt. Sicherlich können nicht alle Wehrmachtsangehörigen als politisch definierbare Nazis angesehen werden, jedoch verinnerlichte die übergroße Mehrzahl von ihnen die Nazi-Präsentation und -Interpretation der Wirklichkeit.Diese Verinnerlichung bei den meisten deutschen Soldaten, zeigt sich zum Beispiel in Feldpostbriefen, in denen immer wieder das nationalsozialistischen Bildes vom primitiven, gewalttätigen Russen übernommen wurde, gegen den jedes Mittel der Bekämpfung recht zu sein schien.[7] Viele deutsche Soldaten haben dementsprechend an Massenmorden mitgewirkt. Die Mehrzahl der Soldaten tat dies nicht. Mit Sicherheit hätten jedoch viele von ihnen dies ebenso getan, wenn es von ihnen verlangt worden wäre oder sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten.

Und heute soll nun wieder aus der soldatischen "Kampfgemeinschaft" eine deutsche "Volksgemeinschaft" geschaffen werden, wenn beispielsweise davon gesprochen wird, daß "das Andenken von Millionen Toten des eigenen Volkes der Verdammung"[8] preisgegeben würde.

Günther Feind

Anmerkungen:
1 Gillessen, zit. nach "Weser Kurier" v. 27.2.97

2 Rebentisch, zit. ebd.

3 aus einer "Dokumentation" der CDU, die auf der Tagung verteilt wurde.

4 Spiegel 11/97

5 CDU-"Dokumentation"

6 Omer Bartov, in: "Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945" hg. von Peter Jahn und Reinhard Rürup

7 vgl.: Klaus Latzel, in: "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44", hg. von Hannes Heer und Klaus Naumann

8 aus einem Flugblatt des "Verbandes deutscher Soldaten, Dachorganisation Bremischer Soldatenverbände", welches auf der Tagung auslag und mit 12.389 gesammelten Unterschriften aus dem Bundesgebiet gegen die Ausstellung protestierte.

Vernichtungskrieg und Generationsfrieden

Die faschistische Mobilmachung am 1. März in München, so konstatierte die FAZ, kam einem Anschlag auf das Ansehen der Stadt gleich. Dort präsentierte die Isarmetropole ein besonderes Erwachen deutscher Frühlingsgefühle; generationsübergreifend wurde an die Seele der deutschen Volksgemeinschaft appelliert, sich nicht etwa aus den "Martern der Geschichte"(FAZ) zu befreien, sondern die postive Bezugnahme auf Elemente des Nazismus im allgemeinen und der Rolle der Wehrmacht im besonderen zu postulieren: "Hoch die nationale Solidarität", war die sinn- und identitätsstiftende Parole des in München stattgefundene Schulterschlusses von faschistischen Gruppen und konservativen Parteien.
Die Demonstration in München dokumentiert am nachhaltigsten die These, daß die subtile Faschisierung des wiedervereinigten Deutschlands ein Prozeß aus der Mitte der Gesellschaft ist. Die Hoffnung Jan Phillip Reentsmas, daß die Austellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung - ein halbes Jahrhundert danach - das Schweigen des deutschen Kollektivs aufbrechen könnte, avanciert in Anbetracht der generationsübergreifenden Solidaritätsbekundungen mit den TäterInnen des Nationalsozialismus zu einer Mythenbildung. Das alte Gesicht des neuen Deutschlands hat in München an Konturen gewonnen. Das Nachwirken des Nationalsozialismus verläßt - innerhalb der Auseinandersetzungen um die Wehrmachtsaustellung - die Spähre der Tabuisierung zu einem offenen Bekenntnis zur soldatischen Tradition Deutschlands. In München polarisierten sich die Fraktionen: einerseits in das Lager derer, die über die Austellung eine Befriedung und Historisierung deutscher Geschichte anstreben, andererseits der in Deutschland nicht kleinen Zahl von Menschen, die sich explizit auf die rassistische und antisemitische Motivation der TäterInnen bezieht. Es stellt sich die Frage, inwieweit der Bruch zwischen den Generationen überhaupt real existiert.
Der Historiker Hannes Herr betonte als Nachkomme der Tätergeneration bei einem Vortrag in Regensburg, daß "der Frieden zwischen den Generationen" nur wieder hergestellt werden könne, wenn der "Wahrheit" ins Gesicht geschaut würde. Doch die Generationen, zwischen denen Heer sich Frieden wünscht, sind die der Tätergesellschaft. Die Opfer und ihre Nachkommen kommen in seiner "Friedens"-perspektive nicht vor. Allein den Friedenschluß als Ziel zu setzen, ignoriert die Opfer, für die das aus gutem Grund jenseits aller Vorstellung liegen kann. Heers Vortrag in Nürnberg endet mit den Worten "Die Wahrheit über den Vernichtungskrieg und die Verbrechen der Wehrnmacht ist zumutbar, sie kann uns (sic!) frei machen". Das Bild einer Gesellschaft zu deren endgültiger Zivilisierung nur noch das letzte Tabu - die Legende der "sauberen Wehrmacht" - fallen muß klingt auch bei Jan Phillip Reentsma an, wenn er schreibt: "Dann wäre das ein halbes Jahrhundert währende kollektive deutsche Schweigen über die Wirklichkeit des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion und auf dem Balkan jene Zeit, welche die deutsche Gesellschaft gebraucht hat, um den moralischen Rahmen wiederzugewinnen, in dem das Verbrechen des Vernichtungskrieges erst zur öffentlichen Debatte gestellt werden konnte."
Reentsma sieht sich als Teil einer "scientific community", deren "Historiographie des Nationalsozialismus auf einem moralischen Konsens besteht". Es gäbe keine "pro-nationalsozialistische Geschichtschreibung", beziehungsweise wo es sie gäbe, würde sie nicht als wissenschaftlich akzeptiert und fände keinen Einlaß in eben jene "scientific community". "Die Historiographie des Nationalsozialismus ist sich über den Charakter des Regimes sowie über die Verbrechen, die es begangen hat, einig". Wenn Mitgliedern der community Verharmlosung des Nationalsozialismus unterstellt würde, sei dies - wie bei Ernst Nolte - gleichzeitig ein Ausschlußgrund. Als ob es für den politischen Wirkungsgrad von Noltes Rehabilitierung des Nationalsozialismus von Bedeutung wäre, wenn er bei Reentsmas "scientific community" nicht mehr mitmachen darf.
Und Hannes Heer sah sich durchaus veranlaßt, am 1. März in Gasteig über die Frage: "Die Wehrmacht - eine verbrecherische Organisation?" auch mit Günther Gillessen zu diskutieren, der den Angriff der Wehrmacht gegen die Sowjetunion als Präventivschlag bezeichnet und das Buch von Joachim Hoffman "Stalins Vernichtungskrieg 1941 - 1945" rückhaltlos zustimmend in der FAZ bespricht. In welche Richtung auf jeden Fall Grenzen gezogen werden, ist nach Links. Eine Zusammnenarbeit etwa mit der "Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus/Bund der Antifaschisten" (VVN/BdA) bei der Durchführung vor Ort war für das Hamburger Institut für Sozialforschung ausgeschlossen.
Um in der Mitte der Gesellschaft und der Mitte der Stadt (Rathaus) notwendige Prozesse in Gang zu setzen, mag es als taktisch sinnvoll und wichtig erscheinen, den Geruch von Kommunisten und anderen Randgruppen zu vermeiden und sich auf ein Fragestellung zu konzentrieren, die die Fragen nach der Motivation der Täter und der nicht nur personellen Kontinuität von Wehrmacht und Bundeswehr außer acht läßt. Offensichtlich geht es aber nicht nur um Taktik. Mit der Frage konfrontiert, ob die Austellung nicht zur Entschuldung der deutschen Soldaten, deren "Lebensumstände, die Zwänge des Partisanenkrieges, die Verrohung durch den Krieg zumindest als Erklärungsmuster" mit einbeziehen hätte müssen, erwidert Hannes Heer, sie hätte diese Fragen ausgeblendet, da das Hamburger Institut zu klein sei um die "Mentalitätsgeschichte" von Soldaten zu erforschen.
Von anderer Seite nach den Beweggründen der deutschen Täter gefragt, behauptet er, daß das Austellungsteam fieberhaft aber erfolglos nach Antworten und Expertisen dazu gesucht habe, und versäumt es trotzdem nicht Daniel Jonah Goldhagen ("Hitlers willige Vollstrecker") als "jungen Proffesor" zu disqualifizieren, dessen Aussagen er nicht zustimme. Es könne schon Rassismus vorhanden gewesen sein - Antisemitismus? - das würde er so nicht sagen, daß wüßte man nicht genau, das grundlegene Element in der Wehrmacht sei vermutlich Autoritätshörigkeit gewesen.
Wir legen die Austellung allen wärmstens ans Herz. Anschließende Diskussionen mit Eltern und Großeltern auch. Nicht um des Friedens Willen.

---

jakob kreutzfeld/redaktion zweite Hand/München

Termine

Mi., 2. April

„Autonomie - Die Welt und was dazu gehört, ist nur für mich allein“, Veranstaltung im Männercafe. Cafe ab 19, Veranstaltung ab 20 Uhr, Lagerhaus, 3. Etage.

Sa., 5. April

Agit-Pop-Disco. Tanzveranstaltung zur Finanzierung linker und linksradikaler politischer Projekte. 22 Uhr, Buchtstr. 14/15

Mi., 16. April

Öffentliche Führung durch das Krankenhaus-Museum Bremen-Ost und die Anlage der Bremer Irrenanstalt, 16 Uhr, Züricher Str. 40

Fr., 18. April

Solikonzert für die Hetendorf13 Verfahren, mit peace of mind, catweazle u.a.. 20 Uhr, Alhambra, Hermannstr. 83, OL

Neuerscheinung:

»Zwangsarbeit bei Ford«

Inhalt u.a.:
- ◆ Dokumentation einer Ausstellung
- ◆ Interviews mit ehemaligen

ZwangsarbeiterInnen und Fritz Theilen, damals Lehrling bei Ford, Edelweißpirat und auch heute Antifaschist;

136 Seiten, 40 Abbildungen
ISBN 3-932248-01-5
für 12.- DM im Buchhandel
oder zu beziehen bei:
Anares-Medien Köln, Buchhandlung »Schwarz auf Weiß«
Venloer Str. 220, 50823 Köln;
Fax 0221/5107024

Mo., 21.-Fr., 25.5. April

Bremer Freiheit 2000: Unbezahlbar? - Zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Perspektive Bremens. Bildungsurlaub, Schlachthof.

Mi., 23. April

„Woher nahm Adenauer die Generäle für die Bundeswehr“, Veranstaltung des VVN mit Lorenz Knorr. 19.30 Uhr, Stephani-Gemeindehaus, Faulenstr. 106

Sa., 26. April

Die Rebellion der Habenichtse. Der Kampf für Land und Frieden gegen deutsche Kaffebarone in Chiapas. 19 Uhr, Bvortragsraum im Überseemuseum

Sa., 5. April

Agit-Pop-Disco. Tanzveranstaltung zur Finanzierung linker und linksradikaler politischer Projekte. 22 Uhr, Buchtstr. 14/15

Sai., 3 Mai

50 Jahre VVN-Bund der Antifaschisten (mit Georg Gumpert, Rolf Gössner, Gruppe ARGUS), 19 Uhr, Angestelltenkammer, Buchtstrasse

Di., 20. Mai

„Agenda 21 - Was ist das? Veranstaltung von econtur. 15-16.30 Uhr, Ökologiestation, am Güthpol 9

Mi., 21. Mai

„Ohne Waffen gegen Hitler. Beispiele zivilen Ungehorsams gegen die NS-Okkupation", Veranstaltung der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung. 20 Uhr, Villa Ichon

Mi, 4. Juni

"Mit dem Schiff zum Bunker Valentin", Kommentierte Schiffstour, 17 Uhr, Martinianleger

"Das Schweigen zwischen den Generationen", Veranstaltung von Pax Christi, 19.30 Uhr, Kolpinghaus (Kolpingstraße)

Sa,. 7. Juni

Agit-Pop-Disco. Tanzveranstaltung zur Finanzierung linker und linksradikaler politischer Projekte. 22 Uhr, Buchtstr. 14/15

"Schwestern, vergeßt uns nicht"

So heißt eine vom Studienkreis Deutscher Widerstand in Zusammenarbeit mit der Lagergemeinschaft Ravensbrück erstellte Ausstellung über Frauen, die in den Jahren 1933-1945 in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück interniert waren. Sie wurden von den Nazis verfolgt und ermordet, weil sie aus politischen oder religiosen Gründen Widerstand leisteten, weil ihnen aus "rassischen Gründen" das Lebensrecht verweigert wurde - wie Jüdinnen und Sinti und Roma - und/oder weil sie als sozial "minderwertig" eingestuft wurden. Sogar Kinder wurden in Konzentrationslager verschleppt und ermordet.

In der heutigen Zeit der Verdrängung und des anwachsenden Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus halten wir eine solche Ausstellung für notwendig und außerordentlich wichtig, damit das, was in den Jahren nationalsozialistischer Herrschaft geschehen ist, niemals vergessen wird. Daher haben wir diese Ausstellung in diesem Jahr nach Bremen geholt. Sie war im März 1997 für die Dauer von drei Wochen in den Räumlichkeiten des Fuhrparks, Buntentorsteinweg, zu sehen. Parallel dazu gab es eine Veranstaltungsreihe mit Zeitzeugmnen und Überlebenden der Konzentrationslager. Da wir es für wichtig halten, gerade auch die jüngere Generation anzusprechen, haben wir eine engere Zusammenarbeit mit den Bremer Schulengesucht, sowie spezielle Veranstaltungen für Schulklassen angeboten.

Auch jetzt noch benötigen wir für die angefallenen Kosten des Projektes etwa DM 30.000. Für den Besuch der Ausstellung und der Veranstaltungen haben wir keinen Eintritt genommen, daher sind wir fast ausschließlich auf Spendengelder angewiesen. Falls Ihr uns unterstützen wollt, überweist das Geld bitte auf folgendes Spendenkonto.

I. Heydt, Konto-Nr.: 1246 1505, Sparkasse Bremen (BLZ 290 501 01).

Fraueninitiative für eine Ausstellung und Veranstaltungsreihe zu den ehemaligen Frauenkonzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück

c/o Autonomes feministisches Referat im AStA der Uni Bremen, Bibliotheksstraße 1, 28359 Bremen

Bemerkungen zur Ausstellung zu den JugendKZs Moringen und Uckermark

"Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben"

Fast 3000 Kinder und Jugendliche aus dem gesamten Reichsgebiet und von Deutschland überfallenen Ländern wurden ab 1940 bzw. 1942 in den beiden JugendKZ Moringen (bei Göttingen) und Uckermark (angegliedert ans FrauenKZ Ravensbrück) interniert. Wie hierzulande üblich, wurde die Existenz dieser KZs erst in den 80ern wieder thematisiert. Nach dem ebenso unausweichlichen "Das war ja gar nicht"-Geschrei machte sich die „Lagergemeinschaft und Gedenkstätteninitiative KZ Moringen e.V." mit Hilfe der Hans-Böckler-Stiftung daran, die Existenz von JugendKZ aufzuarbeiten und einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren.

Ein Ergebnis war die Ausstellung "Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben". 1991 fertiggestellt, war sie nach 1994 (damals in der Unteren Rathaushalle) im Februar zum zweiten Mal in Bremen, wenn auch nur für eine Woche in den Räumen der Naturfreundejugend.

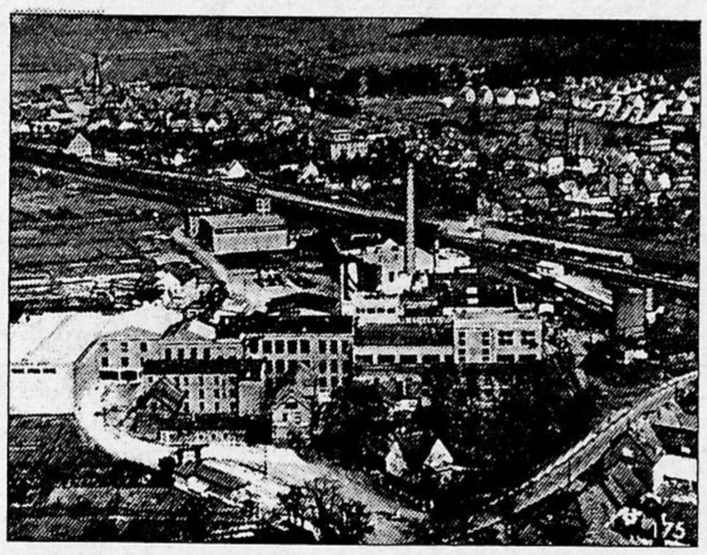
Die Ausstellung ist sehr dicht gedrängt. Auf den 32 Tafeln sind Fotos zum Teil übereinander gelegt, Dokumente sehr klein reproduziert, auch die Schrift ist relativ klein. Das hat es für mich jedenfalls sehr mühsam gemacht, sie von vorne bis hinten mit Aufmerksamkeit durchzugehen. Ich kann aber die AutorInnen der Ausstellung gut verstehen, denn im Grunde ist die Aufteilung sehr logisch und jeder Abschnitt eher knapp gehalten. Nach einigen Tafeln, die sich grundsätzlich mit Jugend im Nationalsozialismus beschäftigen, folgen einige wenige, die den Weg nachzeichnen, wie es zur Entscheidung für Jugend-KZs kam. Am Ende schließen einige Tafeln zur Aufarbeitungsgeschichte die Ausstellung.

Dazwischen liegt in zwei Kapiteln der ausdrückliche Schwerpunkt der Ausstellung. Es soll dem Geschehen in den beiden Lagern nachgespürt werden. Insbesondere sollen aber die zwei Kapitel dazu dienen, den Weg einzelner verfolgter und internierter Jugendlicher nachzuzeichnen.

Mißhandelt - kriminalisiert- inhaftiert - erniedrigt - denunziert - verfolgt

Tatsächlich kann die Ausstellung zeigen, daß die Gründe, in ein JugendKZ eingeliefert zu werden, so etwas wie eine Auswahl repräsentieren können, warum der NS-Staat grundsätzlich Menschen unterdrückte, verfolgte und vernichtete. Neben explizit "rassischen" Gründen - Verfolgung von Jüdinnen/Juden, Roma und Sinti - und politisch organisiertem Widerstand vor allem soziale Verhaltens- oder Lebensweisen, die unter "erbbbiologischen" Gesichtspunkte betrachtet und als "asozial", "minderwertig", usw., usf. bezeichnet wurden.

In 12 Einzelbeispielen gelingt es der Ausstellung, die große Spannbreite anzudeuten, wie man als Jugendlicher zum/r Verfolgten werden konnte. Dabei ist es ein sichtbares Anliegen, explizit „politischen Widerstand" von Verfolgten nicht höher zu bewerten als die Motive anderer Jugendlicher oder als den Umstand, daß jemand einfach unter die rassistisch-biologischen Kriterien der Nationalsozialisten fielen. Es sind Jugendliche darunter, wie bspw. Elfie Schneider oder die Freunde Erny Marx und Jean Delage, die sich antifaschistisch organisieren. Daneben stehen aber auch Fälle wie der von Fernando Molde, der sich schrecklichen Arbeitsbedingungen durch ein Leben auf



Während der Erntezeit arbeiten zahlreiche Jungen für die Zuckerfabrik Nörten-Hardenberg (oben) oder die "Ein- und Verkaufsgenossenschaft Moringen"

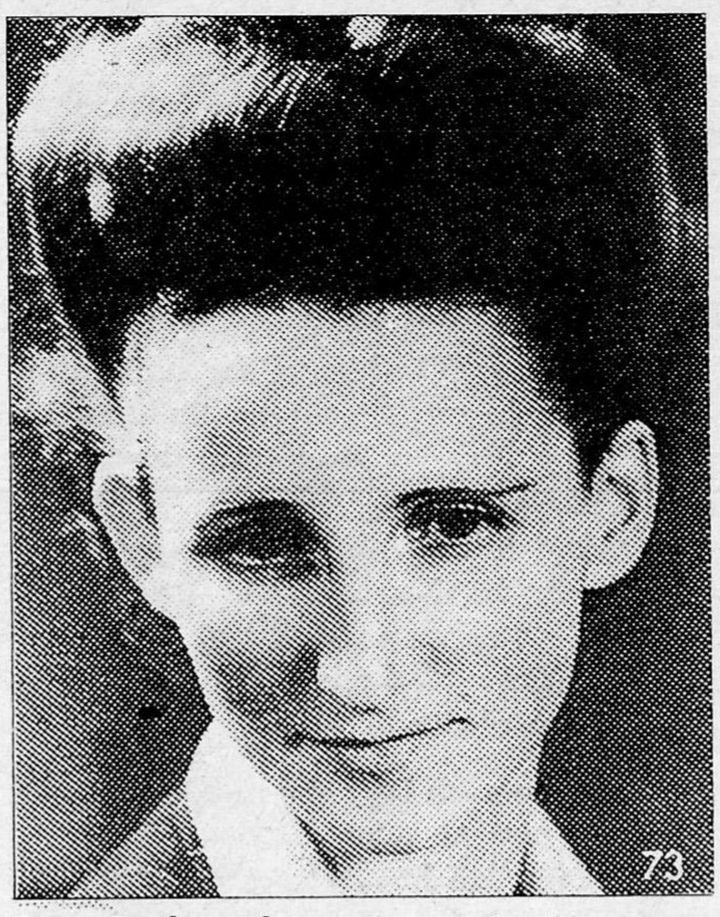
der Straße entziehen will und deshalb sehr bald als "arbeitsscheu" und "asozial" eingestuft wird. Oder den von Erna Brehm, die einen polnischen Kriegsgefangenen kennenlernt, wegen "Geschlechtsverkehr mit einem Ausländer" verurteilt und nach der Haft im KZ Uckermarck interniert wird. Mit diesem Beispiel weist die Ausstellung dann auch in die Richtung, daß es für Mädchen und Jungen auch verschiedene Arten der Verfolgung gab (wenn die Ausstelung diesen geschlechtsspezifischen Aspekt hinterher leider nicht mehr aufnimmt, inwieweit sich nämlich die Bedingungen im MädchenKZ Uckermark von denen im JungenKZ Moringen unterschieden). Die Spannbreite soll jetzt nicht nahelegen, daß man als Jugendliche relativ schnell unter die Räder des Nationalsozialismus kam. In der Regel trugen die Jugendlichen ja den NS-Staat mit. Es zeigt sich aber an der verstärkten Verfolgung der Jugendlichen, daß es den nationalsozialistischen Behörden gelang, eine Reihe von im weitesten Sinne oppositioneller Lebensentwürfe zu kontrollieren.

„Die Pflicht, aus Verantwortung gegenüber dem Volk die Maßnahmen zur Absonderung dieser gemeinschaftsschädlichen Elemente auszuführen", - so hat es ein SS-Mann einmal ausgedrückt, führte in den Lagern selbst zur brutalen Unterdrückung der Jugendlichen. Der Alltag war voller bürokratischer Regelungen, und der geringste Verstoß - die Ausstellung nennt hier „einen fehlerhafter Bettenbau, eine aufbegehrende Bemerkung oder von der SS bemängelte Arbeitsleistung" wurde schwer bestraft, etwa durch Prügel oder Essensentzug. Dies stellte, so der ehemalige KZ-Internierte Zygfryd Nowak, die schwerste Strafe dar angesichts der Tatsache, daß es eh so wenig zu essen gab und die Arbeitskraft der Jugendlichen rücksichtslos ausgebeutet wurde. Zum Teil wurden sie in lagereigenen Arbeitskommandos ausgebeutet, anderenteils mußten sie in Produktionsstätten von Betrieben aus der Umgebung zwangsarbeiten -. so betrieb bspw. auch Siemens eine Werkstatt auf dem Gelände des KZ Uckermark; aber auch kleinere Firmen verdienten an den Internierten.

Schließlich zeigt sich am Beispiel der „erbbiologischen" Forschungen in den Lagern, wie allgegenwärtig die Vernichtungsrealität des Nationalssozialismus damals war. Unter der Ägide von Dr.Dr Robert Ritter und Dr Eva Justin wurden Kriterien aufgestellt, um „Asoziale", „Unerziehbare", „hemmungslos Triebhafte" usw. zu erkennen. Kriterien, die letztlich zur Vernichtung führen: Zahlreiche „gemeinschaftsfremde"Mädchen und Jungen wurden sterilisiert, andere wurden in die KZs Ravensbrück, Sachsenhausen, Auschwitz deportiert, ein dritter Teil als „Kanonenfutter" der Wehrmacht überstellt.

Trotz der Konzentration auf einzelne Beispiel tut sich die Ausstellung für mich mit dem Anspruch schwer, den sie in der Vorbemerkung

ihres Katalogs formuliert. Denn der "Blick von unten", aus der Perspektive einzelner jugendlicher Häftlinge auf die "große Geschichte", gelingt nicht. Dies mag zum einen daran liegen, daß die Ausstellung dann doch nicht in der Auseinandersetzung mit einzelnen ehemaligen



Erna Brehm - hier eine Aufnahme aus dem Jahr 1946 - stirbt am 19.8.1951 an den Folgen der KZ-Haft

Häftlingen, sondern sehr erkennbar auf der Basis von Akten mitsamt deren holprigem bürokratischem Deutsch konzipiert ist. Die Sprache erscheint mir jedenfalls durchgehend abstrakt anonym.

Hinter einer zu starren Darstellung von Opfern und TäterInnen verschwindet die Realität

Schwerwiegender ist jedoch die holzschnittartige Wiedergabe sozialer Realität im Nationalsozialismus. In bezug auf die vorgestellten Jugendlichen werden eben nicht Lebenswege gezeigt, die auf dem "schmalen Grad zwischen Anpassung und Widerwillen, zwischen angstvoller Unterordnung und Widerspruch, zwischen Gehorsam und Rebellion" verlaufen, wie das wiederum die Vorbemerkung formuliert. Die Choreographie der Ausstellung folgt vielmehr strikt der Aufteilung: einzelnes Subjekt gerät in die Mühlen der grausamen NS-Überwachung. Merkwürdig allein schon, daß die Lebenswege der Einzelnen nach 1945 den AusstellungsautorInnen so uninteressant erschienen, daß sie kaum erwähnt werden. Obwohl Überlebende offenbar an der Konzeption der Ausstellung beteiligt waren. Daß das Leben der Internierten nach 1945 nicht mehr auftaucht, gibt den Beispielen etwas sehr Steriles.

In der historischen Darstellung selbst erscheinen mir die einzelnen durchgehend als Opfer. Dafür, wie sie ihr Leben in der Zeit, ihre Verhaltensweisen selbst beurteilen, dafür bieten die Tafeln keinen Raum. Bei einigen schildert der Text eine zunehmende Entfremdung vo den Idealen der HJ - auf etwaige Widersprüchlichkeiten in dieser Entwicklung läßt er sich hingegen nicht ein. Auch auf der Hand liegende Möglichkeiten bleiben so ungenutzt: aus den dargestellten Akten des verfolgten Erwin Rehn geht hervor, daß dieser "Rottenführer" bei der HJ war. Dies wird aber überhaupt nicht problematisiert.

Holzschnittartig bleibt die Ausstellung auch bei der Beschreibung der TäterInnenseite. Noch einmal der Hinweis auf die Aktenlage: es ist aus Akten, die ja von irgendwelchen Behörden zu eigenen Zwecken geführt werden, nur bruchstückhaft möglich nachzuvollziehen, wie wer welche Verfolgungsschritte in Gang gebracht hat. Dennoch bleibt, daß die Ausstellung einen Klassiker deutscher Geschichtsschreibung wiederholt: es gibt praktisch keine TäterInnen. Einige Beispiele:

Fernando Molde: er treibt sich immer wieder auf der Straße herum, wird von der Polizei aufgegriffen. Diese veranlaßt seine Internierung im KZ Moringen.

Katharina Anders: sie nimmt eine Stelle in einem "jüdisch-christlichen" Haushalt an, was den "NS-Behörden" auffällt.

Erwin Rehn: er organisiert sich antifaschistisch, was wiederum den "NS-Behörden" nicht verborgen bleibt.

In anderen Fällen taucht noch das "Jugendamt" auf. Um aber bei den geschilderten Beispielen zu bleiben: Sehr naheliegende Fragen stehen im Raum und bleiben da stehen: 'Wer machte die Polizei auf Fernando Molde aufmerksam?', 'Wer sorgte dafür, daß Katharina Anders den "NS-Behörden" auffiel? Wer veranlaßte, daß Erwin Rehn ebendiesen "NS-Behörden" nicht verborgen blieb?

Von „der" SS reden

Der Rücken der "NS-Behörden" ist breit und liegt schon über 50 Jahre unter der Erde. Es tut niemand weh, wenn auf ihn nochmal so richtig eingeprügelt wird. Die Verantwortlichen, die eine Verfolgung erst ermöglichten, bleiben einerseits ungenannt, andererseits wird das Geschehen bequem in die Vergangenheit geschoben. Auch hier liegen alternative Möglichkeiten schon auf der Hand. So wird erwähnt, daß das JugendKZ Moringen sich mitten im Ort befand. Auch weist der Text der Ausstellung immer wieder darauf hin, daß sich die politische Verantwortlichen damals der Anwesenheit des KZs in zynischer Weise bewußt waren: sie sahen den wirtschaftlichen Nutzen. Dies alles wird jedoch nicht zum Ausgangspunkt genommen, heute nochmal nachzufragen bei einzelnen, konkrete Verantwortungen bei Leuten, die an Zwangsarbeit verdienten, die im Ort selbst damals NS-Funktionen wahrnahmen, die vielleicht die Anwesenheit des KZs im Ort "nur" billigend mittrugen.

Diese Verabschiedung konkreter Verantwortlichkeit in ein vergangenes Gesamtböses hinein ist leider allzu typisch. Welche Formulierung soll ich finden? Daß dies der Ausstellung "unterläuft"? Daß sie einen Anspruch hat und ihm "nicht gerecht" wird? Daß sie eine "Entlastung der Nachgeschichte" des Nationalsozialismus betreibt, indem sie alles Verwerfliche, Grausame zwischen 1933 und 1945 ansiedelt? Auf alle Fälle unternehmen die AutorInnen der Ausstellung dieselbe Konstruktion noch ein weiteres Mal, und das ist dann wirklich schlecht. Bei der Darstellung dessen, wer für den gesamten Komplex JugendKzs die Verantwortung trägt, hält der der Text zum hunderttausendsten Mal die SS bereit, die SS und sonst niemand. Die SS ist verantwortlich, tiefer geht der Text nicht. Sie foltert, unterdrückt organisiert den grausamen Alltag, prägt die Begriffe, mit anderen Worte: ist omnipotenter Herrscher.

Der biographische Ansatz, den die Ausstellung "Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben" wie so viele andere derzeit nimmt, ist berechtigt in der Annahme, am Leben einzelner mehr zu erfahren über individuelle Schuld wie auch über Verfolgungs- und Vernichtungsalltag. Aber gerade ein Zugang über die biographische Ebene braucht einen Rahmen, der beschreibt, welche Strukturen verdeutlicht, welche Entwicklungen beleuchtet werden sollen. Diesen bietet die Ausstellung nicht so richtig.

Lorenz Stern

JEKH CHIB Nr. 6/7, Feb 97
Schwerpunkt: „Das andere Gedenken"

Einzelpreis: DM 10,– (25% WiederverkäuferInnenrabatt)

Bestellungen an:
Rom e.V., Bobstr. 6-8, 50676 Köln,
Telefon: 0221 - 242536 Fax: 2401715

Bremer kassiber Stadtzeitung für politik, alltag, revolution
april 97 seite 33

Prozeß gegen Monika Haas

"Ich soll um jeden Preis verurteilt werden"

Vor über einem Jahr, am 18. Januar 1996, begann das Verfahren gegen Monika Haas vor der 5. Kammer des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt zum ersten Mal. Monika Haas war am 10. November 1994 verhaftet und - mehr als 18 Jahre nach der Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut" - wegen gemeinschaftlichen Mordes, erpresserischen Menschenraubs, Geiselnahme und Angriffs auf den Luftverkehr angeklagt worden (1).

Die Anklagekonstruktion der Bundesanwaltschaft (BAW) beruht im wesentlichen auf drei Säulen: unbekannte Quellen aus dem Bundeskriminalamt, Akten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und die Kronzeugin Souhaila Andrawes. Letztere, einzige Überlebende des Kommandos *Martyr Halimeh,* hatte bei Verhören in ihrem Wohnort Oslo gegenüber VertreterInnen deutscher Behörden behauptet, Monika Haas habe 1977 die Waffen für die Entführung nach Mallorca geschmuggelt. Diese Aussagen wurden von Souhaila Andrawes zwar im Januar 1996 zurückgezogen (2), doch nicht als Lügen entkräftet. In ihrem vor dem OLG Hamburg parallel zum Prozeß gegen Monika Haas laufenden Verfahren war sie da bereits als Kronzeugin 'anerkannt'. Auch war Souhaila Andrawes als einzige, die die belastenden Aussagen hätte entkräften können, nicht bereit, als Zeugin vor dem OLG Frankfurt auszusagen (3).

Monika Haas im Gerichtssaal

Am 19. November wurde Souhaila Andrawes vom OLG Hamburg - unter Anrechnung des sog. Kronzeugenbonus - zu 12 Jahren Haft verurteilt. Auf diese Strafe werden die vier von ihr in Somalia (1977), Oslo und Hamburg in Haft verbrachten Jahre angerechnet. Während der Urteilsbegründung hatte sie auf norwegisch gerufen: *"Monika Haas hat die Waffen nicht mitgebracht, und ich will darüber aussagen."* Am 17. Dezember wurde Souhaila Andrawes erneut in Frankfurt als Zeugin vorgeladen. Sie verweigerte die Aussage, weshalb das Gericht sechs Monate Beugehaft gegen sie verhängte, die auf die 12 Jahre Haft nicht angerechnet werden.

Am Mittwoch, den 19. März wurde Monika Haas überraschenderweise aus der Untersuchungshaft entlassen, der Haftbefehl aufgehoben. Allerdings sei die Angeklagte weiterhin dringend verdächtig, 1977 die Waffen an die EntführerInnen des Flugzeugs überbracht zu haben - deshalb geht das Verfahren wie geplant weiter. Das OLG deutete an, daß es eine Verurteilung wegen Beihilfe zu der Entführung anstrebt, sieht aber keine Fluchtgefahr mehr: Erstens, weil die zu erwartende Strafe deutlich unter den zwölf Jahren liegen dürfte, die gegen Souhaila Andrawes verhängt wurden. Zweitens befände sich Monika Haas bereits seit mehr als zweieinhalb Jahren in U-Haft - bei einer Verurteilung bestände von daher die Möglichkeit einer vorzeitigen Strafaussetzung.

Die BAW legte sofort Beschwerde gegen die Haftentlassung ein, über die der Bundesgerichtshof nun entscheiden muß.

Prozeßerklärung vom 21. Januar

Monika Haas hat am 21. Januar eine Prozeßerklärung (die wir gekürzt veröffentlichen) abgegeben, in der sie zum einen ihre bisherige Prozeßstrategie kritisch einschätzt, zum anderen die Machenschaften des in 'Terroristenprozessen' allzeit verurteilungsbereiten Schieferstein-Senats entlarvt - und zu mehr *"öffentlicher Kontrolle"* dieses Verfahrens auffordert:

"Ich hatte mich damals - obwohl mir bewußt war, daß ich mich in einem politischen Verfahren befinde - für eine ausschließlich juristische Prozeßstrategie entschieden. Mir ging es darum zu beweisen, daß ich hier völlig zu Unrecht angeklagt bin.

Schon der äußere Rahmen zu Prozeßbeginn zeigte, daß ich es nicht einfach haben werde. Obwohl ich hier seit 15 Jahren mit meinen drei Kindern lebe, mein Arbeitgeber das Land Hessen ist - ich also nicht aus dem Untergrund heraus hier vor Gericht gestellt wurde -, lief alles nach der gängigen 'Terroristenschablone' ab. [...]

Anfangs hatte ich noch die Illusion, daß sich dies ändern wird, wenn die Beweisaufnahme zeigen wird, daß die Anklageschrift eine Konstruktion von geheimdienstlichen Intrigen - die den Hintergrund abgeben - ist. Noch nie habe ich mich so gründlich getäuscht. Mit dieser Strategie, die politische Ebene zu vernachlässigen, mußte ich scheitern. Einem hochpolitischen Prozeß, der von professionellen Rechtsbeugern gegen mich geführt wird, kann nicht alleine mit juristischen Mitteln begegnet werden. Der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt schert sich nicht um Recht und Gesetz. Die Art und Weise der 'Wahrheitsfindung', so wie sie hier offensichtlich üblich ist, zeigt die Absicht: Ich soll um jeden Preis verurteilt werden.

Die vom Bundesgerichtshof vorgegebene *'strenge und besonders kritische Überprüfung'* der Stasi-Akte *OV Wolf* wurde durch die BAW und den verhandelnden Senat geradezu ins Lächerliche verkehrt. So beschränkten sich die Fragen des Senats und der BAW darauf, daß sich die geladenen Stasi-Offiziere gegenseitige Arbeitszeugnisse ausstellen durften. Die Ungereimtheiten und Widersprüche, die in den Akten vorhanden sind, wurden tunlichst nicht angesprochen. Der Senat will nichts wissen. Dieses System wurde bei allen Zeugen beibehalten. Abgefragt wird vermeintliche Belastendes, alles, was dem widerspricht, wird unterdrückt. Bei der Befragung der Zeugen durch die Verteidigung kommt es auch schon mal dazu, daß die Fragen nicht vom Zeugen, sondern von BAW oder Senat beantwortet werden.

Nicht vermeidbar waren bei dieser Prozeßführung Befangenheitsanträge gegen einzelne Senatsmitglieder. Gegen Richter Zeiher, wegen seiner in der Öffentlichkeit gemachten Bemerkung: *'Wir haben soviel gegen die Frau Haas in den Akten, damit kriegen wir sie!'*

Richter Zeiher bestritt diese Äußerung. In seiner dienstlichen Stellungnahme gesteht er zwar ein, er habe lediglich im engsten Familien- und Freundeskreis erklärt, daß auch nach der Zu-

Zur Stasi-Zusammenarbeit von Werner Hoppe und seinen Aussagen im Prozeß gegen Monika Haas

Wir kennen Werner Hoppe aus 10 Jahren Hafenstraße, zum Teil aus noch älteren antiimperialistischen Erfahrungen. Wir haben mit ihm x Stories erlebt, in denen er sich einfach Scheiße verhalten hat. Sein Aussageverhalten im Prozeß gegen Monika Haas vor dem OLG Frankfurt hat für uns den Ausschlag gegeben, einige klare Worte zu seiner Person zu sagen. Entgegen der Presseberichterstattung hat Werner Monika Haas nicht entlastet wie es notwendig und ihm möglich war aufgrund seiner Stellung als Hauptbelastungsquelle der Anklage in diesem Verfahren.

Im Vorfeld war klar, daß Werners Aussage wesentlich die Anklage erschüttern und Monika Haas entlasten kann. Denn alle wesentlichen Belastungsinformationen gehen zurück auf Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), als deren Quelle Werner unter dem Decknamen "Bade" angegeben wird. Laut Werner soll Monika Haas Sprengstoff und Waffen transportiert haben für das palästinensische Kommando, das 1977 das Flugzeug "Landshut" kaperte. Laut Akten des MfS soll sie das Werner erzählt haben, der es dem MfS mitgeteilt haben soll. Monika Haas hat die Vorwürfe immer zurückgewiesen.

Gegenüber der BAW hat Werner seine Tätigkeit für das MfS und seinen Decknamen bestätigt. Sein damaliger Berichtsoffizier hat die Echtheit der Akten bestätigt, die Werner vor Gericht anzweifelte. Wesentlich festzuhalten bleibt jedoch: Es lag in Werners Möglichkeit, die Aussagen darin als falsch zurückzuweisen und Monika Haas' Aussage zu bestätigen. *Entweder die Akten des MfS lügen oder er hat damals rumgesponnen und sich wichtig gemacht.* Eins von beiden mußte von ihm gesagt werden. Das war die Forderung an Werner. [...]

Vordergründig könnte mensch meinen, dem ist Werner doch nachgekommen. Leider hat aber eine Aussage vor Gericht ihre Besonderheiten: Wenn Werner sich nicht erinnern oder ein solches Gespräch nicht vorstellen kann, heißt das nicht, daß es nicht passiert ist. In dem Moment, wo ein/e andere/r das behauptet, geht das Gericht davon aus, daß es stattgefunden hat. Werner kann sich ja nicht erinnern. Die Akten behaupten eben dieses Gespräch, deshalb war von Werner eine inhaltliche Zurückweisung gefordert. Sein Beitrag, daß Monika Haas nicht für Jahre in den Knast kommt. Auch die Aussage der Kronzeugin Souhaila Andrawes wäre damit schwer in Frage gestellt worden. Sie hat nämlich darin Informationen der MfS-Akten "bestätigt". [...]

Diejenigen, die im Saal seine Aussage beobachteten, waren entsetzt, wie sehr sich Werner weigerte, mit der Verteidigung von Monika Haas und ihr selbst zusammenzuarbeiten. Auf deren Beharren, eine handfeste, unzweideutige Aussage zu bekommen, reagierte er pampig, wollte dann sogar Aussagen verweigern und wirkte wie ein Zeuge der Anklage, die ihm mit Einsprüchen dann auch teilweise zu Hilfe kam. [...]

Wir wußten schon seit einigen Jahren, daß Werner früher mit dem MfS Kontakt hatte. [...] Unter uns waren die Ansichten diesbezüglich umstritten, vor allem weil der Charakter des Verhältnisses für uns unklar war und näheres Nachfragen unsererseits von Werner nicht beantwortet wurde. Auch Nachfragen zu seiner Rolle im Verfahren gegen Monika Haas beantwortete er nicht; als Monika Haas noch frei war, lehnte er eine Begegnung mit ihr ab.

Inzwischen ist klar, daß er von ca. 1980 bis Ende der 80er Jahre Spitzeldienste gegen Entgelt (ca. DM 50.000) über die westdeutsche Linke und uns für das MfS geleistet hat, deren Inhalte über allgemeine politische Diskussionen weit hinausgingen und Dinge betrafen, die gewöhnlich nur die betroffenen Leute etwas angehen. Er hat konkret Namen und Details über Menschen geliefert, die mit ihm zusammengearbeitet und/oder -gelebt haben plus was er sonst mitkriegte. [...]

Gegen uns war sein Auftrag, alles im Zusammenhang "RAF in der Hafenstraße" mitzuteilen sowie Angelegenheiten, die er selber wichtig fand. Anfang der 80er Jahre hat er Berichte über die Arbeit der Anti-NATO-Gruppe gemacht und Informationen über andere antiimperialistische Kreise gegeben. Er hat Leute damit ausgeliefert. Solche Informationen sind auch für das MfS eine Ware gewesen. Heute stehen seine Aussagen und Berichte den bundesdeutschen Geheimdiensten und Verfolgungsbehörden zur Verfügung. Die Anklage gegen Monika Haas war die erste, die auf sein Geschwätz zurückgeführt wird.

Werner Hoppes Verhältnis zu seiner Spitzeltätigkeit (Genossendienst hin und her) ist grundsätzlich inakzeptabel. *Er ist nicht bereit, uns und anderen mitzuteilen, was er alles erzählt hat.* [...] Sein angeblich mangelndes Erinnerungsvermögen macht die Manipulationsmöglichkeiten für den Staatsschutz nur noch größer. Sein fehlendes Interesse an Aufklärung gegenüber denjenigen, die er bespitzelt hat, und sein Schweigen über seine Vernehmungen bei der BAW macht uns da nur mißtrauisch.

Bei uns ist Werner schon lange allen Diskussionen aus dem Weg gegangen und hat sich Kritik entzogen oder sie ignoriert. Viele von uns sind deshalb fertig mit ihm. Ein Vertrauensverhältnis gab es schon lange nicht mehr. [...] Die Versammlungen bei uns zum Prozeß gegen Monika Haas waren der letzte Versuch, mit ihm eine Gesprächsbasis und eine solidarische Lösung für Monika Haas zu finden. Das war mit ihm nicht möglich.

Für uns ist damit klar, daß andere wissen müssen, mit wem sie es zu tun haben. *Ohne Werners Geheimdiensttätigkeit hätte es diesen Prozeß so nicht gegeben. Werner Hoppes große Reden, seine Schutzbehauptungen und sein verantwortungsloses Handeln reichen uns einfach.* Hier ist sein Verweilen schon lange Bequemlichkeit, angesagt hat er seinen Auszug schon mehrmals. Es liegt zur Zeit bei jedem Menschen selbst, wie er sich zu jemanden stellt, dessen Lebenswandel Aufrichtigkeit und Vertrauen ausschließt. Wir finden es unerträglich.

ya basta

Einwohner und Einwohnerinnen der St.-Pauli-Hafenstraße

(redaktionell gekürzt, Hervorhebungen durch die VerfasserInnen)

---

rücknahme der Zeugenaussage von Souhaila Andrawes noch erheblicher Tatverdacht bestehe, wobei auch der weitere Akteninhalt zu berücksichtigen sei, jedoch war diese Darstellung, um es vorsichtig auszudrücken, nicht ganz korrekt. So weiß ich inzwischen, daß zu dem erwähnten Freundeskreis auch Herr B. zu Gast im Hause Zeiher war. Beim gemeinsamen Essen gab es damals für Richter Zeiher nur ein Thema: der Fall Haas. Selbst nach dem Hinweis von Herrn B., er möchte all diese Informationen nicht haben und er glaube es im übrigen auch nicht, war Richter Zeiher nicht zu stoppen. Fast den ganzen Abend versuchte er, seine Gäste von meiner Schuld zu überzeugen. Wohlgemerkt, zu Prozeßbeginn und vor der Beweisaufnahme hatte er sich sein Urteil gebildet. Aber Richter Zeiher fühlt sich trotzdem nicht befangen!

Ähnliches gilt für die dienstliche Erklärung von Richter Schieferstein. Obwohl mindestens drei der anwesenden Journalisten seine während der Hauptverhandlung gemachte Äußerung *'Der Zeuge Lund wird jetzt nicht wegen so eines unerheblichen Details vernommen'* wörtlich mitgeschrieben hatten, behauptete der Vorsitzende Richter, er hätte das nicht gesagt. Bei dem *'unerheblichen Detail'*, wie er es definierte, geht es immerhin um die von Souhaila Andrawes gemachte Aussage: *'Monika Haas hat nicht die Waffen gebracht.'* Sie hatte diesen Satz mehrfach während ihrer Urteilsverkündung ausgerufen. Die Befangenheitsanträge wurden jeweils erwartungsgemäß abgelehnt. Wer, so frage ich mich, gibt diesen Richtern das Recht zu diesem permanenten Machtmißbrauch?

Das sind aber noch längst nicht alle Betrugsmanöver, die der Senat zu bieten hat. Begründet durch die Tatsache, daß der Anklage im Verlauf der Hauptverhandlung Zeuge für Zeuge weggebrochen war, stellte meine Verteidigung am 31.10.96 einen Antrag auf Haftentlassung, in einer umfänglichen Einlassung zur Sache hatte ich außerdem detailliert zu dem Anklagekonstrukt Stellung genommen. Der Haftentlassungsantrag wurde mit Beschluß vom 14.1.97 abgelehnt. Meine Einlassung zur Sache - immerhin mehr als 40 Seiten - wurde mit keinem Wort berücksichtigt. Ebenso unberücksichtigt blieb die gesamte Beweisaufnahme seit dem letzten Ablehnungsbeschluß vom 27.8.96. Da es keine Begründung für eine Fortdauer der Haft geben kann, wird wieder auf die Akten zurückgegriffen, als gäbe es diese Verhandlung nicht. Zudem werden Zeugen Worte in den Mund gelegt, die sie nicht gesagt haben. [...]

Wäre dies ein normales Verfahren, es hätte schon längst beendet werden müssen. Auch die falschen Beschuldigungen, die Souhaila Andrawes unter großem psychischen Druck in Oslo gemacht hat, hätten schon längst keine Relevanz mehr. Wie gesagt, wäre dies ein normales Verfahren. Hier ist aber absolut nichts normal.

Wie groß der rechtsfreie Raum ist, in dem dieses Verfahren stattfindet, wurde auf besonders zynische Weise am letzten Verhandlungtag deutlich. Oberstaatsanwalt Siegmund von der BAW, der hier als Zeuge geladen war, erklärte im Verlauf der Befragung, daß die norwegische Regierung nicht bereit gewesen wäre, Souhaila Andrawes nach Deutschland auszuliefern, wenn ihr hier eine lebenslängliche Freiheitsstrafe droht. Somit hat Souhaila Andrawes selbst - indem sie Kronzeugin wurde - ihre Auslieferung nach Deutschland erst möglich gemacht. Die Bedingungen der norwegischen Regierung hatte ihr die BAW vorenthalten, anders hätte die Erpressung ja auch nicht funktioniert. Pech für Souhaila Andrawes, und ich meine das ohne jede Häme. Für mich ist sie letztlich ebenso ein Opfer des hier herrschenden Verfolgungswahns wie ich es bin, Opfer auch deshalb, da die politisch Verantwortlichen auf höchster Ebene sich 1978 gegen eine Auslieferung von Souhaila Andrawes nach Deutschland entschieden hatten. Mit dieser Entscheidung hatten sie damals ihren 'Bestrafungsanspruch' aufgegeben.

Prozeßtermine

Nach der 30tägigen Pause geht der Prozeß weiter am Montag, den 28. **April.** Weitere Termine: Montag, den 5. **Mai**, Donnerstag, den 15. Mai, Donnerstag, den 22. Mai, Dienstag, den 27. Mai, und Donnerstag, den 5. **Juni** 1997. Verhandlungsbeginn ist jeweils um 10.15 Uhr.

Der Prozeß findet statt im Oberlandesgericht Frankfurt, Gebäude E, Saal II, Eingang: Konrad-Adenauer-Straße.

Das jetzige Vorgehen, weil man(n) sie so dringend als Kronzeugin brauchte, verstößt zweifelsfrei gegen Artikel 6 (1) Satz 1 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Von den Täuschungsmanövern, die mit ihr gemacht wurden, ganz zu schweigen.

Die Summe meiner Erfahrungen im letzten Jahr - und ich habe jetzt nur die gravierendsten Vorkommnisse benannt - ist nicht gerade ermutigend. Ich befinde mich jetzt seit 28 Monaten in Haft. In den letzten neun Monaten, seit dem Neubeginn meiner Verhandlung, wurde bislang 32mal verhandelt. 15 der 32 Verhandlungstage hatten eine durchschnittliche Verhandlungsdauer von einer Stunde. Maximale Verhandlungsdauer eines 'normalen' Prozeßtages beträgt vier Stunden. Diese permanente Verschleppungstaktik ist unglaublich zermürbend, und das soll sie auch sein. Richterliche Unabhängigkeit wird vom 5. Strafsenat offensichtlich unabhängig von rechtsstaatlicher Norm begriffen. Damit kann und werde ich mich nicht abfinden.

Das oder besser gesagt: mein Problem ist, daß die meisten Menschen, die die Entstehungsgeschichte der Anklage und später dann die Hauptverhandlung gegen mich interessiert wahrnehmen, dem entweder mit Resignation gegenüberstehen oder aber der Meinung sind, es handele sich dabei um eine derart überschraubte und hochgepuschte Angelegenheit, daß sie sich durch die Gesetzgebung eines Rechtsstaates von selbst erledigt. Dem ist aber ganz offensichtlich nicht so.

Die weitgehend fehlende Öffentlichkeit macht es dem Senat nicht schwer, diese Anklage durchzupeitschen und zur Verurteilung zu bringen. Was ich deshalb dringend benötige, ist mehr Öffentlichkeit und öffentliche Kontrolle, die dieses Gericht in die Grenzen des Gesetzes verweist.

Alles, was ich brauche, ist ein faires, rechtsstaatliches Verfahren."

Anmerkungen:
(1) S. Orientalisches Märchen, in: kassiber 25, Mai 1995, S. 77; s. auch das Interview mit Monika Haas: "1976 die Entscheidung getroffen, den bewaffneten Kampf nicht zu führen", in: kassiber 28, Februar 1996, S. 52f.
(2) S. Kronzeugin zieht Aussage zurück, in: kassiber 28, Februar 1996, S. 53.
(3) S. Prozeß gegen Monika Haas in der Sommerpause, in: kassiber 29, September 1996, S. 66.

Politische Gefangene/Prozesse

Kurzmeldungen

Urteile im Münchner 129a-Prozeß gegen Kurden

Am 5. Dezember wurden im Münchner 129a-Prozeß gegen die kurdischen Politiker Kemal Coskun, Fevzi Alkan und Erhan San, denen vorgeworfen wurde, *"Gebietsleiter der PKK"* gewesen zu sein, die Urteile gesprochen. Das Oberlandesgericht verurteilte die drei als *"führende PKK-Mitglieder"* wegen *"Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung"* zu je einmal 22 Monaten Gefängnis. Bei zweien wurde die Strafe auf 2 Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Konkrete Gewalttaten waren den dreien nicht zur Last gelegt worden. Der ganze Prozeß wurde im Schnellverfahren durchgezogen, viele Anklagepunkte von der Staatsanwaltschaft fallengelassen und der Prozeß früher abgeschlossen, als er terminiert war. Große Teile der Anklageschrift wurden im Prozeß nicht verhandelt, sondern im sog. Selbstleseverfahren durchgezogen. Die Staatsanwaltschaft hatte zwei Jahre Gefängnis für die kurdischen Politiker gefordert.

aus: Biji, Nr. 112

Wieder Hausdurchsuchungen bei KurdInnen

Am 3. Dezember wurden erneut 30 Wohnungen und Büros von KurdInnen in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz und der *Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein* in Mainz von der Polizei "durchsucht". In dem Verein kam es zu Sachbeschädigungen durch die Polizei. Die Polizeiaktion ging von der Staatsanwaltschaft Koblenz aus, begründet wurde sie mit Paragraph 20 Vereinsgesetz, die Betroffenen seien *"verdächtig, den organisatorischen Zusammenhalt der PKK unterstützt"* zu haben.

Der verantwortliche Oberstaatsanwalt Erich Jung gab auf eine Beschwerde der rheinland-pfälzischen Grünen-Abgeordneten Grüzelmacher, die die Polizeiaktion als "Mißbrauch des Rechtsstaates" verurteilte, zu, daß sechs Objekte ohne Erlaubnis durchsucht worden seien. Er log, es sei niemand festgenommen worden. Der *Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein* erklärte jedoch, daß ein Kurde sofort in die Türkei abgeschoben wurde und es noch keine Nachricht über sein Schicksal gibt, er sich bei seinen Verwandten noch nicht gemeldet hat.

Außerdem wurden bei der Polizeiaktion in Abensberg bei Regensburg in einer Asylunterkunft die Flüchtlinge Osman Acar, Zülfü Burumlu, Kures Pehlivan, Ali Balaban und Veysel festgenommen und ihre Zimmer von der Polizei versiegelt. Wohin sie gebracht wurden und warum sie festgehalten werden, war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Bereits vor mehreren Wochen wurde in der Viktoriastraße in Hannover die Wohnung eines kurdischen Vereinsmitglieds des *Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins e.V.* durchsucht. Es wurden Unterlagen des Vereins beschlagnahmt, unter anderem Anträge u.ä. über eine Arbeitsstelle im Verein nach dem Bundessozialhilfegesetz. Auch Adressenlisten wurden mitgenommen. Die Wohnung wurde fotografiert und gefilmt.

aus: Biji, Nr. 112

Siegerjustiz

Das Dresdner Landgericht verurteilte am 16. Dezember Hans Modrow wegen *"fahrlässigen Falscheides"*. Als Gesamtstrafe incl. einer vorangegangenen Verurteilung wegen Wahlfälschung erhielt der PDS-Ehrenvorsitzende und ehemalige Ministerpräsident der DDR zehn Monate Haft auf Bewährung. Modrow habe am 22.4.92, von einem Untersuchungsausschuß des sächsischen Landtags als ehemaliger Dresdner SED-Bezirkschef und damit auch Leiter der SED-Bezirkseinsatzleitung zu "brutalen" Polizeieinsätzen gegen rund 1.000 in Richtung BRD ausreisewillige DemonstrantInnen Anfang Oktober 1989 befragt, die Unwahrheit gesagt, als er behauptete, die SED-Bezirkseinsatzleitung sei für diese Polizeieinsätze nicht verantwortlich.

Quellen: Weser-Kurier v. 17.12.96, Der Spiegel 48/1996

Fünf Monate Beugehaft wg. Steinmetz

Am 28. November wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) fünf Monate Beugehaft und 800 Mark Geldstrafe gegen Ursula Quack aus Saarbrücken verhängt. Sie hatte sich geweigert, in dem Ermittlungsverfahren gegen den Verfassungsschutz-Spitzel Klaus Steinmetz auszusagen, in dem diesem eine Beteiligung an dem RAF-Anschlag auf den Gefängnisneubau in Weiterstadt im Jahr 1992 vorgeworfen wird (s. kassiber 29, S. 67). Ursula Quack war am 24. Juni vom Oberlandesgericht Koblenz wegen *"Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"* zu 120 Tagessätzen zu je 20 Mark verurteilt worden (s. kassiber 29, S. 66f). Außer ihr waren Ende November Stefan Frey aus Frankfurt/Main, gegen den ein 129a-Verfahren im Dezember 1994 eingestellt wurde, und zwei weitere Personen vor den BGH geladen worden. In diesen drei Verhören sollen zum Teil Aussagen zu scheinbar banalen Fragen über den Kontakt zu Steinmetz gemacht worden sein, z.B. welche Fahrzeuge Steinmetz bessesen habe und ob er diese verliehen habe. Gefragt wurde aber u.a. auch, ob vor Weiterstadt über diese Aktion geredet worden wäre.

Im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren gegen Steinmetz bzw. mit den Ermittlungen wegen der Sprengung des Knastes Weiterstadt hat es bisher zehn ZeugInnenvorladungen vor den BGH gegeben, wovon jetzt insgesamt sieben zur Verhängung von Beugehaft geführt haben. So wurden Ende 1995 auch vier BewohnerInnen des deswegen fünfmal durchsuchten Wohnprojektes Fritzlarer Straße (Frankfurt/Main) in Beugehaft genommen - auch diesmal sind zwei Leute aus diesem Projekt betroffen. Eine Bewohnerin, Andrea W., entzog sich im Juli 1995 ihrer Vorladung und lebt seitdem in der Illegalität. Mittlerweile wurde sie von der Zeugin zur Beschuldigten gemacht: Gegen sie läuft ein Ermittlungsverfahren nach § 129a, wegen *"Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"* und *"Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion"*.

Quelle: Die Rote Hilfe, 1/97

Haftstrafe für Totalverweigerer

Ein 26jähriger Mann aus Celle wurde am 19. November von der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Hildesheim wegen Fahnenflucht zu einer Haftstrafe von sieben Monaten verurteilt. Ohne Bewährung, denn, so die Urteilsbegründung: *"Eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung hätte schädliche Wirkung auf die Disziplin der Truppe."* Der Student war zuvor in erster Instanz vom Amtsgericht Gifhorn zu vier Monaten auf Bewährung verurteilt worden, seine Verteidiger hatten dagegen - genauso wie die Staatsanwaltschaft - Berufung eingelegt.

Im Frühjahr hatte der 26jährige, der auch den Zivildienst als Kriegsdienst ablehnt, seinen Einberufungsbescheid zur Bundeswehr bekommen, aber schon zuvor angekündigt, diesem Befehl nicht Folge leisten zu wollen. Nachdem er sich auch nach mehrmaliger Aufforderung nicht bei der Bundeswehr in Wesendorf einfand, wurde er von Feldjägern in seiner Wohnung festgenommen und in die Kaserne gebracht. Dort erhielt er dreimal nacheinander jeweils 21 Tage "Disziplinararrest" - und wurde schließlich mit einem Dienstverbot belegt. Durch sein Verhalten habe er, so die Bundeswehr in ihrem Entlassungsschreiben, die *"militärische Ordnung ernsthaft gefährdet"*.

Quelle: Weser-Kurier vom 20.11.96

Beschwerde vor Europäischer Menschenrechtskommission

Die Eltern von Wolfgang Grams haben am 25. Oktober Beschwerde gegen die Bundesrepublik Deutschland vor der Europäischen Menschenrechtskommission erhoben. Damit wird, so die Rechtsanwälte Thomas Kieseritzky und Andreas Groß, die Ermordung von Wolfgang Grams durch GSG-9-Beamte am 27. Juni 1993 auf dem Bahnhof von Bad Kleinen *"gerügt"*. Der wurde lt. Augenzeugenberichten durch einen aufgesetzten Schläfenschuß von einem GSG-9-Beamten getötet, nachdem er bereits schwer verwundet und wehrlos im Gleisbett lag.

Der *"innerstaatliche Rechtsweg"* sei nunmehr erschöpft, denn trotz erdrückender Beweise weigerten sich die zuständigen Staatsanwaltschaften durch alle Instanzen hindurch, Anklage gegen die beschuldigten GSG-9-Beamten zu erheben. Das Oberlandesgericht Rostock hat dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft bestätigt. Auch das Bundesverfassungsgericht hat sich einer Prüfung dieses *"eklatanten Verstoßes gegen rechtsstaatliche Grundsätze verweigert"* und die hiergegen gerichtete Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen.

Quelle: Presseerklärung von RA Andreas Groß (Wiesbaden) v. 25.10.96

Freispruch für Castor-GegnerInnen

Sieben Castor-GegnerInnen brauchen keine 40.000 Mark Schadensersatz an die Brennelementelagergesellschaft Gorleben (BLG) zu zahlen - der Entscheid im Strafverfahren wegen Hausfriedensbruch steht indes noch aus. Die AktivistInnen hatten 1992 eine Aktion am Castor-Verladekran in Dannenberg durchgeführt, die von Polizei und BLG zusammengetragen Beweise reichten der Richterin des Landgerichts Lüneburg am 9. Januar für eine Verurteilung indes nicht aus. Obwohl auf Fotos die Anwesenheit der Angeklagten nebst Transparent - "Beim Ausstiegspoker ist harter Widerstand der Joker" - zum fraglichen Zeitpunkt dokumentiert ist, wurden sie weder bei illegalen Aktivitäten aufgenommen, noch konnten ihnen Schäden individuell zugeordnet werden. Die einzige Ausnahme - ein Foto zeigt einen der Angeklagten beim Aufschneiden eines Zaunes - ist inzwischen verjährt. (Az: 2 O 488/95)

Schwerpunkt

Türkei und Menschenrechte

Außerdem:
Prozesse – Lebenslang für Birgit Hogefeld
§ 129 a – Beugehaft gegen Ursel Quack
Kurdenverfolgung – „Man versucht alles so hinzukriegen, wie es gerade paßt"
Antifa – Polizeiübergriffe am 9. November
Internationales – Benjamin Ramos Vega
Hauptverhandungshaft – Der besondere Charme der Klassenjustiz

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe
oder für 5,– DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141

DIE ROTE HILFE 1/97

Interview zum radikal-Verfahren

"... dazu beitragen, den 'Mythos radikal' aus den Köpfen zu kriegen"

Neun Hauptbeschuldigten im 'radikal-Verfahren' soll in diesem Jahr der Prozeß gemacht, die 'radikal' zur "kriminellen Vereinigung" erklärt werden. Aber obwohl dieses Verfahren bundesweite Bedeutung hat und Auswirkungen auf große Teile der Linken haben könnte, scheinen sich Beschuldigte wie 'Soliszene' schwer zu tun.

Das dürfte nicht nur daran liegen, daß die Prozesse und ihre Vorbereitung viel Kraft und Zeit kosten (werden), sondern hängt wohl auch mit - nicht nur - 'internen Problemen' zusammen. Dazu gehört der Vorwurf, daß einige ihre Wohnung nicht sauber genug gehalten hätte, wodurch andere (zusätzlich) beschuldigt werden konnten - sagt nicht nur die Bundesanwaltschaft. Oder daß öffentlich über Dinge geredet werde, über die besser zu schweigen wäre, wozu Interviews mit der internationalen Presse genauso gehörten wie Plauderein über Fluchtländer - sagen zumindest Teile der 'Soliszene'. Um diese und andere Fragen dreht sich das Interview mit Matthes, der Ende November als letzter derjenigen, die sich während der bundesweiten Razzia am 13.6.95 der Verhaftung entziehen konnten, wieder auftauchte:

Matthes, seit Ende November bist Du wieder in Bremen, wie ist es Dir denn inzwischen ergangen?

Matthes: *So weit, so gut! Die Anfangszeit war für mich dadurch geprägt, erstmal alles mitzukriegen, was so abgeht. Da war die Solibewegung und die verschiedenen Leute, zum größten Teil waren sie mir ja nicht bekannt und auch nicht, wofür sie standen. Das alles dann selber mitzubekommen war schon eine andere Qualität.*

Was mir noch gut in Erinnerung ist, ist mein Ankommen in Bremen. Bei dem inoffiziellen Teil war ich auf einmal mit zig Leuten zusammen, die ich seit dem Abtauchen nicht mehr gesehen habe. Das war eine überwältigende Situation. Der offizielle Teil lief eher wie ein Programm ab, so wie es diskutiert war. Das hat mich sehr überrascht und erfreut. Dennoch war es für mich eigentlich nur Streß - permanente Spannung. Auf diesem Weg will ich nochmal allen danken, die ihren Teil dazu beigetragen haben, daß alles gelungen ist.

Dann wurde schnell klar, daß ich erstmal nicht in den Knast muß. Auf dieser Wolke bin ich dann so langsam angekommen. Das hat auch in gewissem Maße Spaß gemacht. Alles mußte ich neu kennenlernen, denn 1 1/2 Jahre sind auch hier in Bremen nicht ohne Veränderungen vorbeigegangen, Beziehungen und auch Treffpunkte haben sich verschoben.

Als ich dann so langsam in Bremen wieder Boden unter den Füssen verspürte, kam aber auch ein wenig Heimweh auf. Ich habe ja wieder einen Bruch machen müssen. Es ist eine traurige Situation, zu wissen, es beginnt ein neuer Abschnitt und ich kann wieder nicht das machen, was ich will, sondern muß gucken, was die Bullen und die Justiz von mir wollen. Nach einiger Zeit werden hoffentlich die Auflagen aufgehoben und der Haftbefehl außer Kraft gesetzt, wie bei den anderen vier Beschuldigten.

Du hast den größten Teil der Zeit, in der Du weg warst, in den Niederlanden verbracht - und das auch öffentlich verkündet. An diesem Verhalten hat es Kritik aus der hiesigen Solibewegung gegeben, denn eigentlich sei es immer Praxis der radikalen Linken gewesen, über 'so etwas' nicht zu reden. Oder, um es mit der RAF zu dem allerdings einigermaßen anders gelagerten 'Fall' Christoph Seidler zu sagen: 'Aussagen über illegale Strukturen und geheime Orte des Exil sind und bleiben absolut abzulehnen' ...

Matthes: *Ja, diese These ist mir auch zu Ohren gekommen. Ich will mich bei meiner Antwort nur auf meinen Fall beschränken. Es gab schon längere Zeit vor dem Bekanntwerden meines Aufenthaltslandes Diskussionen darüber, wie mensch diesen Fall der Kriminalisierung einer Zeitung im Ausland publik machen kann. Einige rieten mir, ich solle doch Pressekonferenzen in dem Land machen, in dem ich mich aufhalte. Das habe ich zu diesem Zeitpunkt noch abgelehnt, vor allem weil mir nicht klar war, um welchen Schwerpunkt es gehen soll.*

"... schon öfter vorgekommen, daß Leute ihre Aufenthaltsländer kundtaten."

Dann gab es das Angebot, einen Artikel in einer überregionalen, niederländischen Zeitung veröffentlichen zu können, das auch einigen Leuten weitervermittelt wurde. Die einzige Reaktion, die ich daráuhin bekam, war, daß es schön und doch toll wäre, Öffentlichkeit zu schaffen. Ich sah es schon als schwierig an, was mensch da erzählen soll. Denn was in Deutschland beschissen ist, ist in abgewandelter Form in den Niederlanden auch beschissen. Außer einer braunen Vergangenheit sind die Niederlande auch ein durch und durch kapitalistisches Land. Sexismus sieht mensch auch überall und die Abschiebepolitik ist z.T. noch schärfer als in Deutschland. Was dann bleibt, ist einige Nuancen zu vermitteln, die es natürlich gibt. So kommt es dann auch zustande, daß mensch bei öffentlichen statements über das redet, womit mensch sich gerade beschäftigt.

Für mich war es auch kein Bruch mit linken Prinzipien. Dieses ungeschriebene Gesetz ist in der Hinsicht völliger Quatsch, weil es von einer bestimmten Analyse ausgeht. Diese wird bei der Kritik nicht öffentlich gemacht und ich will darauf auch jetzt hier nicht näher eingehen. Wenn aber noch Klärungsbedarf besteht, werde ich auf diese Analyse näher eingehen.

Wenn mensch sich die linke politische Geschichte anschaut, dann ist es schon öfter vorgekommen, daß Leute ihre Aufenthaltsländer kundtaten. So war z.B. bekannt, daß Leute nach Nicaragua abgehauen sind, als es dort noch anders abging. 1984 ist auch schonmal jemand in die Niederlande geflohen, der wegen Mitarbeit an der radi angeklagt werden sollte. Er wurde dann bei der taz Auslandskorrespondent für die Benelux-Staaten. Davon abgesehen sind die Niederlande seit jeher ein bekanntes und beliebtes Fluchtland, wenn mann nicht zur Bundeswehr gehen will.

radikal

Bezugsadresse: außerer Umschlag: Ravage, Van Ostadestraat 233, NL-1073 TN Amsterdam; innerer Umschlag: Z.K.

radikal online: http://www.xs4all.nl./~tank/radikal

Ich will mit diesen Beispielen sagen, daß es immer darauf ankommt, abzuwägen, ob es an dem Punkt, an dem mensch steht, mehr Sinn macht, sich still zu verhalten oder es gerade sinnvoll ist, sich zu äußern und mit dieser Geschichte internationale Öffentlichkeit zu schaffen. Für mich hielt sich das Risiko in Grenzen - ich konnte von einem halben Jahr U-Haft ausgehen, alles andere hätten weitere Anklagepunkte beinhalten müssen. Als weiteres gab es die Diskussion, ob es sinnvoll ist, sich in den Niederlanden zu stellen, was so oder so ein Öffentlichmachen des Fluchtlandes bedeutet hätte. Durch den Artikel wurde im voraus eine Öffentlichkeit hergestellt, denn ohne diese hätte ich mir ein Stellen überhaupt nicht vorstellen können. Desweiteren wurde eine wichtige Grundlage für die Soliarbeit geschaffen, falls ich überraschend durch die Bullen abgegriffen worden wäre.

Als letztes will ich noch hinzufügen, daß sie laut der Akten, die ich inzwischen einsehen konnte, schon seit den Durchsuchungen vom 19.12.95 aufgrund von gefundenen Unterlagen davon ausgegangen sind, daß ich mich in den Niederlanden aufgehalten habe. Aufgrund dieser Tatsache kann nicht mehr ernsthaft behauptet werden, ich hätte ein Fluchtland preisgegeben! Es kann niemand mehr auf den Gedanken kommen, daß dadurch den Bullen Tür und Tor geöffnet wurde, um Ermittlungen fortführen zu können.

Mir war es in dieser Situation natürlich auch wichtig, in die Offensive zu gehen. Ihnen einfach zu sagen: 'Na und, was wollt ihr?! Ich bin in den Niederlanden und da bleibe ich, solange wie ich Lust habe, und ich kehre dann zurück, wenn ich es will.' Das ist in meinen Augen auch ganz gut gelaufen.

Dem gegenüber stand das Risiko, dadurch die Aufmerksamkeit der deutschen Bullen auf sich zu ziehen und sich und sein Umfeld stärker zu gefährden, was wir aber in Abwägung in Kauf genommen haben. Vielleicht muß ich noch ergänzen, daß sich die Leute, die mich unterstützt haben, auch durchaus des Risikos bewußt waren. Die Entscheidung ist gemeinsam gelaufen und deshalb muß ich eigentlich von 'unserer' und nicht 'meiner' Entscheidung sprechen.

In der Soliszene wird immer noch gern der Begriff 'Exil' für die Situation in der Du Dich - wie auch die im Juni 1996 Wiederaufgetauchten - befunden hast, benutzt. Was stört Dich daran?

Matthes: *Am Anfang habe ich den Begriff selbst verwendet. (Dazu ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß 'Exil' sich schon in der Zeit vor meinem Abtauchen in den Köpfen eingeprägt hatte - durch verschiedene andere Begebenheiten, wie das Abtauchen der drei, die wegen K.O.M.I.T.E.E gesucht werden, und das Wiederauftauchen von Leuten aus dem Kaindl-Verfahren.) Mit dieser subjektivistischen Sicht fühlte ich mich aber ab einem bestimmten Punkt nicht mehr wohl. Mir kam es überzogen vor, meine Situation zu vergleichen mit der von Leuten, die das Exil benutzen als einen Ort, um auf die Situation ihres Landes aufmerksam zu machen. Jemanden, der sich seit Jahren in der autonomen Szene bewegt, sollte es eigentlich klar sein, warum sie ihn verfolgen, da die sich ja bekanntlich gegen das Projekt Deutschland und alles, was damit zusammenhängt, richtet.*

"Mir kam es überzogen vor, meine Situation mit der von Leuten im Exil zu vergleichen ..."

Die Repression ist in anderen Regimen viel härter als in der BRD. Dort sind ganze Schichten betroffen, Künstler können nicht mehr ihren Ideen nachgehen, politische GegnerInnen werden auf offener Straße umgebracht. Es herrscht eine für große Bevölkerungsteile erfahrbare Unterdrückung. Aus diesem Grund versuchen Menschen dann, in anderen Ländern eine Chance wahrzunehmen, um diese Zustände zu vermitteln. Ich hätte natürlich auch was zu dem Projekt Deutschland sagen können, aber dann hätte ich auch nicht zu den Niederlanden schweigen können, weil es eben doch das gleiche gesellschaftliche Modell und ähnlich strukturiert ist. Dies fiel mir erst später auf, um so länger ich darüber nachdachte.

Dann ist mit dem Begriff 'Exil' auch ein Status verbunden. Dieser Status beinhaltet ein begrenztes oder längeres Aufenthaltsrecht. Wenn dieser erlangt ist, kann eigentlich erst die politische Arbeit beginnen, weil es sonst sehr schwer ist, sich öffentlich zu artikulieren. Um es kurz zu sagen: Ich verbinde mit dem Begriff Exil einen legalen Status. Den hatte ich nicht und er wäre mir und auch den anderen, die wegen Kaindl oder dem K.O.M.I.T.E.E gesucht werden und wurden, niemals in der westlichen Hemisphäre gewährt worden. Somit ist die Griffigkeit des Begriffs 'Exil' sehr schön, geht aber an der Situation vorbei.

Wie sah denn Dein Leben in den Niederlanden aus? Gab es es nach einer gewissen Eingewöhnungszeit wieder so etwas wie einen 'normalen Alltag'?

Matthes: *Für die erste Zeit kann ich von einem 'normalen Alltag' nicht sprechen. Meine Situation war sehr heftig wegen der Unsicherheit darüber, was eigentlich passiert ist und wie es weitergehen wird. Zum Glück hatte ich sehr schnell eine sichere Unterkunft und konnte mich ein wenig sammeln. Das einzige, was einem in dieser Situation immer wieder einfällt, ist die Frage 'Was mach' ich denn nun?'. Darauf konzentriert sich alles, mein ganzes Verhalten war davon bestimmt. Mensch kann sich nicht mehr 'zurückziehen'. Du lebst in einer Ausnahmesituation und diese konnte ich eigentlich bis zum Auftauchen nicht ablegen. Und auch heute taucht das Gefühl an verschiedenen Punkten immermal wieder auf. Es ist einfach kein 'normaler' Zustand.*

Schon bevor ich abtauchte, lebte ich in einer recht sensiblen Situation. Aus den Akten geht hervor, daß ich seit geraumer Zeit überwacht wurde. Die Überwachung ging vom Abhören des WG-Telefons über eine Kamera, die auf die Haustür gerichtet

Eröffnung des Koblenzer 'radikal-Verfahrens' abgelehnt

Der Staatsschutzsenat des OLG Koblenz hat am 5. März die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Rainer P. aus Münster, Andreas E. und Ralf M. aus Hamburg und Werner K. aus Berlin abgelehnt. Die vier Männer sollen lt. Staatsanwaltschaft Mitglieder einer "kriminellen Vereinigung radikal" sein. Die Angeklagten waren bei der bundesweiten Razzia am 13.6.95 festgenommen worden und saßen bis Anfang Dezember 1995 in Untersuchungshaft.

Das OLG sieht sich weder als räumlich noch instanzlich zuständig für dieses Verfahren. Die Anklageerhebung nach § 129 wird abgelehnt, da kriminelle Vereinigungen eine *"auf Begehung eigener strafbarer Handlungen gerichtete Zielsetzung"* verfolgen würden - die mutmaßlichen *radikal*-Redakteure sollen aber nur dazu aufgefordert haben. Die nach § 129a (Unterstützung terroristischer Vereinigungen) wird abgelehnt, da der Paragraph sich darauf richte, *"als Nichtmitglied einer terroristischen Vereinigung deren Fortbestand oder die Verwirklichung ihrer Ziele zu fördern, mithin letztlich dem Handeln anderer dienlich zu sein"*. Das sieht der Senat bei der *radikal* als nicht gegeben an. Die betreffenden Ausgaben der *radikal* seien inzwischen entweder verjährt (nach drei Jahren lt. Länderpressegesetzen, dies betrifft die Nummern 148 und 149) bzw. das OLG sieht wiederum nicht seine Zuständigkeit. Letzteres betrifft genauso die angebliche Steuerhinterziehung.

Die Staatsanwaltschaft hat am 14. März, einen Tag nachdem den vier Betroffenen diese Entscheidung zuging, Beschwerde eingelegt. Ob das Verfahren demnächst durch die BAW an ein anderes, verurteilungswilliges OLG abgegeben wird, bleibt abzuwarten. Die Entscheidung des OLG Koblenz hat indes keine direkten Auswirkungen auf das Verfahren vor dem OLG Düsseldorf gegen die anderen fünf Hauptbeschuldigten (hier gibt es bisher aber weder eine Anklageschrift noch eine Terminierung).

war, Observationen von Urlaubsfahrten bis hin zu Wanzen im Auto. Dies blieb natürlich nicht alles völlig unbemerkt.

Aber das war dann mit einemmal vorbei. Einerseits konnte ich mich zurücklehnen und versuchen zu entspannen. Das habe ich dann auch ausgiebig gemacht. Die Phase der Anpassung dauerte nur eine kurze Zeit und dann merkste: Dir sieht ja sowieso niemand an, wer oder was du bist und auch nicht, daß du aus Deutschland kommst. Danach ging es ein wenig besser. Das Leben normalisierte sich auf einem beständigen Spannungsniveau. Es begann auch Spaß zu machen. Das hing stark mit meinem Umfeld zusammen. Es war spannend, Leute gleich 'von Null auf Hundert' kennenzulernen. Nicht die lange Phase des Kennenlernens zu durchstreifen, sondern meine Story lag auf der Hand und das interessierte die Leute - und mich interessierten natürlich ihre Stories. Ich wollte ja von dem Land und den Leuten was mitbekommen und das lief dann auch recht gut.

Das hört sich jetzt alles ein wenig romantisiert an. Es gab auch sehr beschissene und einsame Tage. Meine Ansprüche reduzierten sich auch auf einige wenige Sachen und ich mußte mir Neues suchen. Das dauerte aber einige Monate, bis sich das dann realisiert hat. Manchmal war ich auch einfach zu träge und habe meinen Arsch nicht hochgekriegt.

Wie schätzt Du als interessierter Leser linksradikaler Zeitungen die Bedeutung der *radikal heute ein - auch im Vergleich zu anderen (halb-)legalen, auf jeden Fall nicht allzu klandestin produzierten und vertriebenen Publikationen? Kann es sein, daß die ehemalige 'Bewegungszeitung' heute im wesentlichen nur noch von ihrem Mythos des 'Radikalen', des 'Gefährlichen' oder von - auch werbewirksamen - Kriminalisierungsaktionen wie am 13.6.95 und danach lebt?*

Quo vadis hat in einem Diskussionspapier (1) quasi die Existenzfrage gestellt: 'Die Zeiten haben sich geändert und die 'radikal' auch. Die 'radikal' war in den letzten Jahren kein Sprachrohr der Szene, kein Feld kontroverser und fruchtbarer Auseinandersetzung, kein Blatt, das sich sonderlich für die Diskussion feministischer Positionen interessiert hat, keine Provokation, nur beschränkt ein Medium unterdrückter Nachrichten, keine Orientierung in der theoretischen Diskussion.'

Matthes: *Der Schlag am 13.6.95 ist ein Einschnitt gewesen, durch dessen propagandistische Wirkung die radikal aber an Bedeutung gewonnen hat. Vorher war sie sicher eine Zeitung des linksradikalen Spektrum, die eine große, überregionale Reichweite hatte und dadurch auch in einigen Diskussionen richtungsweisend war. Sie erscheint kontinuierlich seit 20 Jahren und spiegelt im Grunde die Bewegung wider, was mensch auch so bewerten kann, daß sie in den letzten Jahren an Bedeutung verloren hat.*

Sicher war es auch ein Verlust, daß 1992 einige Gruppen aus der radi ausgestiegen sind (2), wodurch explizit Artikel von Frauen abgenommen haben. Das war, im Nachhinein gesehen, bestimmt eine ungünstige Entwicklung. Die andere Seite dieses Konflikts war bestimmt, daß sich die Arbeit auf weniger Gruppen verteilte, was sich immer auch auf Inhalte und Arbeitsweisen auswirkt. Dennoch gab es inhaltliche Anstrengungen wie 'Gegen das Vergessen' (GDV) oder die ausführliche Auseinandersetzung über die Organisierungsdebatte in bezug auf die AABO oder auch die OLGA.

Solikonten

Bremen ('gemischtes Plenum'): Rote Hilfe, Stichwort "13.6.", Konto 481912206, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20)

Bremen (Frauen/Lesben): "Soli", Konto 10684850, Die Sparkasse in Bremen (BLZ 290 501 01)

Bundesweit: Rote Hilfe e.V., Konto 719 007 56, Berliner Bank (BLZ 100 200 00)

Die radi hat aber auch noch eine andere Bedeutung, die über bloße Zeitungsmachen hinausgeht. Sie ist eine bundesweite Struktur und versucht dies auch auszudrücken, mit allen Fehlern und Schwächen. Sicher kann mensch die Kritik aus dem Quo-vadis-Papier nachvollziehen. Aber diese Kritik beruht auf einem Verständnis, daß der radi eine Art Avantgardefunktion zuschreibt. Die hatte und hat sie nicht, auch wenn sich vielleicht einige gerne darin sähen und der sog. Mythos radikal weit verbreitet ist.

Für mich war die radi immer nur eine Zeitung, die Diskussionen dokumentiert, nach neuen Ansätzen sucht und an die LeserInnen vermittelt. Das ist ihr ab und zu gelungen. Sie ist nunmal ein Medium für eine diffuse linksradikale Szene - ein ingroup-Medium. Im Unterschied zu anderen Zeitungen, wie Arranca, 17°C oder auch dem Kassiber, bei denen es eine Redaktionsgruppe gibt, wurde bei der radi versucht, durch verschiedene Gruppen mit verschiedenen Schwerpunkten eine Offenheit, was die Themen angeht, zu erreichen.

Durch die verschiedenen Gruppen, die die Inhalte zusammenstellen, sie produzieren und verteilen, kommt auch nicht die 'inhaltliche Strömung' zum Ausdruck und kann sich durchsetzen. Von außen betrachtet ist es eben ein heterogener Haufen. Die einen versuchen eher durch Theorie Zusammenhänge zu vermitteln, wie im GDV. In der OLGA hat sich scheinbar eine praxisorientiertere Gruppe zusammengesetzt, wo dann neben längeren Artikeln auch Berichte von besetzten Häusern oder Demos ihren Raum finden. Aber auch kleinere militante Aktionen haben ihren Platz, wie z.B. die allseitsbeliebte Wagensportliga. Dazwischen erscheinen dann wieder Texte zu Rassismus und Flüchtlingen von anderen Gruppen. Das alles drückt sich in der radi aus und macht sie auch spannend.

Ich hatte beim Lesen der radi zumindest das Gefühl, daß sie versucht, verschiedene Herangehensweisen und Positionen zum Ausdruck zu bringen. Dies kann Gruppen, die zu einem bestimmten Thema arbeiten, wie z.B. zu Feminismus, zu wenig sein. Oder auch den Leuten von Quo vadis, die versuchen, ihren Frust an den Schwächen der radi abzulassen. Wenn sie mit der gleichen Schärfe ihren Artikel mal hinterfragen würden, dann würden sie sicher einige Kriterien, die sie benennen, bei ihrer eigenen Organisierung wiederfinden. Ich würde mit ihnen mal gern darüber zu diskutieren.

"Die beiden letzten Nummern der radikal hatten ja auch schon einen anderen Lesewert als die Ausgaben vor dem 13.6.95."

Den Versuch, eine repräsentative Entwicklung in der radikalen Linken zu vermitteln, hat die radi in meinen Augen erfüllt. Das außer acht zu lassen, ist eine Oberflächlichkeit, die ich dem Quo-vadis-Artikel und auch dem Text der Lesben im ID-Archiv (3) unterstellen würde. So werden einige Sachen rausgepickt und dann daran eine Analyse entwickelt. Aufgefallen ist mir z.B., daß die radi sich bisher in keiner Äußerung, die ich gelesen habe, selbst als feministische Zeitung definiert hat. Es war eine Patriarchatskritik enthalten und manchmal gab es auch ausdrücklich feministische Texte. Außerdem wird eine Analyse, ohne den geschichtlichen Hintergrund zu beachten, verzerrt oder fällt ganz einfach falsch aus.

Um auf die Frage zurückzukommen: Der Bekanntheitsgrad ist natürlich durch die letzte Aktion immens gestiegen. Dadurch hat sie jetzt die Möglichkeit, auf einer neuen Basis weiterzumachen: Die beiden letzten Nummern hatten ja auch schon einen anderen Lesewert als die Ausgaben vor dem 13.6.95. Sie hat in meinen Augen auch inhaltlich gewonnen. Andererseits ist der Versuch, jetzt mal zu gucken, was eine bundesweite linksradikale Zeitung für eine Bedeutung hat, sicher noch spannend.

Die *radikal hat als Sprachrohr einer sich möglichst radikal gerierenden Szene immer ein für militante Politik zweifelsohne unabdingbares klandestines Verhalten propagiert. Nun legen die Auswertungen der der Staatsanwaltschaft vorliegenden Akten nahe, daß das tatsächliche Verhalten einer ganzen Reihe von Leuten ein anderes war. Wir können hier natürlich nur über den Wahrheitsgehalt dieser Akten spekulieren, aber könntest Du Dir Gründe für mögliche politische (und auch persönliche) Katastrophen vorstellen?*

Matthes: *Zu dem, was die radikal darstellt, habe ich gerade schon was gesagt. Sie bezieht sich auf linksradikale Politik, sucht Verbindungen zu den verschiedenen Anästzen linksradikaler Politik, nicht nur der Militant im herkömmlichen Sinne, sondern auch zu anderen - vielfältigen - Widerstandsformen sowie Auseinandersetzungen auf der theoretischen Ebene. Ein Teil davon ist auch die Propagierung klandestinen Verhaltens, das zweifelsfrei wichtig ist.*

Auf der anderen Seite erscheint die radikal seit 20 Jahren kontinuierlich, trotz andauernder Repression. Das und daß sie immer als Teil bzw. Spiegel der Bewegung anzusehen war, hat auch zu dem Mythos beigetragen. Wenn das jetzt konsequent weitergedacht und damit vom Sockel geholt wird, kann jede und jeder sich die Frage selber beantworten. Erstens gibt es keine Organisierung, die perfekt ist, was jede/r für sich nachvollziehen kann, und dabei kommt es nicht auf die Art der Organisierung an. Es bestehen zwar eindeutige Regeln, aber in der Praxis gibt es immer Gründe, warum diese nicht eingehalten werden. Das passiert selbst bei der kleinsten Aktion. Gleichzeitig ist es aber auch so, daß durch diese Fehler die Organisation lebt. Ihre Mitglieder lernen durch persönliche Betroffenheit und es gibt gleichzeitig eine Weiterentwicklung der Organisationsform.

"Wie damit umgehen, wenn aufgrund von persönlichem Verhalten z.B. andere beschuldigt werden?"

So gesehen sind radikal und die durch die Durchsuchungen und Observationen aufgedeckten Fehler und Funde (vorausgesetzt, daß sie sich das nicht alles aus den Fingern gesogen haben) nix besonderes. Es gab in der Geschichte immer wieder solche Begebenheiten: RAF, ETA, Widerstand im Nationalsozialismus sind einige Beispiele dafür. Durch diese Argumentation sollen aber nicht die gemachten Fehler entschuldigt werden. Es soll nur dazu beitragen, den Mythos, den mensch der Zeitung gegenüber aufgebaut hat, aus dem eigenen Kopf zu kriegen. Die Zeitung an sich hebt sich nicht von der übrigen Bewegung ab, sondern ist ein Teil von ihr und sollte deshalb auch so verstanden und unterstützt werden.

Zum anderen ist da noch die subjektive bzw. persönliche Ebene: Wie mensch damit umgeht, wenn aufgrund von persönlichem Verhalten z.B. andere beschuldigt werden. Auch diese Situation kann jede/r nachvollziehen, denn wer war noch nicht in einer Situation, in der er/sie einen Fehler gemacht hat. Es ist zwar so, daß das Umfeld oder die Bewegung bis zu einem bestimmten Maße solidarisch damit umgehen muß, aber trotzdem müssen die Personen im Endeffekt allein damit klarkommen. Wie sie sich darin verhalten, liegt dann in den persönlichen Entscheidungen und Beziehungen: Ob eine Aufarbeitung innerhalb des jeweiligen Umfelds geschieht, ob sie sich der Verantwortung stellen und mit den Beteiligten darüber reden oder aber sie sich dem Ganzen entziehen oder sich in Arbeiten stürzen, um das zu kompensieren und z.T. auch unheimlich auf die Wurst hauen. Das ganze ist dann natürlich mit Konsequenzen verbunden.

Für eine Solibewegung ist dies eine schwierige Phase. Eine Gratwanderung: Einerseits die Solidarität weiterhin aufrecht zu erhalten und andererseits eine Ebene zu finden, mit den Leuten umzugehen, die das offensichtliche Fehlverhalten gezeigt haben. Das ist nicht immer leicht.

Danke für das Interview.

Die Fragen stellte Willi Leow.

Anmerkungen:
(1) Quo vadis, Entenvieh macht auch Mist, in: kassiber 29, September 1996, S. 26ff.
(2) Vgl. 20 Jahre radikal. Geschichte und Perspektiven autonomer Medien; Hamburg: Libertäre Assoziation, Münster: Unrast, Berlin: Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße, Berlin: Edition ID-Archiv, 1996.
(3) Einige Lesben aus dem ID [Bremen], Zensur in der Linken? Feministische Inhalte in der radikal, sowie: dies., Worte als Waffen? Lesben/Frauen, linke Presse und politische Zensur; beide in: kassiber 28, Februar 1996, S. 12ff.

Ready or not?

In der radikal Nr. 153 erschien der Artikel "Von der Bürde und Würde des Exils" der "Gruppe wider den Knick" (GwdK). Der folgende Text war ursprünglich als Entgegnung darauf gedacht. Nun ist es aber mehr eine Ergänzung geworden: dazu, wie durch das Abtauchen neben den Flüchtenden auch viele andere mitbetroffen sind, und wie deren Situation und Probleme aussehen.

Mir sind beim Lesen des Artikels einige Sachen aufgefallen, die mir nicht gefallen haben. Ich will aber auf keinen Fall die Absicht des Artikels infrage stellen. Im Gegenteil, auch ich finde es gut, dem Thema "Flucht/Exil/Leben mit einer neuen Identität" seinen Schrecken zu nehmen und der Alternative "Knast" entgegenzusetzen. Es ist wichtig, dem Mythos des Abtauchens als etwas Unmögliches (da die Bullen ja eh alles wissen und kontrollieren würden), entgegenzuarbeiten und konkrete Erfahrungen dagegen zu setzen. Das aber gelingt in o.g. Artikel nur zum Teil, zum anderen tragen die Leute eher dazu bei, neue Mythen zu kreieren (z.B. die/der ungebrochene, psychisch kaum angeknackste Abgetauchte auf der einen, die/der gebrochene Selbst-Steller/in auf der andern Seite).

Es gab in letzter Zeit einige gute Erfahrungen mit dem Abtauchen, zu denen sich die entsprechenden Leute auch geäußert haben: einige Leute aus dem Kaindl-Verfahren (vgl. *radi* 150 und 153), Leute aus dem *radikal*-Verfahren (*radi* 153, *kassiber* Nr. 29), Uli D. aus den Verfahren gegen die *Rote Zora* und die *Revolutionären Zellen (Konkret* 9/96). Es gibt aber auch schlechte Erfahrungen, wo Leute mit dem Exil nicht klargekommen sind bzw. es auch gar nicht versucht haben. Einige sind relativ schnell von den Bullen gekriegt worden, andere haben sich sofort gestellt, ohne abzuwarten, wie das Verfahren sich überhaupt entwickeln wird - u.a. auch deshalb, weil sie und ihre FreundInnen es sich nicht zugetraut haben, die Illegalität zu organisieren.

Aber auch aus einigen der positiven Erfahrungsberichte geht hervor, daß das Abtauchen höllisch viel Arbeit und große psychische Belastung vor allem auch für die Dagebliebenen bedeutet. Von daher wär's nun Zeit, auch vermehrt und konkreter über die Probleme und Schwierigkeiten, die das Abtauchen für die Zurückbleibenden mit sich bringt, zu reden.

1.

In den ganzen Diskussionen ums Abtauchen sind bisher fast ausschließlich die Betroffenen selbst zu Wort gekommen, aber kaum Leute aus deren Umfeld, politische Zusammenhänge, Bezugspersonen etc. Die einzige mir bekannte Ausnahme sind die Frauen aus Bremen, und es scheint mir kein Zufall zu sein, daß es gerade Frauen sind, die das Thema, was das Abtauchen für das sog. Umfeld bedeutet thematisieren. Auch im Artikel der GwdK tauchen die ganzen Bezugspersonen, FreundInnen etc. so gut wie gar nicht auf.

Der Tatsache, daß das Abtauchen nicht allein ein Problem ist für die, die gehen, sondern gerade auch für die, die zurückbleiben, wird viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auch ihre Situation wird durch Flucht und Abtauchen grundsätzlich verändert, auch sie müssen mit dem Verlust, dem Schock und der Angst klarkommen.

Je besser vorbereitet so ein Umfeld ist, wenn die Leute sich schon eingehend mit der Möglichkeit, selbst Abtauchen zu müssen, auseinandergesetzt haben, und je mehr Erfahrungen mit konspirativem Verhalten und Organisierung sie haben, desto einfacher wird es für sie werden. Und trotzdem ist es noch hart genug - und noch mehr für die, die einfach ins kalte Wasser geworfen werden, sich in der Beziehung wenig Gedanken gemacht oder/und sich wenig zugetraut haben.

Von daher ist es eigentlich unerläßlich, auch über den Bekanntenkreis nachzudenken und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, wenn mensch sich entscheidet, Aktionen zu machen, die das Risiko von mehreren Jahren Knast beinhalten. Derartige Überlegungen habe ich bisher nur von Eltern bezüglich ihrer Kinder mitgekriegt. Mütter und Väter stehen immer wieder vor der Frage, was kann ich meinem Kind gegenüber verantworten und wie kann ich garantieren, daß das Kind möglichst wenig darunter zu leiden hat, wenn ich plötzlich von der Bildfläche verschwinde, also z.B. im Knast oder eben auf der Flucht bin. Ähnliche Überlegungen könnten sich aber auch bezüglich anderer Personen gemacht werden: Menschen, die besonders von uns abhängig sind, z.B. weil sie schwer krank sind oder sich psychisch in einer labilen Verfassung befinden, die eigenen Eltern, nicht leibliche Kinder oder einfach unsere ganzen FreundInnen und GenossInnen. Natürlich soll das nicht heißen, nichts mehr riskieren zu können, wenn einige der Faktoren nicht optimal sind (wer hat schon die Eltern, die mit 'ner derartigen Situation klarkommen ...). Aber es ist auf alle Fälle wichtig, sich dazu im voraus Gedanken zu machen, und da, wo Probleme zu erwarten sind, diese ernst zu nehmen und nach Lösungen zu suchen.

Das fängt bei Kleinigkeiten wie der Melde-Adresse an: Eine Ein- oder Zwei-Zimmer-Wohnungs-Adresse kann besser sein als eine große Wohngemeinschaft, da dadurch wesentlich weniger Leute in Mitleidenschaft gezogen werden. Es kann heißen, sich gegen einen "Markennamen" zu entscheiden, da durch den _129a die drohende Knaststrafe höher und die Verfolgung (z.B. Fahndung, Observationen, Vorladungen) durch die Staatsbüttel bedeutend härter ist. Es kann heißen, eine weitere, an der Aktion nicht beteiligte Person einzuweihen, damit im Falle des Scheiterns immerhin eine außenstehende Person Bescheid weiß, die dann schnell reagieren und z.B. von der Fahndung betroffene Leute warnen kann. Und es soll heißen, Vorkehrungen für den Fall des Fehlschlagens einer Aktion und für die Flucht zu treffen (Fluchtwohnung, Bargeld, Konto-Karten und PIN weitergeben).

Eigentlich müßten wir alle, die sich als "radikale und/oder revolutionäre Linke/r" verstehen, auf derartige Situationen vorbereitet und in der Lage sein, damit umzugehen. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft oft eine riesengroße Lücke. Und nur wenige Leute können auf Erfahrungen in derartigen Situationen zurückblicken. Außerdem gibt es 'ne ganze Menge Leute unter uns, die psychisch nicht besonders belastbar sind.

Aus obigen Gründen finde ich den Satz der GwdK "Es gab und gibt immer bessere Lösungen als sich zu stellen" in dieser Absolutheit auch nicht richtig. Ich will damit nicht sagen, daß es eine gute Lösung ist, in den Knast zu gehen, aber es könnte in bestimmten Situationen die bessere von zwei schlechten sein. Mensch könnte sich z.B. gegen ein langjähriges Exil entscheiden, um für ein Kind oder eine andere abhängige und wichtige Bezugsperson erreichbar zu sein und einigermaßen regelmäßige Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten durch Knastbesuche und Briefe aufrechtzuerhalten. Dies wäre in meinen Augen auch eine korrekte und akzeptable Entscheidung in einer derartigen Situation. Wichtig aber auch da, daß so eine Entscheidung nicht überstürzt gefällt wird, sondern erst nach ausführlichen Diskussionen mit Vertrauenspersonen und nachdem genauere Abklärungen über den Stand der Ermittlungen eingezogen sind (was aber in einem Verfahren, wo keine Anklage erhoben werden kann, "weil die Verdächtigen flüchtig sind", nicht so einfach ist). Außerdem sollten Alternativen vorhanden sein und die Person sich emotional wieder gefaßt haben.

2.

Der durch das Abtauchen in Mitleidenschaft gezogene Personenkreis setzt sich meist aus den unterschiedlichsten Leuten mit den unterschiedlichsten politischen Standpunkten und Erfahrungen zusammen. Im folgenden werde ich mich auf Leute beziehen, die selber aus einem radikalen linken/autonomen Spektrum kommen, die sich also - zumindest von ihrem Anspruch her - schon mit derartigen Situationen auseinandergesetzt haben, und wo mensch denken könnte, daß diese Leute der Situation einigermaßen gewachsen wären.

Doch so glatt geht das alles nicht, wie sich in Berlin nach dem mißglückten Anschlag auf die Baustelle des Abschiebeknastes und der darauf einsetzenden Fahndung gezeigt hat. Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe, und fast alle, die's irgendwie betroffen hat, waren zuerst einmal völlig außer sich. Einerseits das Entsetzen, daß das "Schreckliche" eingetreten ist, daß Leute, die wir lieben, die Flucht antreten müssen. Andererseits die Angst angesichts der auf einen zurollenden Fahndungs- und Repressionsmaschinerie, irgendwas falsch zu machen und den Verfolgten zu schaden. Die wenigsten schafften es, mit dieser Situation von heftigster praktischer Belastung auf der einen und extremem Gefühlssalat auf der andern Seite korrekt

umzugehen. Es war unheimlich viel Aggression, Mißtrauen und Verständnislosigkeit untereinander zu spüren.

Im nachhinein kommt es einem so vor, als wenn für den Schock und die Angst ein Ventil gesucht und Unmengen von Aggressionen mobilisiert wurden und - da Bullen und Staat grad übermächtig erschienen - nicht gegen diese, sondern gegeneinander gerichtet wurden. Viel Wut auch auf die Gesuchten, denen ihre ganzen Sünden der letzten Jahre aufgerechnet wurden, und auf die, die diese Aktion verbockt hatten. Ich will damit nicht sagen, daß es keinen Grund gegeben hätte, wütend zu sein. (Die Gruppe *K.O.M.I.T.E.E.* hat ja auch selbst eingestanden, schwerwiegende Fehler gemacht zu haben, indem sie Unbeteiligte heftigst in die Sache mitreingezogen hat.)

Doch damit läßt sich das, was in den ersten Tagen abgelaufen ist, nicht erklären. Vielmehr spielte eine Rolle, daß viele über Nacht in eine für sie sehr unangenehme und schwierige Situation katapultiert wurden, eine Situation, die viele für sich eigentlich ausgeschlossen hatten, da sie sich entschieden hatten, bestimmte Aktionen und Aktionsformen nicht (mehr) zu machen. Zu einer solchen Entscheidung hatten unterschiedliche Gründe geführt, z.B. die Unzufriedenheit über die eigene Praxis, die nicht den Ansprüchen genügt (zuviele Fehler/zuwenig Verantwortung), oder es politisch nicht mehr sinnvoll bzw. das Verhältnis Risiko/Wirkung nicht mehr stimmig zu finden oder einfach die Angst und den Psychostreß und andere Unannehmlichkeiten von militantem Alltag nicht mehr länger mitmachen zu wollen. Meist spielen mehrere dieser Gründe zusammen, doch oft wird damit nicht offen umgegangen, die politischen werden angeführt, von den persönlichen wird geschwiegen (weil's oft nicht so leicht zu akzeptieren ist und auch etwas am Selbstvertrauen kratzt, von früheren Vorstellungen und Ansprüchen Abschied zu nehmen).

In so eine Situation platzen andere, versuchen sich an einer Aktion, die vom Angriffsziel her nicht zu kritisieren ist, und scheitern - aufgrund dummer Zufälle und aufgrund eigener Fehler und Fehleinschätzungen. Die Konsequenzen (ungeahnten Ausmaßes) donnern über alle hinweg, auch über die, die sich anders entschieden haben. Tja, und da liegt es eben doch sehr nahe, mit Wut und Abwehr zu reagieren und die Verantwortung auf andere abzuwälzen.

Hier aber läßt sich die Kritik, die sich im ersten Teil an die Militanten richtete, das "Umfeld" nicht genügend in die eigenen Überlegungen miteinbezogen zu haben, nun auch an die andere Seite richten. Solange wir uns individuell - oder als kleine Gruppe - gegen militante Aktionen entscheiden, können wir nicht davon ausgehen, daß sich all die anderen um uns herum auch so entscheiden, d.h. wir müssen uns auch weiterhin einen Kopf darum machen, wie wir mit Repression umgehen, was Abtauchen für uns heißt etc. Und solange wir uns als Teil einer linksradikalen Szene begreifen, die sich die Wahl der Mittel nicht vorschreiben läßt, die sich die Option auf direkte Angriffe nicht nehmen läßt, solange müssen wir auch politisch die Verantwortung für das übernehmen, was solche Angriffe an Repression auslösen, und können die Verantwortung nicht allein auf die abwälzen, die sich zu bestimmten Aktionen entschlossen haben.

Dazu ein Zitat aus dem Papier "Selbstverständnis einer militanten Gruppe" *(Interim* Nr. 388, S. 16, Abschnitt 4, Praktische Distanz zu Militanz?): *"Wenn wir die Prämisse von der Militanz als integralem Bestandteil revolutionärer Politik setzen, ist die Frage der "praktischen Distanz" zu militantem Vorgehen nicht allein an militante AktivistInnen zu richten. Linksradikale, die eine "praktische Distanz" zu Militanz verspüren, und damit nicht nur ein zeitlich befristetes Aussetzen meinen, sondern sich generell davon abwenden und ihr gar die Legitimation absprechen, sind umgekehrt durchaus nach der Ernsthaftigkeit ihres sozialrevolutionären Engagements zu fragen."*

3. Die "Würde"

Die *Gruppe Wider den Knick* schreibt in ihrem Papier: *"Wer sich stellt, beschädigt sich selbst, er/sie verliert den Respekt anderer und den Respekt vor sich selbst. In den Worten lateinamerikanischer GenossInnen, die sehr großes Gewicht darauf legen: Du verlierst deine Würde."*

Nun, das ist der Abschnitt im Text, der mich am meisten wütend gemacht hat. Es gibt die unterschiedlichsten Voraussetzungen und Gründe, weswegen sich Leute stellen. Die einen sind durch die veränderte Verfahrenslage nur noch von wenig Knaststrafe bedroht und das Leben im Exil erscheint ihnen fremdbestimmter und aufgezwungener als ein Sich-Stellen. Andere sehen keine andere Möglichkeit der RAF-Kill-Fahndung zu entkommen. Sicher, diese Leute gehen Kompromisse ein, aber ist es nicht etwas dick aufgetragen, ihnen gleich Würde und Respekt abzusprechen?

Ich finde, Ihr habt einen sehr dogmatischen und eingeschränkten Begriff von dem, was "Würde" sein soll. Eine Vorstellung, wonach mensch eine Würde hat, die sie/er unwiderruflich verliert, wenn mensch sich den Bullen gegenüber nicht eindeutig verhält. Das ist ein sehr eingeengter Blick. Ich denke eher, daß es im ganzen Leben immer wieder Situationen gibt (und nicht nur im Zusammenhang mit der Staatsgewalt), wo wir unsere Würde zu verteidigen haben. Und je nach Biographie und Geschlecht haben wir mehr oder weniger Situationen hinter uns, wo wir uns nicht so verhalten haben/konnten, wie wir's richtig gefunden hätten, wo wir schwach waren, feige, Ohnmacht erlebt und (uns) erniedrigt haben/wurden - und uns hinterher mühsam wieder unsere Würde erkämpfen/erarbeiten mußten.

So kompromißlos wie Ihr urteilt, wird das Verhalten vor Gericht, gegenüber Bullen und Justiz zu dem Maßstab unserer Identität, erscheint als etwas nicht wieder Gutzumachendes, und die ganzen Miesheiten, Feigheiten, das Kuschen im privaten und alltäglichen Bereich geraten aus dem Blickfeld. Sicher, das Sich-Stellen kann eine sehr "unwürdige" und erniedrigende Situation sein (vor allem wenn's aus einer kraßen Schwäche- oder Ohnmachtsposition erfolgt), und sicher ist es immer wieder wichtig, Bullen und Justiz so wenig wie möglich entgegenzukommen, sich möglichst nicht freiwillig zu stellen, keine Aussagen zu machen (und solche, die andere belasten, auf gar keinen Fall!).

Aber leider gibt es immer wieder Situationen, wo die Leute sich anders entscheiden, wo sie zuviel Angst haben oder kein Risiko eingehen wollen (die autonome Prozeß-Geschichte ist voll davon). Mit diesen Schwächen und Unzulänglichkeiten müssen wir wohl oder übel umgehen. Je offener damit umgegangen wird, desto kleiner der Schaden, der dadurch entsteht.

Und auch die Abgetauchten werden immer wieder vor Situationen stehen, wo sie um ihren Respekt kämpfen müssen, z.B. wenn der Flucht ärgerliche Fehler vorausgegangen sind. Oder wenn sich das Abtauchen als sehr schwierig und belastend rausstellt, sie an ihre eigenen Grenzen stoßen und die Frage des Sich-Stellens wieder auftaucht. Oder wenn sich Beziehungen entwickeln zu Leuten, die nicht Bescheid wissen und nicht eingeweiht werden können, also ein großer Teil einer Beziehung auf einer Legende, einer Art Lüge, beruht.

4. Fazit

Nun, was sollte das Ganze? Mir geht's um mehrere Dinge: als erstes fänd ich's gut, wenn in der gesamten Diskussion ums Abtauchen vermehrt das "Umfeld" der Abgetauchten ins Blickfeld gerät und sich selbst dazu äußern würde (soweit das halt in einem nicht abgeschlossenen Verfahren der Fall sein kann). Wie die Verfolgten Flucht und Exil erleben, hängt zu einem grossen Teil von deren Umfeld ab, z.B. wie die Leute in der Lage sind, weiterhin Kontakte und Kommunikation aufrechtzuerhalten, und sich die Verfolgten nicht so abgeschnitten und alleine fühlen.

Ich fänd's auch gut, wenn in der Geschichte des militanten Widerstands vermehrt das Auge auf die Schwierigkeiten und Schwachstellen, die sich immer wieder auftun, gelegt würde. Wir scheitern ja nicht einfach an der Repression, sondern eben genau daran, daß sie doch immer wieder Auswirkungen auf uns hat. Oder weil wir Fehler machen, die den Bullen überhaupt ein Eingangstor öffnen. Leider ist dies alles viel zu wenig Thema.

In dem Zusammenhang fällt mir auch das Papier der *Roten Zora* "Milli's Tanz auf dem Eis" ein, wo der überaus spannende Abschnitt, warum sie nach der Repressionswelle 1987 sieben Jahre lang nix von sich haben hören lassen, warum welche ausgestiegen sind und mit welchen "menschlichen" Problemen sie zu kämpfen hatten, leider auch ziemlich knapp ausgefallen ist.

Nicht wenige der Gründe für unsere Probleme und unser Scheitern sind im psychologischen Bereich zu suchen, bei den ganzen Gefühlen, Ängsten und dem Mißtrauen, das uns und den andern das Leben schwer macht, und einer konstruktiven Zusammenarbeit und Auseinandersetzung im Wege steht.

Okay, das war's! Ich freue mich auf Reaktionen!

Urmel aus dem Ei(s)

Papiere, die im Text erwähnt werden und die es sich zu lesen lohnt:
"Von der Bürde und Würde des Exils" u.a., in: radikal Nr. 153, November 1995
"Abtauchen und Leben in der Illegalität" u.a., in: radikal Nr. 150, Juli 1994
kassiber Nr. 29, September 1996
Konkret 9/96, 1/97
radikale Zeiten
"Selbstporträt einer militanten Gruppe", in: Interim Nr. 388, 13.9.96
Milli's Tanz auf dem Eis (Broschüre der Roten Zora)

Die Rote

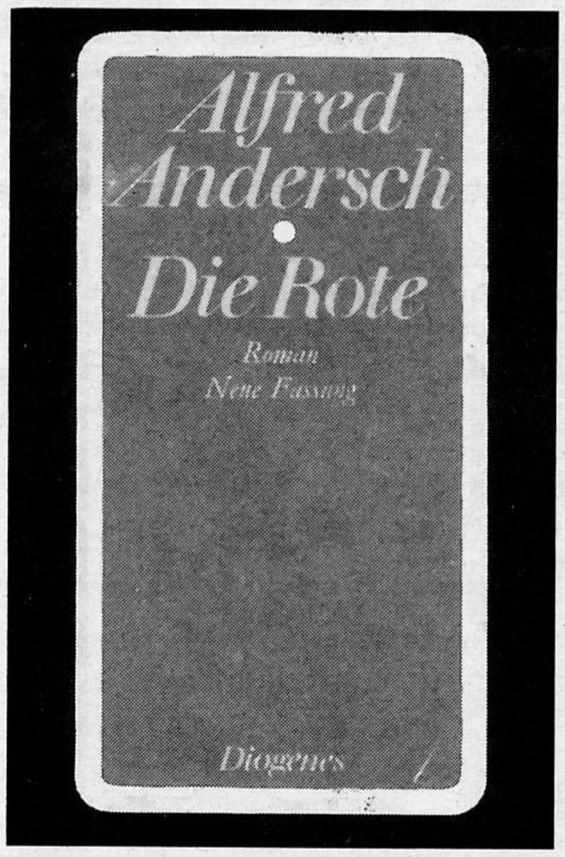
"Das Vergangene ist nie tot;
es ist nicht einmal vergangen"

Wer fällt die Entscheidung, ob ein aktuell herausgegebener Roman zur Lesepflicht erhoben oder als literarischer Schrott von niemandem gebraucht wird? Ob ein Film gesehen werden muß oder die Projektoren beschädigt? Eine einfache Frage. Literatur- bzw. FilmkritikerInnen sowie RezensentInnen sind es, die den urteilenden Daumen im Feuilleton bedeutender Zeitungen entweder nach oben oder nach unten halten.

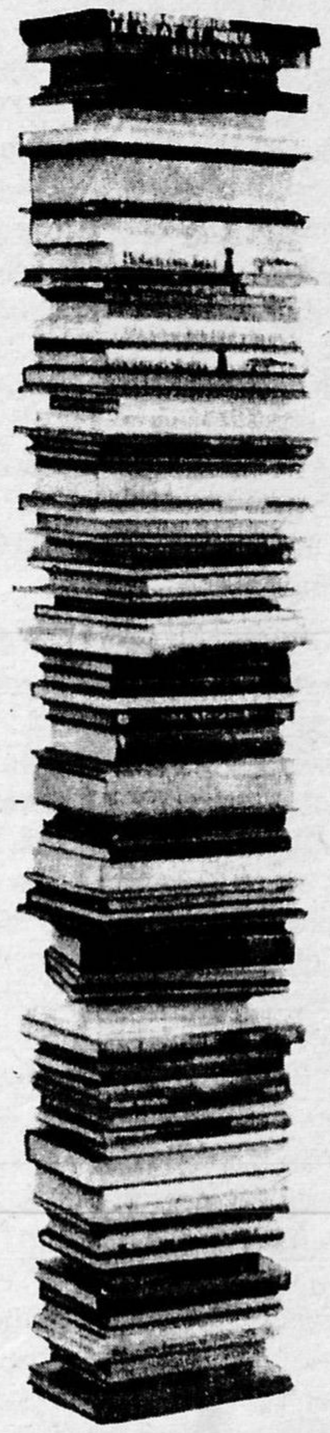
Die weit schwierigere Frage nach den jeweiligen Motiven, die zu positiven oder negativen Rezensionen führen, läßt sich in vielen Fällen hingegen nicht eindeutig beantworten. Mal gibt hier das zweifelsohne subjektive Mißfallen des gewählten Stils, mal die vielleicht gewagte Thematik, die unübliche Konstruktion oder der aneckende, nicht zur Identifikation geeignete Charakter der zentralen Figur den Ausschlag. Darüber läßt sich streiten und argumentieren. Das ist vor sich hinplätschernde Literaturkritik, wie sie überall zu lesen ist.

Was aber, wenn das Bewußtsein der KritikerInnen durch einen latenten Antikommunismus geprägt ist, der eine inhaltliche und literarische Auseinandersetzung nicht zuläßt? Wenn Rezensenten wie Marcel Reich-Ranicki sowie Armin Ayren der »FAZ« oder Wolfgang Kasack für die »Zeit« auf Autoren wie Peter Weiss, den frühen Martin Walser oder eben Alfred Andersch losgelassen werden? (Illusionen, die vielleicht der ein oder andere über Marcel Reich-Ranicki haben mag, stehen hier nicht zur Diskussion) Andersch selbst antwortet: *"Wo nicht mehr Literaturkritik stattfindet, sondern infame Boykotthetze gegen ein Buch* (»wozu es dann noch lesen?«) *ist jegliches argumentative Vorgehen ja sinn- und zwecklos geworden. Was da regiert, sind die Gesetze der Infamie."*

Wer wie die genannten Autoren Gegenwart in historischer Thematik darstellte, der wurde im bürgerlichen Literaturbetrieb abgeschaltet. Grund genug, sich der Person Alfred Andersch sowie seinem frühen, weitgehend unbekannt gebliebenen Roman »Die Rote« zu widmen.



Andersch, ehedem KP-Mitglied, als solches in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, nach drei Monaten entlassen, mit Kriegsbeginn in die Wehrmacht eingezogen, abermals verhaftet, desertierte im Juni 1944, indem er an der Arno-Front sein Gewehr ins Gras warf und zu den amerikanischen Truppen überlief. In einem US-Camp lernte er Hans Werner Richter kennen, mit dem er später in der jungen Bundesrepublik als einer der wichtigsten Organisatoren des literarischen Lebens (zu dieser Anerkennung konnte sich M.R.R.in einem Nachruf auf A.A. durchringen) die Zeitschrift »Der Ruf« herausgab. Er gehörte zu den Mitbegründern der Gruppe 47, leitete (von 1948 bis 1954) das Abendstudio des Hessischen Rundfunks und später den »Radio-Essay« des Süddeutschen Rundfunks. Ferner redigierte er die kurzlebige Zeitschrift »Texte und Zeichen«, als er Ende der 50er Jahre diese Tätigkeiten aufgab, in die Schweiz zog und 1972 die Schweizer Staatsbürgerschaft erwarb. Alfred Andersch starb am 21. Februar 1980. Bekannt und berühmt machte ihn nie das Formale, sondern das Inhaltliche, das Politische. Neben dem "*üblen Klassiker*" (A.A.) »Sansibar oder der letzte Grund« (1957), »Efraim« (1967) und »Winterspelt« (1974) zählt der im folgenden eingeleitete Roman »Die Rote« zu denjenigen, die vereinzelt in Buchregalen Bremer Buchläden und halbwegs literater ZeitgenossInnen zu finden sind.



Doch nun hinein in den Roman, der als ein Plädoyer für Unabhängigkeit und für Befreiung verstanden werden kann, der sich in einer Art und Weise gegen Abhängigkeitsverhältnisse richtet, daß Andersch - darauf wurde ich kürzlich hingewiesen - gar als "früher Feminist" gefeiert wurde.

Franziska, seit einigen Jahren mit dem kulturwissenschaftlich interessierten, gleichsam gebildeten Vertreter Herbert liiert, trennt sich von diesem spontan und endgültig auf einer Dienstreise im *Cafe Biffi* zu Mailand. Mit 25 000 Lire, 12 Zigaretten, einer Schachtel Migräne-Tabletten und wenigen weiteren Utensilien in der Handtasche begibt sie sich unmittelbar auf die befreiende Reise. Verlangt auf der *Stazione Centrale* ein Billett nach irgentwo, erhält für den nächsten *Rapido* einen Fahrschein nach Venedig. Dort angekommen, einerseits ihre Vergangenheit - neben Beziehungen zu Herbert etc. arbeitete sie als gutsituierte Dolmetscherin - andererseits ihre Zukunft vor Augen: 18 000 verbleibende Lira, die für billige Hotelzimmer maximal einige Tage ausreichen, obendrein die Ungewißheit schwanger zu sein, augenfällig wenig Perspektiven. Eindrucksvoll geschildert werden Franziskas erste nächtliche Spaziergänge durch das winterliche Venedig, die klaren Gedanken ihre Situation betreffend, sowie die Bekanntschaft mit Patrick, einem schwulen Iren, sympatischer Erscheinung. Diesem vertraut sie sich an, erzählt ihm nahezu alles über ihre Lage und begleitet ihn des nachts auf sein komfortables Boot, eine kleine hölzerne Yacht. Bei Kaffee und Whisky beginnt auch Patrick zu berichten, über sich und seine Vergangenheit, die, wie sich herausstellen wird, auch keineswegs vergangen ist: Als fließend deutsch sprechender Brite landete er 1944 mit dem Fallschirm, aus einem Flugzeug der Alliierten abgesprungen, im faschistischen Deutschland in der Nähe von Heidelberg. Informationen über dortige Stellungen, Fabriken etc. galt es für ihn auszukundschaften und den Alliierten per Funk mitzuteilen. Derartiges gelang ihm nicht. Innerhalb von Stunden wurde er aufgrund seines sprachlichen Akzentes denunziert, von der Gestapo verhaftet, gefoltert und verhört. Ein Inspektor Kramer war dabei derjenige, dem es gelang, Patrick zu Aussagen, zum Verrat zu zwingen. Kramer stellte ihn später vor die Wahl, in Gefangenenlagern britische und amerikanische Soldaten zu bespitzeln oder erschossen zu werden. Patrick, der sich für das erstere entschieden hatte, legte den gefangenen Alliierten seine Funktion offen; es gelang ihm bis zur Befreiung '45 lediglich unwichtige Informationen an Kramer weiterzuleiten und zu überleben. Später bot sich Patrick nie die Gelegenheit seßhaft zu werden, die Bleibe auf einem Schiff bot sich an. Ein weiteres, finales Aufeinandertreffen mit Kramer wird folgen.

B. Fabig

Alfred Andersch: Die Rote, Zürich: Diogenes, Neue Fassung, 1972, 201 Seiten, DM 9,80

Easy Listening

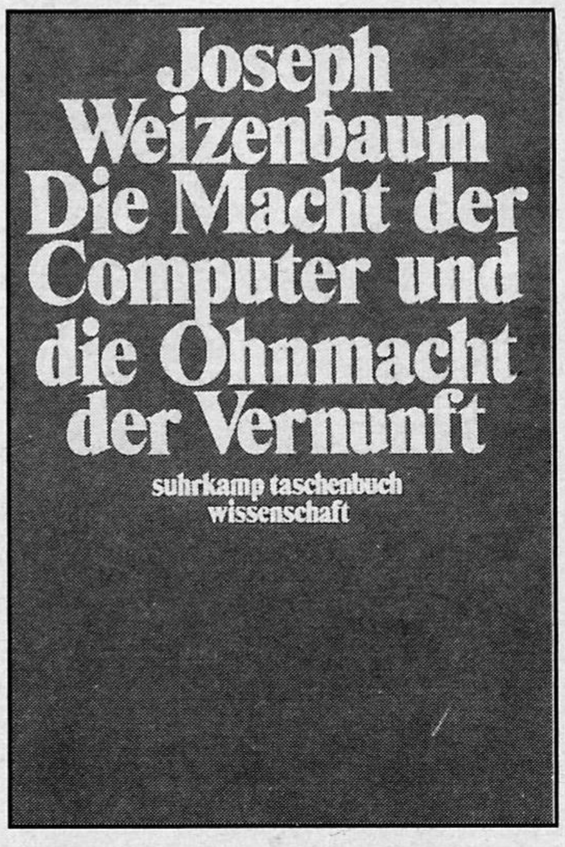
Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft

Joseph Weizenbaum, Professor für Computerwissenschaften am Massachusetts Institute of Technology (M.I.T.) und seit den späten 70ern einer der Gurus der "kritischen" NutzerInnen der Neuen Technologien genauso wie vieler ihrer entschiedenen GegnerInnen, zeigte sich schon 1975 überzeugt, daß *"die Liste der Bereiche, in denen der Computer sich als hilfreich erwiesen hat, zweifellos lang"* ist. Aber, schrieb er in ***Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft,*** es gebe *"zwei Arten der Anwendung von Computern, die entweder überhaupt nicht zum Einsatz kommen oder, wenn sie erwogen werden, mit äußerster Vorsicht praktiziert werden sollten. Die erste Art würde ich einfach als obszön bezeichnen."* Hierzu gehöre nicht nur, *"das visuelle System eines Tieres mit einem Computer zu koppeln"*, sondern *"alle Projekte, bei denen ein Computersystem eine menschliche Funktion ersetzen soll, die mit gegenseitigem Respekt, Verständnis und Liebe zusammenhängt"*.

Die zweite Art der Anwendung, die vermieden werden oder zumindest nicht ohne sorgfältige Vorüberlegungen erfolgen sollte, sei die der automatischen Erkennung der menschlichen Rede, d.h. insbesondere Computer so zu programmieren, daß eine an sie gerichtete wörtliche Rede zu dem gleichen Ergebnis führen würde, als wenn das Gesagte über die Tastatur eingegeben worden wäre. Aber auch hier gehe es *"nicht um die technische Durchführbarkeit der Aufgabe und nicht um eine Einschätzung, wie wenig oder wie sehr wir optimistisch sein dürfen, was deren Lösung angeht"*. Vielmehr sei die Frage zu stellen, *"aus welchen Gründen wir überhaupt daran interessiert sind, daß diese Aufgabe bearbeitet wird"* ...

Ja, warum? Auch Weizenbaum wußte schon von den Gelüsten der Militärs, Waffen durch mündliche Befehle steuern zu können und daß in vielen Ländern der Erde nur deshalb relativ wenige Telefongespräche durch staatliche Organe überwacht werden, weil diese Überwachung so viel Personal erfordert. Und hatte deshalb *"gar keinen Zweifel, daß es kein dringliches menschliches Problem gibt, das leichter gelöst werden kann, wenn eine solche Maschine existiert"*.

Diese quasi philisophischen Erwägungen Weizenbaums, sein Engagement gegen den *"zügellosen Szientismus"* (Th. v. Randow) und das daraus resultierende technokratische Denken entpuppen sich im Rückblick eher als Donquichotterie - sie scheinen allemal Schnee von gestern. Die kritische Auseinandersetzung mit den Computern, ihren Möglichkeiten aber auch Wirkungen auf die NutzerInnen verläuft umgekehrt proportional zu deren Verbreitung, zu ihrem Vordringen auch in die 'Privatsphäre', in das eigene Zimmer, findet also praktisch nicht statt. Und "Computer-GegnerInnen" bewegen sich heute mehr denn je auf dem intellektuellen Niveau der Maschinenstürmer des vergangenen Jahrhunderts, sehen die Ursache ihres Elends mithin in der Technologie - und eben nicht in gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen. Und "kritische" NutzerInnen haben zu ihrer Verteidigung in der Regel nicht mehr beizutragen, als daß sie ja eigentlich dagegen wären, die Kisten aber gerade für die Textverarbeitung so ungeheuer praktisch wären, außerdem werde ja heutzutage an der Uni so viel Wert auf die formale Gestaltung der Arbeiten gelegt usw. usf.



Und die gemeine PC-Nutzerin, egal ob "Linke" oder "Normalbürgerin", die sich und uns derlei Peinlichkeiten wenigstens erspart, nennt sich inzwischen "Userin" - und versucht mit der technologischen Entwicklung einigermaßen Schritt zu halten. Mit dem Ergebnis, daß überall immer schnellere Rechner herumstehen, deren Festplatten gefüllt sind mit angeblich benötigten Grafik-, DTP-, DFÜ- oder Datenbankprogrammen, Software zur Verschlüsselung von Dateien und Festplatten etc. pp. - allein kaum eine/r ist mit den Funktionsweisen auch nur eines einzigen Programms in größerem Umfang vertraut.

Hier gilt eine eigenwillige Interpretation der Marxschen Erkenntnis, daß Philosophen die Welt nur verschieden interpretiert haben, es aber darauf ankomme, sie zu verändern. Aber der Wille zur Gestaltung bzw. partiellen Veränderung - auch am PC bzw. in den Netzen -, der die Bewußtwerdung, die Analyse, die theoretische Reflexion, das Hinausdenken über den Tellerrand voraussetzt, wird dem olympischen Gedanken - "Dabeisein ist alles" - geopfert.

Der kleine Abhörratgeber

Aus der von Weizenbaum kritisierten technokratischen Denkschule stammen wohl auch die AutorInnen des in der radikalen Linken vielgepriesenen Buches ***Der kleine Abhörratgeber,*** das 1994 erstmals in den Niederlanden erschien und 1996 übersetzt, aktualisiert und den technischen sowie juristischen Gegebenheiten in der BRD angepaßt wurde. Dafür ist den HerausgeberInnen zu danken, ermöglicht das Buch doch auch technischen Laien einen (erweiterten) Einblick in die Welt des *Easy Listenings*. Vorgestellt werden physikalisch-technische Grundlagen, Methoden und Gerätschaften zum Abhören von Räumen, (Funk-)Telefonen, der Datenfernübertragung etc. Es bleibt zu hoffen, daß die im Buch dargestellten Möglichkeiten des Big Brothers die LeserInnen zur Vorsicht und zu einem politischeren Umgang mit Klandestinität animieren und *keine Panik* hervorrufen - denn, wie es auch im Vorwort heißt, die *"technische Entwicklung geht weiter und nichts, aber auch rein gar nichts, kann als absolut sicher gelten"*.

Zu kritisieren ist allerdings, daß bis auf Ansätze im ersten Kapitel und im Nachwort von Otto Diederichs (CILIP) an keiner Stelle über die juristischen und technischen Grundlagen bzw. Möglichkeiten hinaus eine politische Einordnung staatlicher Überwachungsmaßnahmen stattfindet. Denn die rein technische Ebene, auf der fast alles diskutiert wird, dürfte bei geneigten LeserInnen dazu führen, nach technischen Lösungen zu suchen.

Als politisch katastrophal mutet es in diesem Zusammenhang an, daß dem Buch eine Diskette mit dem Verschlüsselungsprogramm *Pretty Good Privacy (PGP)* beigegeben wurde. Zum einen können alle, die die DFÜ betreiben, die jeweils neuesten PGP-Versionen aus verschiedensten Netzen frei kopieren. Zum anderen dürfte die damit nahegelegte technische Lösung für Datensicherheitsprobleme dazu führen, daß das Programm sich jetzt unnötigerweise auf allen möglichen Festplatten befindet - und bestimmt auch unbedarfte Versuche zur Verschlüsselung von dort befindlichen, aber da nicht hingehörenden Dateien und mehr geradezu befördert. Denn, wie zahlreiche Ermittlungsverfahren lehren: Von den GenossInnen der *radikal* in puncto Datensicherheit zu lernen, heißt verlieren zu lernen - ordnerweise Ausdrucke entschlüsselter Dateien (die allerdings mit einem anderen, vermeintlich sicheren Programm bearbeitet wurden) bei der Staatsanwaltschaft bezeugen das.

Fraglich auch, was uns der autonom uniformierte junge Mann nebst Abhörtechnik auf dem Titel sagen soll: Hört er gerade die Cops, Nazis oder seine Liebesbeziehung ab? Verstärkt wird damit, wie dadurch, daß den Informationen zu vielen Gerätschaften Preisangaben beigegeben sind, der Eindruck, daß eine wichtige These des Buches ist, daß Abhören und dergleichen mehr eben nur ein technisches Problem und gar nicht so schwer sei ...

Leben online

Der linke Schweizer Publizist Beat Leuthardt informiert in ***Leben online,*** zu größeren Teilen offensichtlich ein Abfallprodukt seiner journalistischen Arbeit u.a. für die *WochenZeitung* und die *Frankfurter Rundschau,* über zwei Entwicklungen. Zum einen über die informationelle Aufrüstung staatlicher und überstaatlicher Verwaltungs-, Fahndungs- und Überwachungssysteme auf EU-Ebene und in verschiedenen europäischen Staaten vor allem durch zentral vernetzte Datentechnik. Zum anderen über, und das sei angeblich eine *"völlig neue Entwicklung"*, die dezentrale Sammlung und Verwendung von Daten, die der Rationalisierung im Dienstleistungs- und Sozialsektor diene und deren Ausdruck die immer weiter um sich greifenden Chipkarten seien.

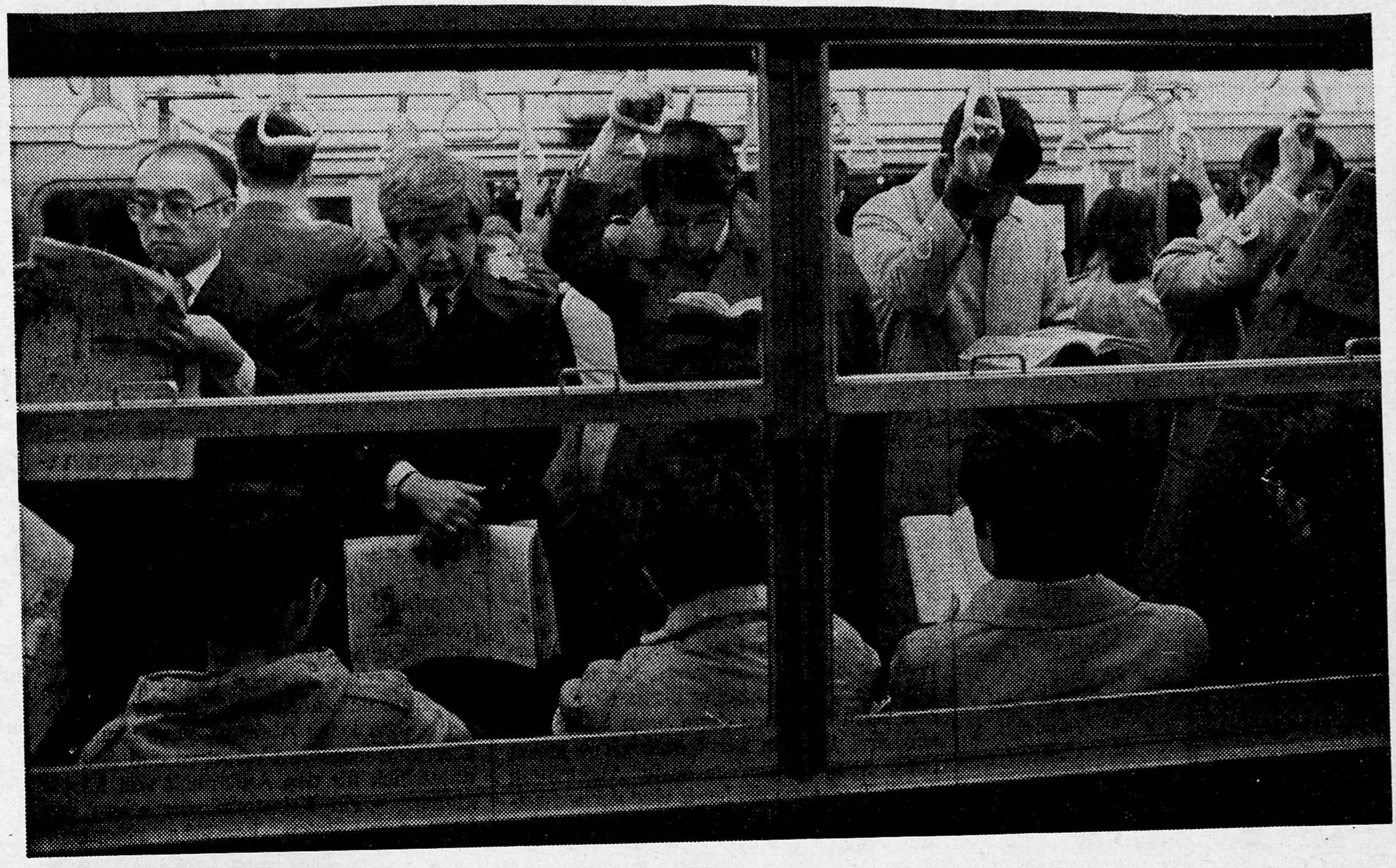
Beide Entwicklungen, und das weist Leuthardt jeweils an einer Vielzahl von Beispielen nach, haben - über Äußerlichkeiten wie Hard- und Software hinaus - vieles gemeinsam: *"Sie sind unüberschaubar geworden und im öffentlichen Bewußtsein eher positiv als negativ konnotiert. Sie etablieren gewissermaßen eine 'sanfte', fürsorgliche bis vormundschaftliche Überwachung, die nicht mehr dem Individuum gilt, sondern seinen Merkmalen. Sie schaffen Zugang oder grenzen aus, sie interessieren sich weniger für Kategorien wie Schuld oder Unschuld als für tatsächliche oder potentielle Auffälligkeiten. Sie kehren gegenüber dem einzelnen die Beweislast um - und sie sind - allen Mythen der Kommunikationsmultis zum Trotz - äußerst fehlbar."*

Konstitutiv für diese Beweislastumkehrung war sicherlich der sog. *Deutsche Herbst,* als während der "Terroristenfahndung" von der Polizei erstmals Massenkontrollen zehntausender BürgerInnen durchgeführt wurden. Was zweifelsohne nur mit Hilfe der neuen Technologien möglich war - von der Rasterfahndung nach dem "Läusekammprinzip" ganz zu schweigen. Übten die Sicherheitsbehörden damals noch, auch im Umgang mit der Technik, soll beim *Schengen Informationssysten (SIS)* und insbesondere der künftigen EU-Polizeibehörde *EUROPOL* gar nicht mehr der Eindruck erweckt werden, sie seine reine Fahndungssysteme. Datenschutzrechtliche Beschränkungen, in den 70er Jahren entwickelt, wurden hier - zur Beförderung des ungehinderten Datentransfers - weitgehend außer Kraft gesetzt.

Mit den einigermaßen hinterwäldlerisch anmutenden Methoden der Schweizer KollegInnen, die 1989 als "Fichenaffäre" bekannt wurden, hat das jedenfalls kaum noch etwas zu tun. Die dortige politische Polizei hatte etwa jede/n achte in der Schweiz lebende Person, zwei Drittel von ihnen Nicht-SchweizerInnen, fast alle als (im weiteren Sinne) linke Staatsfeinde verdächtigt - und Unmengen von personenbezogenen Daten auf Karteikarten (Fichen) notiert. Symptomatisch war hier, auch wenn - was institutionelle DatenschützerInnen gerne tun - augenscheinlich nicht mehr von *"Einzelfällen"* gesprochen werden konnte, die mediale und politische Aufarbeitung als "Skandal", womit der Blick darauf verstellt wird, daß das Ganze Struktur ist und System hat.

Denn de facto werde *"staatliche Macht"* immer noch unterschätzt. *"Mit einer Strategie des understatement"* verschafften sich insbesondere Behörden im Sicherheits- und Sozialsektor, trotz Einstellungsstopp und linearen Kürzungen der Staatshaushalte, *"zusätzliche Mittel, Möglichkeiten und Macht"*. Dieser *"heimlich neugegründete Staat"* sei, und hier nimmt Leuthardt den Bremer Informatikprofessor Wilhelm Steinmüller zu Hilfe, ein *"rationalisierender und modellifizierender Staat, aus- und aufgerüstet mit automationsgestützten Wissens- und Entscheidungsvorsprüngen, die als neue 'Macht' sein altes Macht-Monopol (meistens) legaler physischer Gewaltanwendung verstärken, ergänzen - oder ersetzen"*.

Die zahlreichen in dem Buch aufgeführten Beispiele erscheinen zusammengenommen mit der auch hier weitgehend fehlenden allgemeinpolitischen Analyse geeignet, *"in ihnen bereits die Skizze des totalen Überwachungsstaates zu sehen"*. Leuthardt setzt derlei Befindlichkeiten einen kruden ökonomistischen Erklärungsansatz entgegen: Die westliche Gesellschaft werde in einer *"schleichenden Entwicklung" "durchdrungen von offensiven Methoden, Personendaten zu sammeln und zu verwerten. Die Absicherung von Profiten und Wachstumsraten leitet als Rechtfertigungsgrund das Verhalten der Wirtschaft; die Behörden unterstützen sie."* Das *"riesige gesellschaftlich-wirtschaftliche Potential der Datenbanken und Netzwerke sowie der automatisierten Informationssysteme"* werde nämlich erst durch die mit der - dem Übergang vom Offline-Datensammeln zur Online-Überwachung auf staatlicher Seite -



april 97 seite 46 bremer kassIBER stadtzeitung für politik, alltag & revolution

einhergehenden Akzeptanz nicht nur für den jederzeitigen Zugriff auf Personendaten, sondern künftig auch der umfassenden und systematischen Verwertung dieser Zugriffsmöglichkeiten nutzbar. Diese Einschätzung wird im *Fazit* des Buches zugespitzt zu *"Konzernstrategien, deren sichtbarster Ausdruck die wirtschaftlich zur Weltdominanz strebende Glasfaser- und Chip-Großindustrie ist. Die immer größer werdenden Konzern- und Verflechtungsstrukturen setzen ihre Manager unter Erfolgszwang, weil ein Fehlschlag ihrer gigantischen Investionen ganze Gesellschaften, ja die Welt erschüttern kann. Staaten und Politiker, die diese Entwicklung begünstigen, sehen sich nun gezwungen, deren Interessen zu den ihren zu machen."*

Nichtsdestotrotz - Leuthardt hatte uns schließlich keine ökonomischen Analysen versprochen, sondern eine *"strukturierte Übersicht", "konsequent aus der Sicht eines engagierten und anteilnehmenden Datenschutzes"* - ein lesenswertes Buch.

Willi Leow

Backlash, Hack-Tic, Jansen & Janssen, AutorInnenkollektiv Keine Panik (Hg.): Der kleine Abhörratgeber. Computernetze, Telefone, Kameras, Richtmikrofone. Mit einem Nachwort von Otto Diederichs. Plus Diskette mit dem Verschlüsselungsprogramm »Pretty Good Privacy«, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1996, 140 S., DM 20,-

Beat Leuthardt: Leben online. Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht, rororo aktuell 13765, Reinbek: Rowohlt Taschenbuch, 1996, 200 S., DM 14,90

Joseph Weizenbaum: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1978, 370 S., DM 18,-

Pippi Langstrumpf vom Sockel gestürzt?

Kann es sein, daß Pippi Langstrumpf, nicht nur beliebte Kinderlektüre, sondern auch eine der Ikonen der feministischen und autonomen Bewegungen, diesen Status nur erlangen konnte, weil ihr das quasi revolutionäre 'Aufmüpfige' per Übersetzung ins Deutsche genommen wurde, die hier auf dem Markt befindliche Ausgabe somit geeigneter ist, die reformistische Mentalität deutscher KleinbürgerInnen zu bedienen?

Astrid Surmatz ist in ihrer Ende vergangenen Jahres veröffentlichten Dissertation, in der sie die Übersetzung der Lindgrenschen Originalfassung aus dem Jahr 1945 ins Deutsche untersuchte, jedenfalls zu Ergebnissen gekommen, die geeignet erscheinen, diese doch ziemlich ernüchternde These zu stützen. Nach Angaben der im Sonderforschungsbereich "Die literarische Übersetzung" an der Universität Göttingen tätigen Literaturwissenschaftlerin offenbare sich in der deutschensprachigen Übersetzung ein erzieherischer Tenor: *"vom Stil her viel betulicher, braver und von der Sprache her gehoben"*. Wobei der Begriff "Übersetzung" nicht ganz passend scheint, denn *"ganze Passagen (sind) weggelassen oder umgeschrieben worden"*.

Zwar sind in der von den VerlegerInnen Friedrich und Heidi Oetinger gemeinsam mit der schwedisch sprechenden Cäcilie Heinig 1949 *"am Küchentisch"* besorgten Übersetzung Pippis *"Lügengeschichten"* noch vorhanden, jedoch deutlich entschärft. Ein eher harmlos anmutendes Beispiel: Bei Astrid Lindgren erzählt Pippi bei einem Kaffeekränzchen, daß die Dienstmagd ihrer Großmutter immer, wenn Besuch käme, nicht nur belle, sondern die Frau des Pastors auch ins Bein gebissen habe. In Deutschland hingegen bellt die Dienstmagd nur noch, beißt aber nicht mehr.

Die Verfälschung einer anderen Episode könnte dramatische Folgen gehabt haben, eine der Ursachen u.a. für eine der haarsträubendsten hiesigen "Anti-Drogen"-Kampagnen der vergangenen Jahre, getragen von (ehemals) linken bzw. alternativen Müttern (und Vätern), sicherlich zum absolut größten Teil auch vermittels Pippi Langstrumpf sozialisiert, sein. Schickten die doch Anfang der 90er Jahre ihre Blagen nahezu tagtäglich auf die Straße, um den Hals jeweils versehen mit einem pappenen Sandwich, um öffentlich zu dokumentieren, daß Kinder zu blöd seien, zu erkennen, daß eventuell herumliegende Spritzen und Kondome nichts zum Reinfassen bzw. -beißen seien. Die mögliche Ursache: Im schwedischen Original beißt Pippi bei einem Waldspaziergang mit Thomas und Annika in einen giftigen Fliegenpilz, in der deutschen Übersetzung allerdings in einen schmackhaften Steinpilz, da man, so Surmatz, wohl befürchtete, daß deutsche Kinder es ihr nachtun würden. Aber, in dieser typischen Episode *"offenbart die schwedische Pippi gerade dieses Quentchen an Verrückheit, das der deutschen Pippi fehlt"*. Und: In Schweden ist aufgrund dessen in den letzten Jahrzehnten genauso wenig über Vergiftungen bekannt geworden wie in Bremen über kindermäßige Schadensfälle durch Spritzen o.ä.

"Das schwedische Mädchen ist wilder und ungebundener", auch in der Bekleidung unterscheidet sich die schwedische Pippi von der deutschen: Trägt sie im Original nur ein kurzes blaues Kleid mit roten Stoffstücken, kommt in Deutschland noch eine Hose darunter. Ebenso wurde die Sprache den deutschen Schicklichkeitsnormen angepaßt: Im Original rede Pippi mit Annika und Thomas noch *"so, wie Kinder sich in der damaligen Zeit wirklich unterhielten - umgangssprachlich und mit leichtem Dialekt"*.

"Ein Grund" für diese 'Überarbeitungen' sind, meint Surmatz, *"wohl die politischen und kulturellen Umbrüche im Nachkriegsdeutschland. Die Übersetzung des Buches im Jahr 1949 fällt in eine Zeit, in der sich in Deutschland eine neue Kinder- und Jugendliteratur erst wieder herausbilden mußte. Dagegen hat es in Skandinavien damals schon Bücher gegeben, die zunächst mal zweckfrei daherkommen und Kinder als Kinder ernst nehmen."*

1986 hat der *Oetinger Verlag* die deutschsprachige Fassung überarbeitet und dabei *"einige der schwerwiegendsten Eingriffe teilweise korrigiert"*. Aber, was Surmatz nervt und diejenigen, die Pippi Langstrumpf in hiesigen Breitengraden zur Ikone erkoren haben, freut, sind weniger die Verfälschungen, sondern *"dieser pädagogisierende Kommentar und daß Pippi immer die anderen belehrt"*.

Willi Leow

Quellen: Weser-Kurier v. 11.12.96; junge Welt v. 24.1.97; Radio Bremen II, 12/96

Rette Dein Leben! Geh über auf die Seite der Roten Armee!

GEHT MIT DIESEM PASSIERSCHEIN DURCH DIE FRONT

Deutsche Soldaten! Allen, die auf die Seite der Roten Armee übergehen, wird garantiert: das Leben, gute Behandlung und die Heimkehr nach Kriegsende.

ПЕРЕХОДИТЕ С ЭТИМ ПРОПУСКОМ ЧЕРЕЗ ФРОНТ

Немецкие солдаты! Всем, кто перейдет на сторону Красной Армии, обеспечена жизнь, хорошее обращение и возвращение на родину после войны.

Aus einem sowjetischen Flugblatt, das im September 1941 über deutschen Stellungen abgeworfen wurde.